

Die Atomkraftdebatte in Deutschland

*Eine Diskursanalyse über die Repräsentation der Atomkraft
in der deutschen Öffentlichkeit*



Masterarbeit in Deutscher Kulturkunde (30 Studienpunkte)
Institut für Literatur, Kulturkunde und europäische Sprachen

Vorgelegt von Ingeborg Lauvhjell

UNIVERSITÄT OSLO
Juli 2012

Betreuer: Professor Dr. Thomas Sirges

© Ingeborg Lauvhjell

2012

Die Atomkraftdebatte in Deutschland:
Eine Diskursanalyse über die Repräsentation der Atomkraft in der deutschen Öffentlichkeit

<http://www.duo.uio.no/>

Druck: Reprosentralen, Universität Oslo

Zusammenfassung

Diese Masterarbeit befasst sich mit der deutschen Atomkraftdebatte und ihrer Repräsentation in der deutschen Öffentlichkeit. Ziel der Aufgabe ist es, die verschiedenen Stimmen und Meinungen der Debatte zu untersuchen, mit Fokus auf den Wortwechsel vor und nach der nuklearen Katastrophe von Fukushima in Japan 2011.

Die zivile Nutzung von Atomkraft ist seit den letzten 30-40 Jahren eine große politische Streitfrage in Deutschland. Im Jahr 2000 wurde der „Atomkonsens“, eine Vereinbarung, die den Ausstieg aus der nuklearen Energie innerhalb einiger Jahrzehnte vorsieht, politisch beschlossen. Durch einen neuen Beschluss wurden zehn Jahre später die vereinbarten Restlaufzeiten der Atomkraftwerke aber wieder verlängert. Die Zukunft des Atomausstiegs wurde damit unsicher. Aufgrund der nuklearen Katastrophe von Fukushima im März 2011 wurde allerdings die ein halbes Jahr davor beschlossene Laufzeitverlängerung rückgängig gemacht, und der deutsche Atomausstieg wurde so wiederum beschleunigt. Bis 2022 soll das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz gehen.

In einer kritischen Diskursanalyse werden Zeitungskommentare aus drei überregionalen Tageszeitungen, aus *die tageszeitung*, *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt*, qualitativ untersucht. Die Analyse gliedert sich in drei Stufen: Die kulturelle, die situative und die textuelle Ebene. Das heißt, dass die Texte mit Rücksicht auf sowohl die Geschichte der Debatte als auch auf die unmittelbare Umgebung des Textes in Bezug zu u.a. der jeweiligen Zeitung analysiert werden, bevor sie schließlich in einer kritischen Textanalyse genauer betrachtet werden.

Die hier präsentierten Ergebnisse zeigen, wie die hoch umstrittene Atomkraft in der deutschen Öffentlichkeit durch gegensätzliche Repräsentationen dargestellt wird. Diese kämpfen um die Dominanz in der Debatte. Eine Tendenz ist, dass die Argumentation pro Atomkraft vor „Fukushima“ mit einer Repräsentation des klimafreundlichen Atomstroms einherging. Dieser „Klimadiskurs“ musste nach der Katastrophe einer Repräsentation der Atomkraft als eine hochriskante, umweltschädliche Energiequelle innerhalb eines „Risikodiskurses“ weichen.

Vorwort

Mein Interesse an der deutschen Atomkraftdebatte wurde durch eine frühere Arbeit in meinem Studium geweckt, in der ich mich mit dem deutschen Wald und seiner besonderen Stellung in der deutschen Kultur befasste. Durch diese Arbeit habe ich ein Verständnis für die starke Bindung der Deutschen zur Natur generell und ihr großes Engagement für den Umweltschutz spezifisch entwickelt. Als kurz nach der Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011 der in Deutschland sehr umstrittene Atomausstieg von der Regierung der Bundeskanzlerin Angela Merkel endgültig beschlossen wurde, hatte ich ein Thema für meine Masterarbeit gefunden, das meinem Interesse und meiner Neugier entsprach und gleichzeitig in sowohl deutschem als auch europäischem Kontext Aktualität und große politische Relevanz besitzt.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei meinem Betreuer, Professor Dr. Thomas Sirges, der mich bei der Erstellung der vorgelegten Arbeit freundlich und hilfsbereit unterstützt hat. Für gute Beiträge und Ideen in der Anfangsphase möchte ich mich auch bei dem Abteilungsdirektor des Kulturhistorischen Museums (UiO), Karsten Aase-Nilsen, der Universitätslektorin Eva Sarfi und Heidrun Bubik bedanken. Weiterhin möchte ich meine treuen Kommilitonen Tonje Tangen Kemp und Åsmund Strand Johansen für ihre Unterstützung und Inspiration danken. Für sprachliche Hilfe bedanke ich mich bei Laurina Schraeder. Letztendlich möchte ich Freunden, Familie und Oddvar für ihr Verständnis und ihre Aufmunterung meine Dankbarkeit aussprechen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

1.1 Thema und Problemstellung.....	1
1.2 Struktur.....	2

2. Theoretischen Grundlagen

2.1 Diskurstheorie.....	3
2.2 Kritische Diskursanalyse.....	5

3. Methodik und Datenauswahl

3.1 Eine qualitative Annäherung	7
3.2 Kritische Textanalyse.....	7
3.3 Datenauswahl.....	9
3.3.1 Die Zeitungen.....	9
3.3.1.1 die tageszeitung (taz).....	10
3.3.1.2 Süddeutsche Zeitung (SZ).....	11
3.3.1.3 Die Welt.....	11
3.3.2 Zeitliche Abgrenzungen.....	12
3.3.3 Auswahl der Kommentare.....	12
3.4 Relationale Abgrenzungen.....	13
3.5 Qualität und Forscherrolle.....	13

4. Kultureller Kontext: Die Atomkraftdebatte

4.1 Energiepolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.....	14
4.2 Von Atomkraft-Euphorie zur Atomkonflikt.....	17
4.3 Einstieg in den Ausstieg.....	19
4.4 Der Konsensus.....	19
4.5 Ausstieg aus dem Ausstieg?.....	20
4.6 Fukushima und die deutsche Energiewende.....	21

5. Analyse: Atomkraft versus Klima	22
5.1. taz - Das Klimaargument taugt nicht	23
5.1.1 Situativer und textueller Kontext	23
5.1.2 Textanalyse und Deutung	24
5.2 SZ - Schweden brüstet sich mit vorbildlichem Klimaschutz	30
5.2.1 Situativer und textueller Kontext	30
5.2.2 Textanalyse und Deutung	31
5.3 Die Welt - Persönliche Energiebilanz und emissionsfreie Kernkraft	37
5.3.1 Situativer und textueller Kontext	37
5.3.2 Textanalyse und Deutung	38
5.4 Auswertung der Ergebnisse, diskursive Funde	43
5.4.1 Der Klimadiskurs und der vergessene Risikodiskurs	43
5.4.2 Andere Diskurse: Der Ökonomiediskurs	45
6. Analyse: Kernkraftdebatte nach Fukushima	46
6.1 taz - Atomkraft noch lange nicht am Ende	47
6.1.1 Situativer und textueller Kontext	47
6.1.2 Textanalyse und Deutung	47
6.2 SZ- Der Glaube an Atomkraft entgegen besserem Wissen	52
6.2.1 Situativer und textueller Kontext	52
6.2.2 Textanalyse und Deutung	52
6.3 Die Welt- Politik versus Gefühl	56
6.3.1 Situativer und textueller Kontext	56
6.3.2 Textanalyse und Deutung	56
6.4 Auswertung der Ergebnisse und diskursive Funde	59
6.4.1 Der Diskurs des Risikos	60
6.4.2 Der Diskurs der Angst	62
6.4.3 Andere Diskurse	63
7. Schlussfolgerung der Studie	64
8. Literatur	67
Anhänge	

1. Einleitung

1.1 Thema und Problemstellung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Repräsentation der Atomkraft in der deutschen Öffentlichkeit am Beispiel von Zeitungsartikeln der *tageszeitung* (taz), *Süddeutschen Zeitung* (SZ) und *Welt*. Das Textkorpus besteht aus jeweils drei Artikeln zum Zeitpunkt vor und nach der nuklearen Katastrophe von Fukushima in Japan.

Die deutsche Atomgeschichte geht bis in die 1950er Jahren zurück und ihr nun geplanter Endpunkt bezieht sich auf das Jahr 2022. Vom damals bis heute wechselte die politische Stimmung von einer parteiübergreifenden Einigkeit *für* die Gewinnung nuklearer Energie zu einem parteiübergreifenden Konsensus *gegen* diese. Die Entwicklung vollzog sich aber keineswegs in einer direkten Linie, denn die Atomkraftdebatte ist in den letzten drei Jahrzehnten eine große und polarisierende Streitfrage in der deutschen Gesellschaft gewesen und der politische Kurs hat mehrmals gewechselt. Im Jahr 2000 kam es zwischen der rot-grünen Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und den Energieunternehmen zu dem so genannten „Atomkonsens“, einer Vereinbarung die einen Ausstieg aus der nuklearen Energie vorsah. Obwohl Atomkraft immer noch viele Anhänger hatte, entsprach der Atomausstieg einer wachsenden negativen Haltung der Atomkraft gegenüber, sowohl in Deutschland als auch allgemein im Westen. Große und kleine Unfälle, die ungelöste Frage des radioaktiven Abfalls und die jahrelange Auseinandersetzung mit den Atomkraftgegnern haben dazu beigetragen, die Atomkraft in Verruf zu bringen.

In den Jahren nach dem „Konsensus“ wurde aber eine „atomare Wiedergeburt“ für Westeuropa vorausgesagt und in Ausstiegsländern wie Schweden und Deutschland ging die Tendenz in Richtung einer erneuten Zustimmung zur Atomkraft.¹ Am 28. Oktober 2010 beschloss der Bundestag mit einer Mehrheit von CDU/CSU und FDP eine Novellierung des Atomgesetzes, welche eine begrenzte Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke beinhaltete.² Allerdings änderte sich der Wind bald wieder: Aufgrund der nuklearen Katastrophe von Fukushima im März 2011, wurde die kurz davor beschlossene

¹ The Economist, *The Dream That Failed: Special Report Nuclear Energy*, (10-16.03.12.) 3-16.

² Deutscher Bundestag, *Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zugestimmt*, (2010) http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32009392_kw43_de_atompolitik/index.html. [Aufgesucht am 01.07.12].

Laufzeitverlängerung von der schwarz-gelben Koalitionsregierung und folglich dem Bundestag wieder rückgängig gemacht.

Durch eine qualitative *kritische* Diskursanalyse werde ich die Debatte vor und nach dieser politischen Wende in Sachen Atomkraft untersuchen. Das Ziel ist es einerseits die Texte kritisch zu zerlegen und die dadurch unterschwelligen Haltungen aufzudecken. Andererseits ermöglicht eine kritische *Textanalyse* auch die Untersuchung von diskursiven Repräsentationen und diskursiven Änderungen in der Debatte. Die zentrale Fragestellung sowie die untergeordnete Problematik meiner Arbeit lauten folgendermaßen:

Wie wird die Atomkraft in der deutschen Öffentlichkeit dargestellt? In welchem Maße hat die nukleare Katastrophe von Fukushima die Diskurse der Atomkraftdebatte beeinflusst?

1.2 Struktur

In Kapitel 2 werden die theoretischen Grundlagen präsentiert, der *diskurstheoretische* Hintergrund näher bestimmt, wie ferner auch die *Kritische Diskursanalyse* nach Norman Fairclough. Kapitel 3 ist einerseits den methodischen Herausforderungen und Abgrenzungen gewidmet, andererseits dem konkreten methodischen Vorgang einer *kritischen Textanalyse* nach Wenche Vagle. Weiterhin wird in Kapitel 4 die Geschichte der deutschen Atomkraftdebatte dargestellt, die als kultureller Rahmen für die zwei folgenden Analysekapitel dient. In Kapitel 5 werden die Auszüge der Debatte vor Fukushima mit dem Thema „Klima versus Atomkraft“ mit Rücksicht auf den Klimadiskurs analysiert, während Kapitel 6 sich mit Artikeln um das Thema „Atomkraft nach Fukushima“ befasst.

2. Theoretische Grundlagen

In einer wissenschaftlichen Untersuchung gibt es mehrere Annäherungen zu Theorie und Methode, die anhand des Ziels einer Arbeit bestimmt werden müssen. Ich habe mich für eine Diskursanalyse entschieden, denn diese kann bei einer Textanalyse sowohl als theoretische als auch als methodische Grundlage dienen. *Diskurstheorie* befasst sich mit Diskursen „im Prozess der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“, während eine *Diskursanalyse* die Methode der Untersuchung von Diskursen im Text betrifft.³ Der Begriff Diskursanalyse bezeichnet eine Reihe von theoretischen und methodischen Zugängen und Techniken, die alle einen sozialkonstruktivistischen und post-strukturalistischen Ursprung haben.⁴ In diesem Kapitel wird das theoretische Rahmenwerk einer diskursanalytischen Epistemologie kurz dargestellt.

2.1 Diskurstheorie

Als Theorie liegt der Diskursanalyse eine gewisse Auffassung von Sprache und sozialen Relationen zugrunde. Der sozialkonstruktivistische Ausgangspunkt hat zum einen eine kritische Einstellung zu allen als selbstverständlich angesehenen Wahrheiten und zum anderen ein Verständnis vom Menschen als ein historisches und kulturelles Wesen. Was wir über die Welt erfahren, ist von Zeit und Ort abhängig und könnte in einem anderen Kontext auch anders sein. Daraus ergibt sich, dass die Wirklichkeit sozial konstruiert ist, sie wird durch soziale Prozesse geschaffen, aufrechterhalten und geändert. Das geschaffene Bild der Wirklichkeit hat soziale Konsequenzen. Das heißt, dass bei einem bestimmten Weltbild gewisse Handlungen erlaubt sind, während bei einem anderen dieselben verboten oder undenkbar sind.⁵ Wie kann man dann überhaupt etwas wissen? Das ist der offenbare Einwand gegen den Konstruktivismus und andere Formen des Relativismus, zu denen die Diskurstheorie gehört. Diese Weltanschauung muss Konsequenzen sowohl für die Forscherrolle als auch die wissenschaftlichen Resultate haben. Die Forderung nach Neutralität ist im Grunde genommen unmöglich, weil der Forscher auch vom Kontext beeinflusst wird und weil es keine wirklichen Wahrheiten gibt. Das ist der klassische Konflikt zwischen einem

³ Vgl. Achim Landwehr, *Historische Diskursanalyse*, (Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, 2. Ausg. 2009), 14.

⁴ Vgl. Iver B. Neumann, *Mening, materialitet og makt. En innføring i diskursanalyse*, (Bergen: Fagbokforlaget Vigmostad og Bjørke AS, 2001), 14.

⁵ Vgl. Landwehr, 18, und Vivian Burr in Marianne Winther Jørgensen und Louise Phillips, *Diskursanalyse som teori og metode*, (Roskilde: Roskilde Universitetsforlag, 1999), 13-14.

positivistischen Glauben an objektives Wissen durch Erfahrung und der relativistischen Verneinung dieser Möglichkeit.

Die Antwort ist, dass die physische Welt zwar unabhängig von den Repräsentationen existiert, aber nur durch Sprache und Kategorien in einer *diskursiven Konstruktion* wahrgenommen werden kann. In der post-strukturalistischen Sprachphilosophie, u.a. von Michel Foucault entwickelt, wird betont, dass die Wirklichkeit durch *sprachliche* Repräsentationen wahrgenommen wird, und dass diese Repräsentationen wiederum die Wirklichkeit schaffen.⁶ Repräsentationen sind sozusagen das Produkt unserer Wahrnehmung: Die Wirklichkeit wird durch unsere Begriffsapparate, Sprache und Kategorien, bearbeitet.⁷ Weiter wird die Wirklichkeit nicht nur durch die Sprache widerspiegelt, sondern sie wird tatsächlich auch durch die Sprache konstituiert und geprägt.⁸ Die Atomkraft wird beispielsweise heute anders wahrgenommen als in der 50er Jahren.

Laut den Diskurstheoretikern Ernesto Laclau und Chantal Moueffe kann der Begriff *Diskurs* als „[e]ine Folge mehr oder weniger festgelegter Deutungen innerhalb eines bestimmten Gebietes verstanden werden“⁹. Die Wirklichkeit, oder ein Teil der Wirklichkeit, wird innerhalb eines Diskurses aufgefasst. Der Diskurs besteht aus Gruppen bestimmter Repräsentationen unterschiedlicher Deutungen dieser Wirklichkeit.¹⁰ Als Beispiele für einen Diskurs in der Atomkraftdebatte kann ein Klimadiskurs dienen. Innerhalb des Klimadiskurses gelten für eine *Position*, zum Beispiel die Atomkraftanhänger, bestimmte Auffassungen als wahr, während dieselben von Atomkraftgegnern als falsch aufgefasst werden. Die Träger einer Position innerhalb des Diskurses haben mehr oder weniger dasselbe Bild von der Atomkraft in Bezug auf Klima und die Sprache und Wörter, die sie diesbezüglich benutzen, haben für sie den gleichen Inhalt. Sozialwissenschaftler Iver B. Neumann definiert den Diskursbegriff folgendermaßen: „Ein Diskurs ist ein System des Hervorbringens von Aussagen und Handlungsmustern, die durch Institutionalisierung als normal erscheinen, wirklichkeits-konstituierend auf seine Träger wirken und in bestimmten sozialen Beziehungen eine gewisse Regelmäßigkeit aufweisen.“¹¹

⁶ Vgl. Landwehr, 19-24 und Jørgensen und Phillips, 17-19.

⁷ Vgl. Landwehr, 21.

⁸ Vgl. Neumann, 33.

⁹ Laclau und Moeffe in Jørgensen und Phillips, 36. Übersetzung aus dem Dänischen. „En *diskurs* forstås som en fastlæggelse af betydning inden for et bestemt domæne“.

¹⁰ Vgl. Neumann, 23.

¹¹ Neumann, 18. Übersetzung aus dem Norwegischen. „En diskurs er et system for frembringelse av et sett utsagn og praksiser som, ved å innskripe seg i seg i institusjoner og fremstå som mer eller mindre normale, er virkelighetskonstituerende for sine bærere og har en viss grad av regularitet i et sett sosiale relasjoner“.

Laut Neumann weist ein Diskurs also in Bezug auf seine Repräsentationen Regelmäßigkeiten auf. In einer Diskursanalyse versucht man zu zeigen, wie die Repräsentationen konstruiert und verbreitet werden und welche Repräsentationen einen Diskurs ausmachen.¹² Das Grundprinzip ist, dass die Repräsentationen um die kulturelle Hegemonie kämpfen. Innerhalb eines Diskurses gibt es eine dominierende Repräsentation oder mehrere rivalisierende. Gibt es keine Rivalen, ist der Diskurs *entpolitisiert* oder *geschlossen*. Trotzdem ist der Diskurs immer politisch, weil auch für die Aufrechterhaltung der vorherrschenden Repräsentation ständig gekämpft werden muss.¹³ Die Energieindustrie versucht zum Beispiel die Atomkraft als klimafreundlich darzustellen, während die Anti-AKW-Bewegung diese Repräsentation bestreitet.

Die individuellen Sprachbenutzer wiederholen oder modifizieren die Repräsentationen. Wenn eine Repräsentation institutionalisiert worden ist, macht sie eine Position im Diskurs aus.¹⁴ Der Sprachbenutzer wählt manchmal Elemente von verschiedenen Diskursen aus, die wiederum zu Hybriddiskursen werden können, und beeinflusst somit kulturelle und soziale Entwicklungen. Dennoch werden diese Möglichkeiten für Handlung und Neuschaffungen von existierenden diskursiven Grenzen und festgelegtem Wortinhalt begrenzt.¹⁵

2.2 Kritische Diskursanalyse

Die kritische Diskursanalyse hat als Hauptziel diskursive Praxen aufzuzeigen, die Einfluss auf die Aufrechterhaltung verschiedener Machtkonstruktionen haben. Macht ist in diesem Zusammenhang unter anderer Definitionsmacht.¹⁶ Fairclough versucht diskursive Praxen aus dem Text herauszulesen und betont zusätzlich die Bedeutung von nicht-sprachlichen Praxen und die Verbindungen zwischen sprachlichen, gesellschaftlichen und strukturellen Prozessen.¹⁷ Der Ausgangspunkt der Analyse ist, dass man beim Lesen eines jeden Textes in mehreren Stufen auf soziale Prozesse eingeht. Somit wird berücksichtigt, dass Texte sowohl

¹² Vgl. Neumann, 33.

¹³ Ebd. 60.

¹⁴ Ebd. 33.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Vgl. Titscher, Ruth Wodak, Michael Meyer, Eva Vetter, red., *Methoden der Textanalyse*, (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998), 186.

¹⁷ Vgl. Jørgensen und Phillips, 78, und Titscher u.a., 178-179.

die Kultur reflektieren als auch ändern können.¹⁸ Fairclough hat ein dreidimensionales Modell für die Deutung und Erklärung von Texten in Bezug auf ihren Kontext entwickelt:

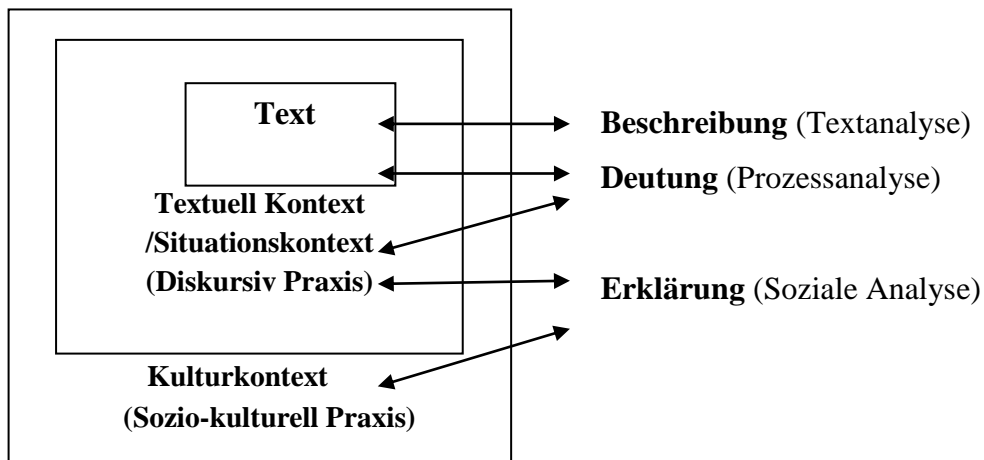


Abbildung 1: Hågvar nach Fairclough, S. 35

In der ersten Stufe hält man sich nur an die Textebene und analysiert den Text rein sprachlich. Hier werden die Eigenschaften des Textes linguistisch zerlegt. In der nächsten Stufe betrachtet man den Situationskontext oder den textuellen Kontext, der mehr mit der unmittelbaren Umgebung des Textes zu tun hat. Die Texte werden konstruiert, gedeutet und sowohl bei der Schaffung eines Textes als auch bei der Konsumption wirken verschiedene Diskurse zusammen. Die Aktualität des Textes im Medienbild und die spezifische Zeitung und ihr Profil zu kennen sind Beispiele für relevante situative und textuelle Kontexte.¹⁹

Schließlich werden die Konstruktionen und Deutungen eines Textes von den soziokulturellen Praxen beeinflusst, das heißt von dem kulturellen und gesellschaftlichen Rahmen eines Textes. Der kulturelle und politische Hintergrund und die Geschichte der deutschen Atomkraft spielen eine große Rolle beim Erklären und Verstehen eines Textes.²⁰ Dieser Interpretationsprozess ist ein Wechselspiel.²¹ Man kann von einem hermeneutischen Zirkel des Verstehens sprechen: Die Interpretation des Textes findet auf mehreren Ebenen gleichzeitig statt, es ist die ganze Zeit eine Interaktion zwischen dem Ganzen und dem Einzelnen.

¹⁸ Vgl. Titscher u.a., 185-186, und Yngve Benestad Hågvar, *Å forstå avisa. Innføring i praktisk presseanalyse*, (Bergen: Fagbokforlaget Vigmostad & Bjørke AS & Landslaget for Norskundervisning. 2007), 34.

¹⁹ Vgl. Hågvar, 31.

²⁰ Ebd. 30.

²¹ Vgl. Titscher u.a., 187.

3. Methodik und Datenauswahl

3.1 Eine qualitative Annäherung

Die Wahl der Methodik einer Arbeit hängt vom Thema und der Problemstellung ab. Eine qualitative Methode ist auf eine begrenzte Auswahl von Daten konzentriert und ist auf die Deutung und Interpretation eines kleinen Gebietes ausgerichtet.²² Das Thema dieser Arbeit ist die deutsche Atomkraftdebatte, und ein natürlicher Blickwinkel ist hier die Darstellung des Konfliktes in der Öffentlichkeit. Die Erforschung der Debatte und ihrer Positionen könnte sowohl durch eine quantitative als eine qualitative Methode durchgeführt werden, aber mein Interesse war hauptsächlich auf die Sprache in der Debatte gerichtet, auf die nicht-offenbaren Meinungen und Argumentationen der unterschiedlichen Positionen. Um sich mit der Sprache auseinanderzusetzen, ist eine sprachlich orientierte qualitative Analyse, also eine Diskursanalyse gut geeignet.

3.2 Kritische Textanalyse

In der konkreten Anwendung der kritischen Diskursanalyse ist mein Ausgangspunkt hauptsächlich Wenche Vagles Version der *kritischen Textanalyse*.²³ In der kritischen Textanalyse fragt man danach, wie Meinungen im Text ausgedrückt werden und versucht zu erfassen, wie eine unterschiedliche Sprachwahl bewusst oder unbewusst die Darstellung des Textes prägt.²⁴ Bei einer solchen Interpretation fängt man mit einem vorläufigen Kontextverständnis an, das darauf aufbaut, was man von vornherein an Hintergrundinformationen besitzt und wie diese auf die Interpretation des Textes einwirken.²⁵

Textanalyse

In der Textanalyse werden die sprachlichen Züge untersucht, die dem Text Wirkung und Prägung verleihen, und zwar auf drei sprachlichen Ebenen: Der Wortebene, der Satzebene und der Textebene. In jeder Stufe werden *Sprachfunktionen* ausgedrückt, die man in der Analyse zu konkretisieren versucht.²⁶ Die *referenzielle* Funktion bezieht sich auf den Inhalt

²² Vgl. Asbjørn Johannessen, Per Arne Tufte und Line Christoffersen, *Introduksjon til samfunnsvitenskapelig metode*, (Oslo: Abstrakt forlag, 4. Ausg. 2011), 99.

²³ Vgl. Wenche Vagle, *Kritisk tekstanalyse* in *Tilnærminger til tekst: modeller for språklig tekstanalyse*, Hrsg. Jan Svennevig, Margareth Sandvik und Wenche Vagle, (Oslo: Landslaget for norskundervisning, Cappelen akademisk forlag, 1995).

²⁴ Ebd. 123.

²⁵ Ebd. 126. Siehe auch (S.a.) Titscher u.a. 186-187.

²⁶ Vgl. Norman Fairclough, *Language and Power*, (London/New York: Longman, 1989), 110-111 und Vagle, 137.

des Textes. Es geht um die Präsentation der äußeren und inneren Welt. Die *interpersonelle* Funktion hat mit sozialen Beziehungen und sprachlichen Handlungen im Text zu tun. Die sozialen Beziehungen zwischen den Kommunikationsteilnehmern (dem Verfasser und dem Leser) können hier gefunden werden, der hierarchischen (Über-, Unterordnung) sowie der solidarischen Dimension (Nähe/Distanz) bezüglich. Schließlich gibt es die *expressive* Sprachfunktion, die mit der Subjektivität und sozialen Identität verbunden ist. Hier soll aufgedeckt werden wie der Absender (Verfasser) den Sachverhalt bewertet. Jede Äußerung ist mehrfunktional.²⁷

Die Wortwahl eines Textes kann viel darüber verraten, wie der Verfasser die Wirklichkeit auffasst. Auf der referenziellen Ebene zieht man „wichtige“ Inhaltsworte in Betracht: Verb, Substantiv, Adjektiv und Adverb, die den Sachverhalt beschreiben. Diese Wörter schaffen sogenannte *Referenzketten* im Text. Andere Stilmittel sind zum Beispiel *Metaphern, Überlexikalisierungen, Um-Lexikalisierungen*.²⁸ Die Wörter im Text haben auch untereinander gewisse Bedeutungsrelationen, welche wichtig für die Wirklichkeitsrepräsentation sein können, wie die Verwendung von *Synonymen, Antonymen* und *Hyponymen*.²⁹ Bei der interpersonellen Funktion können u.a. Solidarität zwischen Leser und Verfasser durch beispielsweise Pronomen und Fachausdrücke markiert werden³⁰ Worte mit einer expressiven Funktion sind zum Beispiel bewertende Wörter.³¹

Auf der grammatischen Ebene wird der Satzbau in Betracht gezogen. Besonders muss darauf geachtet werden, ob und wie Ursachen- und Verantwortungsverhältnisse kommuniziert werden. Durch den Gebrauch von Aktiv-/Passiv-Sätzen und Agens können nämlich Teilnehmerrollen zum Vorschein kommen. Ferner kann man Ursache und Verantwortung je nachdem betonen oder verhüllen, indem man den referenziellen Inhalt in den drei *Prozesskategorien*, Handlungen, Ereignisse oder Zustände, präsentiert.³² Wichtige Merkmale der interpersonellen Funktion sind weiterhin *Satzformen* und *Sprachhandlungen*. Bei der expressiven *Modalität* kommt die Auffassung des Senders über den Sachverhalt zum Ausdruck.³³

²⁷ Vgl. Vagle, 126. S.a. Fairclough, (1989), 112.

²⁸ Vagle, 138-143. S.a. Fairclough, (1989), 116.

²⁹ Vgl. Vagle, 145.

³⁰ Ebd. 159.

³¹ Ebd. 161-162.

³² Ebd. 163-168. S.a. Fairclough, (1989), 120-124.

³³ Vgl. Vagle, 173- 177. S.a. Fairclough, (1989), 125-126.

Auf der Textebene können die referenziellen, interpersonellen und expressiven Sprachelemente zu einem Ganzen verbunden werden. Die Textfunktion verbindet auch den Text an sich und den nicht-sprachlichen Kontext. Der Hauptpunkt sind die Verbindungsmechanismen in einem Text. Es dreht sich um Referenzketten und alle sprachlichen Elemente, die den Text in der Situation festigen.³⁴ Zu den wichtigsten Verbindungsmechanismen gehört die *Hauptintention/Makrohandlung* des Textes. Ferner muss man den Text als einen der vier *Texttypen* identifizieren: Narrativ, Instruktion, Deskriptiv oder Argumentation.³⁵

3.3 Datenauswahl

3.3.1 Die Zeitungen

Obwohl es ideal ist, sowohl den Text selbst als auch seine Produktion, Konsumption und die soziokulturellen Praxen zu analysieren, hat man nicht immer zu all diesen Aspekten gleichermaßen Zugang. In dieser Arbeit liegt der Schwerpunkt auf der Textanalyse. Soweit wie möglich, werden auch die Produktion, mit Blick auf die verschiedenen ideologischen Ausgangspunkte der Zeitungen, und darüber hinaus die kulturellen und gesellschaftlichen Aspekte in Bezug auf die Atomkraftdebatte in Betracht gezogen.

Über 70 Prozent der deutschen Bevölkerung lesen täglich Zeitungen, wobei besonders die lokalen und regionalen Zeitungen eine starke Stellung genießen.³⁶ In der deutschen Presse wird zwischen Abo-Zeitungen und Straßenverkaufszeitungen unterschieden und ferner zwischen den sogenannten *Qualitätszeitungen* und der *Boulevardpresse*. Die Qualitätspresse hat Information als Ziel und weist ein nüchternes, textdominiertes Layout auf, während der Boulevardjournalismus auf Unterhaltung fokussiert ist. Die Verkaufszahlen der „Klatschzeitungen“ übersteigen die der seriösen Zeitungen bei weitem.³⁷

Mein Textkorpus setzt sich aus den Kommentaren folgender überregionaler Tageszeitungen (Qualitätszeitungen) zusammen: *die tageszeitung* (taz), *Süddeutsche Zeitung* (SZ) und *Die Welt*. Diese Zeitungen sind auf Grund ihrer politischen Profile ausgewählt worden. Die Vermutung ist, dass in der alternativen, grünen und linken taz, der liberalen,

³⁴ Vgl. Vagle, 186- 188.

³⁵ Ebd. 188- 189.

³⁶ OECD-Studie, *The Evolution of News and the Internet*, (11.06.10), <http://www.oecd.org/dataoecd/30/24/45559596.pdf>, 30, [Aufgesucht am 10.07.12].

³⁷ Vgl. Davide Brocchi, *Cultura 21, Die Presse in Deutschland*, (06.12.08), <http://magazin.cultura21.de/kultur/wissen/die-presse-in-deutschland.html>, [Aufgesucht am 03.05.12].

sozialdemokratischen SZ und der konservativen, markoliberalen Zeitung *Die Welt*, die Hauptpositionen und auch diskursive Unterschiede der Debatte zu finden sind.

Die *taz*-Kommentare stammen aus dem elektronischen Archiv, in dem alle Papierausgaben seit 1986 gegen Bezahlung verfügbar sind.³⁸ Dasselbe gilt für die SZ, wo alle Papierausgaben seit 1992 im *SZ Abo-Archiv* zu finden sind.³⁹ Die *Welt Online* stellt alle Artikel ab Mai 1995 in ihrem elektronischen Zeitungsarchiv kostenlos zur Verfügung.⁴⁰

3.3.1.1 die tageszeitung (taz)

Die *taz* ist eine überregionale Tageszeitung mit einem linksalternativen und grünen Ausgangspunkt. Die Zeitung wurde nach dem Tunix-Kongress, einer großen Versammlung der deutschen Alternativ- und Autonomenbewegung im Januar 1978, gegründet.⁴¹ Der Hauptpunkt der damaligen Agenda der Gründer war es, eine „Gegenöffentlichkeit zur bürgerlichen Presse“ zu schaffen.⁴² Das Klima der öffentlichen Debatte war damals vom *Deutschen Herbst*⁴³ stark geprägt und durch u.a. die Gründungen von *taz* und *Die Grünen* wollten die Links-Alternativen sich zu einem „etablierten“ Akteur der Gesellschaft aufbauen.⁴⁴ Von Anfang an gab es, und gibt es noch heute, eine enge Verbindung zu den 1979 gegründeten *Grünen*, obwohl die *taz* die Partei in den letzten Jahren auch für ihre Politik kritisiert hat.⁴⁵

Die *taz* ist im Gegensatz zu den meisten anderen Zeitungen konzernunabhängig und darüber hinaus von niedrigen Honoraren und einer flachen Redaktionsstruktur gekennzeichnet. Obwohl die *taz* noch immer als radikaler, linker und alternativer als die

³⁸ Vgl. Taz. de, *die tageszeitung: Das Archiv* <http://taz.de/1/archiv/archiv-start/>, [Aufgesucht am 03.05.12].

³⁹ Vgl. Süddeutsche Zeitung Archiv, <http://www.sz-archiv.de/sueddeutsche-zeitung-archiv/onlinearchive/sz-aboarchiv-ubersicht>, [Aufgesucht am 03.05.12].

⁴⁰ Vgl. Welt Online, <http://www.welt.de>, [Aufgesucht am 03.05.2012]. In einer Diskursanalyse zieht man, wenn möglich, auch die Bilder, die Platzierung und das Layout des Textes in Betracht. Da die Zeitungen jedoch verschiedene Archivierungsmethoden haben und die Texte daher in unterschiedlicher Form zur Verfügung gestellt werden, lasse ich diesen Textaspekt bei der Analyse aus, siehe Anhänge.

⁴¹ Vgl. Rucht, 680.

⁴² Vgl. Christoph Marx, Stern, *25 Jahre links und anders*, (17.04.04), <http://www.stern.de/panorama/taz-geburtstag-25-jahre-links-und-anders-522769.html>, [Aufgesucht am 03.05.12].

⁴³ Der Name *Deutscher Herbst* bezeichnet den Herbst 1977, als Deutschland von mehreren Terroranschlägen der *Rote Armee Fraktion* erschüttert war. Vgl. Rucht, 20.

⁴⁴ Vgl. Rucht, 20 und Marx.

⁴⁵ Vgl. Handelsblatt, (25.11.01), <http://www.handelsblatt.com/archiv/claudia-roth-getroffen-und-veraergert-gruene-distanzieren-sich-von-der-taz/2119498.html>, [Aufgesucht am 03.05.12].

restliche etablierte Presse gilt, ist sie heute eine anerkannte und professionelle Zeitung mit einer verkauften Auflage von etwa 50.000 bis 60.000 Exemplaren.⁴⁶

3.3.1.2 Süddeutsche Zeitung (SZ)

Die *Süddeutsche Zeitung* ist die größte überregionale Abo-Tageszeitung, deren Auflage im ersten Quartal 2012 431.756 Exemplare betrug.⁴⁷ Die Zeitung erschien zum ersten Mal am 6. Oktober 1945 in München als eine der *Lizenzzeitungen*.⁴⁸ Politisch wird sie als gemäßigt links gesehen und in der folgenden Skala der überregionalen Tageszeitungen, geordnet nach politischer Orientierung, befindet sie sich im Mittelfeld: *Die Welt* (rechts), *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (gemäßigt rechts), *Süddeutsche Zeitung* (gemäßigt links), *Frankfurter Rundschau* (links) und *taz* (linksalternativ).⁴⁹

3.3.1.3 Die Welt

Die Welt ist ebenfalls eine Nachkriegszeitung, wurde aber im Unterschied zu den Lizenzzeitungen von den Besatzungsmächten selbst gegründet. Am 2. April 1946 erschien die erste Ausgabe in Hamburg. In Deutschland sind die meisten Zeitungen Eigentum von Verlagen und *Die Welt* wurde 1953 an den *Axel Springer Verlag* verkauft.⁵⁰ Die heutige Axel-Springer AG ist der mächtigste Zeitungverlag Deutschlands, der mit Zeitungen wie *Bild*, *Die Welt* und *Berliner Morgenpost* über 20 % des Marktes kontrolliert.⁵¹

Die politische Orientierung des Verlags *Die Welt* wird als bürgerlich-konservativ und wirtschaftlich liberal bezeichnet. Der Medienkonzern wurde heftig von der westdeutschen Studentenbewegung kritisiert, und Axel Springer wurde vorgeworfen, einen nationalistischen und volksverhetzenden Journalismus zu betreiben, weswegen es zu mehreren großen Auseinandersetzungen kam. Darüber hinaus befinden sich vor allem die *taz* und die Springer-Presse, insbesondere die *Bild-Zeitung*, in einem ständigen Kampf miteinander.

⁴⁶ Vgl. Marx und Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW), (2012), <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&detail=true>, [Aufgesucht am 03.05.12].

⁴⁷ Vgl. IVW

[http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&20121=ON&20114=ON&detail=true&titelnrliste=1221;&alle=\[Details\]](http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&20121=ON&20114=ON&detail=true&titelnrliste=1221;&alle=[Details]) in Vergleich zu FAZ: [http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&20121=ON&20114=ON&detail=true&titelnrliste=1056;&alle=\[Details\]](http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&20121=ON&20114=ON&detail=true&titelnrliste=1056;&alle=[Details]) und Brocchi.

⁴⁸ In den ersten Nachkriegsjahren benötigte jede herausgegebene deutsche Zeitung eine Genehmigung von den jeweiligen Besatzungsbehörden. Vgl. Konrad Dussel, *Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert*. (Münster: LIT-Verlag, 2004), 207- 214.

⁴⁹ Vgl. Brocchi.

⁵⁰ Vgl. Dussel, 215.

⁵¹ Vgl. Brocchi.

3.3.2 Zeitliche Abgrenzungen

Die ausgewählten sechs Kommentare stammen aus den letzten fünf Jahrgängen, zwischen dem 01.01.07 und dem 31.12.11. Diese Periode macht eine aktuelle und interessante Phase der Atomkraftdebatte aus, weil sie sowohl den Streit vor der Laufzeitverlängerung im Jahr 2010 als auch den Wortwechsel in Verbindung mit dem neuen Ausstiegbeschlusses nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima im März 2011 umfasst.

3.3.3 Auswahl der Kommentare

In den elektronischen Zeitungsarchiven sind die Kommentare unter dem Suchwort „Atomausstieg“ herausgefiltert worden. Zuerst habe ich eine grobe Auslese der Kommentare vorgenommen und die irrelevanten dabei aussortiert. Das waren Kommentare, in denen der Atomausstieg nur erwähnt wurde, ohne die eigentliche und wichtige Rolle zu spielen. Bei dem Suchergebnis in der SZ sind von 90 Kommentaren so 68 übriggeblieben, in der TAZ waren es 77 Kommentare von insgesamt 126 und in der *Welt* 60 Kommentare von insgesamt 64. Um die bestehende Menge an Kommentaren auf eine noch kleinere Auswahl zu reduzieren, habe ich eine thematische Auswahl, eine so genannte *kategoriebasierte* Einteilung, gemacht.⁵² Der Gedanke dahinter war es, möglichst ähnliche Texte zu finden, um eine hohe Vergleichbarkeit zu erzielen. Wenn die Texte dieselben Themen behandeln und sich auf dieselben Ereignisse beziehen, könnten Unterschiede und Ähnlichkeiten stärker zum Vorschein kommen und besser herausgearbeitet werden. Beim ersten Durchlesen der Kommentare habe ich also nach übergeordneten Themen, wie u.a. *Laufzeitverlängerung*, *Energieversorgung*, *Gorleben/Castor-Transporte*, *Energiewende*, *Atomkraft vs. Klima*, *Atomkraft nach „Fukushima“*, in den Texten gesucht und die Kommentare diesen zugeordnet. Da alle Themen in allen drei Zeitungen öfter aufgegriffen worden sind, und daher wichtig in der Debatte waren, musste ich, um ein passendes Textkorpus zu erlangen, meine Auswahl weiter einschränken und habe so lediglich zwei Themen ausgewählt. Da Fukushima als Zäsur in der Debatte mein Ausgangspunkt war, wurde *Atomkraft nach „Fukushima“* logischerweise das erste Thema. Durch meinen bereits ersten Kontakt mit der klimabezogenen Argumentation in der Debatte und meinem Interesse daran, wählte ich weiterhin Kommentare, die *Atomkraft vs. Klima* explizit behandelten als nächstes Thema aus. Um drei

⁵² Vgl. Johannessen, 166.

Artikel zu diesen zwei Themen zu finden, nummerierte ich schließlich die thematisch ähnlichen Artikel aus jeder Zeitung und loste dann nach dem Zufallsprinzip drei aus.

3.4 Relationale Abgrenzungen

Ein Teil der Analysearbeit besteht darin, die verschiedenen Diskurse innerhalb der Atomdiskussion zu identifizieren. Man untersucht, auf welche Diskurse sich die Texte beziehen und wie sie auf verschiedene Weise zum Ausdruck kommen.⁵³ Wie diese Diskurse identifiziert werden können, ist problematisch, weil die Grenzen eines Diskurses fließend sind. Die Diskurse können einander überlagern und eine Abgrenzung kann deshalb niemals absolut sein. Zusätzlich besteht das Risiko, dass die diskursive Abgrenzung subjektiv ist, dass also jemand anderes auch eine andere Einteilung vornehmen würde. Mein Ausgangspunkt ist, die Diskurse durch eine kritische Textanalyse zu identifizieren. Durch die Analyse der Sprachwahl kommen die Wirklichkeitsrepräsentationen der Journalisten zum Vorschein. Die Diskurse werden auch thematisch definiert. Das heißt, dass ich in der Analyse nach wichtigen Themen suche und diese Themen als Diskurse mit verschiedenen Repräsentationen identifiziere. Die thematische Diskursabgrenzung wird mit Rücksicht auf den kulturellen Kontext gemacht, also mit Rücksicht darauf, was ich von der Debatte bei u.a. dem ersten Durchlesen der gesamten Artikel und der historischen Aufarbeitung erfahren habe. Zum Beispiel ist mir klar, dass die Umwelt ein wichtiges Thema in der Atomkraftdebatte ist. Wie ein solcher Umweltdiskurs dargestellt wird, also welche Repräsentationen er beinhaltet und welche Beziehungen dann zwischen ihnen bestehen, sind Fragen, die bei der Abgrenzung und Erforschung eines Diskurses wichtig sind.

3.5 Qualität und Forscherrolle

Als Forscher kann man sich nicht vollständig neutral verhalten. Schon bei der Wahl des Themas und der Problemstellung sind persönliche Interessen und Vorzüge im Spiel. Nach den Sozialwissenschaftlern Guba und Lincoln baut man in der qualitativen Forschung u.a. auf *Verlässlichkeit* und *Glaubwürdigkeit*.⁵⁴ Es ist für die Verlässlichkeit einer Arbeit wichtig, dass der Forscher ein bewusstes Verhältnis zur Forscherrolle hat. In der qualitativen Forschung ist der Forscher selbst „Instrument“ in seinen interpretierenden Analysen. Jemand anderes würde vielleicht ganz andere Fragen zu den Texten stellen sowie andere Deutungen als ich

⁵³ Vgl. Neumann, 55.

⁵⁴ Vgl. Guba und Lincoln (1985, 1989) in Johannessen, 229.

machen.⁵⁵ „Die kulturelle Brille“ kann man nicht einfach ablegen, und obwohl andere Forscher bei der Analyse zu anderen Ergebnissen kommen würden, glaube ich, dass jemand mit ungefähr demselben kulturellen Hintergrund einigermaßen ähnliche Deutungen und Interpretationen machen würde. Die Verlässlichkeit einer Arbeit kann darüber hinaus durch eine detaillierte und durchsichtige Darstellung des Forschungsprozesses gestärkt werden.⁵⁶

Ein anderer Aspekt ist ein Bewusstsein für persönliche Haltungen und Standpunkte zu schaffen. Als Norwegerin ist man von Anfang an Außenseiterin was Kernkraftfragen anbelangt, weil es in Norwegen weder militärische noch zivile Nutzung von Atomkraft gibt. Als umweltbewusste Person neige ich vielleicht zur Sympathie mit der Anti-AKW-Bewegung, was aber nicht die ausschlaggebende Motivation dafür war, dieses Thema letztendlich zu wählen. Neugierig auf die Problematik wurde ich durch den „Sonderweg“ Deutschlands nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima von 2011. Mit diesem Sonderweg besiegelte Deutschland seinen Atomausstieg, während man der Atomfrage in der restlichen Welt keine entsprechende Bedeutung schenkte.

4. Kultureller Kontext: Die Atomkraftdebatte

4.1 Energiepolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Politikwissenschaftler Lutz Mez zeigt in seinem Beitrag in *Neue Wege in der Umweltpolitik*⁵⁷, wie sich die zwei Politikfelder *Energie* und *Umwelt* in den letzten Jahrzehnten immer mehr ineinander verwoben haben. Energie ist ein altes Politikfeld, das bis in die 70er Jahre aus Kohle-, Öl-, Gas- und Atompolitik bestand. Die Umweltpolitik ist erst um 1970 entstanden, und seitdem ist eine zunehmende Verflechtung mit der Energiepolitik festzustellen, hauptsächlich aufgrund der Umweltprobleme, die mit der Energiegewinnung, der Energieumwandlung und dem Energieverbrauch zusammenhängen.⁵⁸

Mez teilt die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in fünf Etappen ein: 1948-1958 war ausschließlich die Phase der Kohlepolitik. In den Jahren von 1958-1966 war die Energiepolitik davon geprägt, multinationalen Erdölkonzernen entgegenzutreten und einer Verringerung der Steinkohlenachfrage entgegenzuwirken. Von 1966 an hat man sich dem Strukturwandel angepasst und das Erdöl

⁵⁵ Johannessen, 229.

⁵⁶ Ebd. 230.

⁵⁷ Vgl. Lutz Mez, *Die Verflechtung von Umwelt- und Energiepolitik in Deutschland* in Gotthard Breit (Hrsg.), *Neue Wege in der Umweltpolitik*, (Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 1998).

⁵⁸ Ebd. 24.

als billigen Hauptenergieträger akzeptiert. In dieser Phase wurde außerdem die Kernenergie vorangetrieben. Die vierte Phase von 1974-1982 ist von den zwei Ölpreiskrisen geprägt und damit von der Parole „Weg vom Öl“. Man fokussiert sich auf Energiesparen und auf den Ausbau von Atomkraftwerken. Gleichzeitig wird aber auch die Anti-AKW-Bewegung immer größer, was den Atomkraftausbau nach und nach begrenzt. In der fünften Phase seit 1982 hat der Umweltschutz in der Energiepolitik ständig an Bedeutung gewonnen. Man legt jetzt viel größeren Wert auf Energieeinsparungen und das Erschließen alternativer Energien.⁵⁹ Ab 2000 könnte man nun eine sechste Phase hinzufügen: Ausstieg aus der Atomkraft.

Traditionelle Erklärungsmodelle der Politikanalyse beziehen sich einerseits auf politische Faktoren, entweder staatliche oder nicht-staatliche, und andererseits auf sozioökonomische Bedingungen. In einer Analyse untersucht man, welche Faktoren das größte Gewicht haben. Die aktuellen Akteure der Energiepolitik sind der Staat, gesellschaftlich organisierte Gruppen und Verbände, die Interessensgruppen der Unternehmer und schließlich individuelle und informelle Gruppen.⁶⁰ Mez stützt sich auf den Politologen Manfred Schmidt (1990) und seine These, dass sich durch einige politische Schlüsselvariablen, wie z.B. Staat und Parteien und die Machtverteilung zwischen Arbeit und Kapital, 75% einer politischen Entwicklung erklären lassen.⁶¹ Die restlichen 25% sind sogenannte *Restgrößen*, die aus verschiedenen anderen Faktoren bestehen. Der *Problemdruck* gilt hier als einer der wichtigsten Faktoren, der Einfluss auf die politische Entwicklung hat. Zu der Änderung der Energiepolitik hat der ökologische Problemdruck in den letzten 30 Jahren dazu beigetragen, die Energiepolitik zu ändern.⁶²

Die traditionellen Ziele der Energiepolitik sind eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung. Nach der ersten Ölpreiskrise 1973⁶³ kamen dann weitere energiepolitische Ziele dazu. Es wurden jetzt mehr und mehr eine breitgefächerte und ausreichende Energieversorgung sowie ein sparsamer und rationeller Energieeinsatz angestrebt.⁶⁴ Letztendlich kam das Ziel der umweltverträglichen Energieversorgung dazu. Letzteres entstand in Verbindung mit dem geplanten Ausbau der Atomenergie der 70er Jahre.

⁵⁹ Vgl. Mez, 24.

⁶⁰ Ebd. 26.

⁶¹ Ebd. 27.

⁶² Ebd.

⁶³ Trotz Versuche der Verdrängung der deutschen Steinkohle durch die Multinationale Ölkonzerne zu verhindern, hielt in den 50-60er Jahren das billige Erdöl seinem Einzug im deutschen Energiemarkt und war von 1966 bis 1973 Hauptenergieträger. Nach den zwei Erdölpreiskrisen 1973 und 1979 wollte man „weg von Öl“ und auf Ressourcenschutz und anderen Energiequellen, wie Atomkraft, fokussieren. Vgl. Mez, 25, 27-28.

⁶⁴ Vgl. Mez, 27.

Die neuentstandene mächtige Anti-AKW-Bewegung hinterfragte die Sicherheit der Atomkraftwerke und übte damit einen großen Druck auf das politisch-administrative System aus.⁶⁵ Sowohl das Klimaphänomen *Waldsterben* als auch später die Atomkraftkatastrophe von Tschernobyl (1986) brachten den Umweltschutz verstärkt auf die energiepolitische Agenda. Seit 1990 steht das globale Klimaproblem des Treibhausgases Kohlendioxid CO₂ im Vordergrund.⁶⁶

Mez beschreibt diese Ziele zum Teil als gegensätzlich. Sie können nicht alle gemeinsam erreicht werden. Zum Beispiel stehen die energiepolitischen Ziele eines rationellen und sparsamen Energieverbrauchs, die sowohl für die Umwelt als auch für die Betriebs- und Volkswirtschaft positive Auswirkungen haben, den Interessen der Energieversorgungsunternehmen (EVU) diametral entgegen. Außerdem werden die jeweiligen Ziele von unterschiedlichen politischen Institutionen gefördert, was ihre Koordinierung erschwert. Energiepolitik ist beispielsweise Aufgabe des Bundesministeriums für Wirtschaft, Umweltpolitik hingegen die des Umweltministeriums.⁶⁷ In Deutschland spielt die Elektrizitätswirtschaft eine große ökonomische und politische Rolle. Laut Mez bilden die EVUs ein Machtkartell, „das auf fast allen Entscheidungsebenen Versuche, die Energiepolitik umzusteuern, wirksam behindern kann“.⁶⁸ Diese Machtposition lässt sich zum einen aufgrund ihrer ökonomischen Macht und zum anderen aufgrund struktureller Mängel in der staatlichen Energiepolitik erklären. Letzteres sieht Mez vor allem als „Staatsversagen bei Steuerung und Kontrolle der Energiewirtschaft“ und als „innige Verfilzung staatlicher Instanzen aller Ebenen mit der Energiewirtschaft“.⁶⁹ Ferner wird der Markt hauptsächlich von einer geringen Zahl mächtiger „Stromriesen“ beherrscht. Die sieben größten EVUs kontrollieren rund 80% der Stromproduktion (1998) und sind in der *Deutschen Verbundgesellschaft e.V.* organisiert. Untereinander sind sie außerdem in großem Ausmaß durch Kapital- und Lieferbeziehungen verflochten.⁷⁰ Mez schließt sein Kapitel mit der folgenden Vermutung ab:

Die energiepolitischen Rahmenbedingungen können aber durch Umweltinteressen auch in Zukunft weiter verändert werden. Wenn neue Umweltkatastrophen die Ökologiebewegung mobilisieren, neue Allianzen entstehen oder wenn das politische administrative System - etwa durch neue Institutionen - seine Kompetenzen erweitert, kann die Macht der EVUs auch in Deutschland weiter abgebaut werden.⁷¹

⁶⁵ Vgl. Mez., 29.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd. 27-28.

⁶⁸ Ebd. 30

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Ebd. 38.

Im folgenden Abschnitt um die Atomkraftdebatte wird gezeigt, wie die verschiedenen energiepolitischen Ziele miteinander konkurrieren und wie durch die Umweltkatastrophe von Fukushima 2011 wieder ein verstärkter Druck von der Anti-AKW-Bewegung auf die Energiepolitik ausgeübt werden konnte.

4.2 Von Atomkraft-Euphorie zum Atomkonflikt

1955 war das Durchbruchsjahr der deutschen Atomkraft. Es wurde das *Bundesministerium für Atomfragen* und das *Deutsche Atomprogramm*, ein staatliches Forschungsprogramm zur friedlichen Nutzung zur Kernenergie, eingerichtet. Letzteres wurde von „Atomminister“ Franz Joseph Strauß geleitet. Die *Deutsche Atomkommission* (1956), welche die Interessen der Industrie vertrat, entwickelte sich parallel zum *Deutschen Atomforum*, einer Lobbygruppe und einem Werbeträger für Atomenergie, zur treibenden Kraft der Atompolitik. Die gesetzliche Grundlage für die zivile Nutzung von Kernenergie erfolgte im Jahr 1958 durch das vom Bundestag verabschiedete *Atomgesetz (AtG)*, das die Erforschung, Entwicklung und Nutzung der zivilen Atomenergie fördern sollte und das bis zu seiner Novellierung im Jahr 2002 unverändert blieb.⁷² Der erste Reaktor kam 1960 in Kahl am Main in Betrieb, die folgenden Jahre wurden zu einer Durchbruchphase in der Kernenergie, in denen die Industrie und das politische Establishment ehrgeizige Atomprogramme entwickelten und in Gang setzten. Bezeichnend dafür ist die von den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt vorgeschlagene Lösung der Ölkrise von 1973 durch den Bau von 40 neuen Reaktoren.⁷³

Die deutsche Anti-AKW-Bewegung ist nach vereinzelt kleineren Protesten in den 50er und 60er Jahren in den 70er Jahren schnell vorangekommen. Die ersten großen Proteste waren die Bürgerinitiative 1970/71 gegen die geplanten Atomkraftwerke in Breisach, Esensham, Neckarwestheim und Bonn. Die Kundgebungen, Protestmarsche und Einsprüche gegen die Breisacher Pläne führten zu der Verlegung des geplanten Kraftwerks in das südbadische Wyhl. Diese Entscheidung verursachte wiederum die bis dahin spektakulärste Widerstandsmobilisierung mit einer Großdemonstration und einer mehrmonatigen Besetzung des Wyhler Baugeländes im Jahr 1975.⁷⁴ Mit dieser Aktion hatte der Atomkonflikt nationale Aufmerksamkeit erlangt und die Betreiber und Genehmigungsbehörden der Atomanlagen

⁷² Vgl. Rucht, 248 und Matthias Corbach, *Atomernergie*, in: Reiche, Daniel (Hrsg.) *Grundlagen der Energiepolitik*, (Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, 2005) 100.

⁷³ Vgl. Robin Alexander, Welt Online, *Atomkraft war früher ein Teil linker Utopien*, (11.07.08), http://www.welt.de/politik/article2203802/Atomkraft_war_frueher_ein_Teil_linker_Utopien.html, [Aufgesucht am 12.03.12].

⁷⁴ Vgl. Rucht, 249.

standen von da ab fast überall einem wachsenden Widerstand gegenüber, der ernst genommen werden musste.⁷⁵

Die Reaktionen der Industrie und Behörden auf den zunehmenden Widerstand in der Bevölkerung waren einerseits Maßnahmen zur Reaktorsicherheit, anderseits Informationskampagnen, die die Bevölkerung von den Vorteilen der Kernkraft überzeugen sollten. Als der Widerstand im Laufe der 70er Jahre eskalierte, wurden „Bürgerdialoge“ mit den Atomkraftgegnern angestrebt. Weiterhin hatte der Staatsapparat aus der Wyhler-Besetzung gelernt, in der die Besetzer die Oberhand gewannen. Bei den nachfolgenden Besetzungen leistete die Polizei den Okkupanten stärkeren Widerstand, was wiederum zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Okkupanten führte.⁷⁶

Auf alle Fälle konnten sich die politischen Parteien in dieser turbulenten und polarisierten Debatte nicht länger passiv zur Kernenergie verhalten. Die Mehrheit der Anti-AKW-Aktivist*innen kam aus der politischen Linken. Sowohl die CDU/CSU, die FDP als auch die SPD befürworteten den Atomkraftausbau, aber auch innerhalb dieser Pro-Parteien gab es nicht unwesentliche Minderheiten, die zur Kernkraft eine kritische Position einnahmen.⁷⁷ Trotz der großen Aktionen und der rasch steigenden Stimmung in der Gesamtbevölkerung gegen Atomkraft konnten die Atomkraftprogramme nicht verhindert werden, woraufhin die Anti-AKW-Bewegung ihre Aktivitäten erweiterte. Sie propagierte Energiesparmaßnahmen und die Entwicklung von erneuerbaren Energiequellen. Es wurden weitere Umweltorganisationen aufgebaut und alternative/grüne Parteien und Zeitungen gegründet. Obwohl die Atomprogramme nicht zu stoppen waren, musste sich die Pro-Seite mäßigen. Im Parlament wurde eine Kommission eingesetzt, die 1979 zu dem Ergebnis kam, dass eine Reduktion oder ein vollständiger Verzicht auf Kernenergie keine energiepolitische oder ökonomische Krise bedeuten würde.⁷⁸ Hier zeigten sich schon die ersten Ansätze zum langfristigen Ausstieg aus der Atomkraft.

In den frühen 80er Jahren war die Debatte von der Streitfrage nach der Entsorgung des Atomabfalls geprägt. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung über den Standort Gorleben, den geplanten Ort für die nukleare Wiederaufarbeitung und Endlagerung des Atommülls. Diese Pläne stießen auf massive Proteste und führten zum vorläufigen Verzicht

⁷⁵ Vgl. Rucht., 250-251.

⁷⁶ Ebd. 252.

⁷⁷ Ebd. 256.

⁷⁸ Ebd. 258.

auf die Wiederaufarbeitung.⁷⁹ Im Jahr 1986 löste der sogenannte *Super-GAU* (*Super-größter anzunehmender Unfall*) im sowjetischen Atomkraftkraftwerk Tschernobyl eine noch stärkere Mobilisierung der Anti-AKW-Bewegung aus. Die an den Plänen der Wiederaufarbeitung in Deutschland beteiligten Unternehmen mussten wegen des Drucks einlenken und die Wiederaufarbeitung ins französische La Hague und britische Sellafield verlegen.

4.3 Einstieg in den Ausstieg

Im November 1981 wurde von der pro-nuklearen Seite eine dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung durchgesetzt. Demnach sollten 1995 31% der gesamten Kraftkapazität durch Atomenergie gedeckt werden, was etwa 30 bis 35 große Atomkraftwerke in Betrieb erforderte.⁸⁰ Mit dem Wechsel im Jahr 1982 zu einer konservativen Bundesregierung sollte weiterhin der Weg für die Fortführung der Atomenergie frei sein. Im Unterschied zu den 70er Jahren stimmten aber die Regierung und die Opposition in der Atomkraftfrage nicht länger überein. Im Jahr 1986 beschloss die SPD auf ihrem Nürnberger Parteitag für einen Atomausstieg einzutreten. Als die *Grünen* 1983 in den Bundestag einzogen, kam die Atomkraftfrage auch auf die politische Tagesordnung des Parlamentes. Nach der Katastrophe von Tschernobyl wandten sich nun auch vorherige wichtige politische Befürworter der Atomenergie gegen sie, wie zum Beispiel die Gewerkschaften.⁸¹ Darüber hinaus kam es in der Kernkraftfrage zu Auseinandersetzungen zwischen der konservativen Bundesregierung und den sozialdemokratischen Landesregierungen. Das Ergebnis war, dass der Ausbau der Atomenergie eigentlich schon Mitte der 80er Jahre zum Stillstand kam, obwohl dies noch nicht formell entschieden war.⁸²

4.4 Der Konsensus

Die sogenannten Konsensgespräche von 1992/93 zwischen führenden Vertretern der Elektrizitätswirtschaft und einem breiten Kreis von Politikern leiteten die Phase des Ausstiegs aus der Atomenergie ein. Hierbei wurde um eine begrenzte Weiterführung oder einen

⁷⁹ Vgl. Rucht, 258.

⁸⁰ Das Energieprogramm der Bundesregierung ist ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das alle Energieträger und – sektoren einbezieht. Bis 1973 übte der Staat wenig Einfluss auf der Energiewirtschaft aus, aber dann wurde durch die Ölpreiskrise der Bedarf nach einer staatlichen Koordinierung, die die Energieversorgung als Hauptziel hatte, offenbar. Vgl. Energielexikon, http://www.hoth-online.de/lexikon.php?cs_go=3&cs_id=58, [Aufgesucht am 13.03.12].

⁸¹ Vgl. Rucht, 254.

⁸² Vgl. Rucht, 254 und Corbach, 104. Die geplanten Atomkraftwerke in Kalkar, Wackersdorf und Hamm-Uentrop wurden nicht gebaut.

Ausstieg verhandelt. Erst in der nächsten Runde aber, im Jahr 2000, kam es zwischen der Energie- und Atomwirtschaft (VEBA, VIAG, RWE und EnBW) und der rot-grünen Bundesregierung zu einer Vereinbarung über den künftigen Austritt aus der Atomenergie. Die wichtigsten Punkte waren hier das Verbot neuer Atomkraftwerke und eine Begrenzung der atomaren Stromerzeugung auf max. 2,62 Millionen Gigawattstunden. Ferner wurde die Laufzeit der bestehenden Atomkraftwerke im Betrieb auf 32 Jahre begrenzt.⁸³ Diese Vereinbarung wurde durch das *Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität* bestätigt; das war eine Novellierung des Atomgesetzes.⁸⁴ Zu diesem Zeitpunkt gab es in Deutschland 19 kommerziell genutzte Kernkraftwerksblöcke, die nach dem Vertrag bis 2021 abgeschaltet werden sollten.

Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung herrschte eine große Unzufriedenheit mit den langen Laufzeiten der bestehenden Kraftwerke, gespeist aus dem Misstrauen gegenüber sowohl der Energieindustrie als auch den führenden Politikern. Von Seiten der Befürworter wurde nämlich in den folgenden zehn Jahren die Vereinbarung immer wieder in Frage gestellt und für den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ plädiert. Darüber hinaus blieb die Entsorgungsfrage ungelöst, was bis heute ein Streitpunkt ist. Seit 1994 gibt es große Proteste gegen die Castor-Transporte, die abgebrannte Brennelemente und hochradioaktive Abfälle aus deutschen Atomkraftwerken oder aus den Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und Großbritannien in das Zwischenlager in Gorleben bringen.⁸⁵

4.5 Ausstieg aus dem Ausstieg

In den Jahren nach der Novellierung des Atomkraftgesetzes von 2002 wurde eine sogenannte *Laufzeitverlängerung* debattiert. Im Namen der Atomvereinbarung kam es 2010 unter der schwarz-gelben Bundesregierung zu einem neuen Vertrag zwischen der Regierung und der Atomindustrie. Dieser Vertrag wird im Volksmund auch *Ausstieg aus dem Ausstieg* genannt. Am 28. Oktober 2010 wurde im Bundestag eine Novelle des Atomgesetzes beschlossen, was eine Laufzeitverlängerung bedeutete.⁸⁶ Zwei der ältesten Kraftwerke waren schon in den

⁸³ Vgl. Rucht, 254-55 und das Bundesumweltministerium, *Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen*, (14.06.2000),

<http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/atomkonsens.pdf>, [Aufgesucht am 13.03.12].

⁸⁴ Vgl. Bundesgesetzblatt 2002 Teil I Nr.26, ausgegeben zu Bonn am 24.04.2002

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/gesetz-beendigung-kernenergienutzung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>, [Aufgesucht am 13.03.12].

⁸⁵ Vgl. Ruht, 255.

⁸⁶ Vgl. Deutscher Bundestag, *Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zugestimmt*,

Jahren zuvor stillgelegt worden, und die Laufzeitverlängerung galt für sieben ältere Anlagen, die acht zusätzliche Jahre im Betrieb bleiben sollten, und die zehn neueren, die zusätzlich 14 Jahre länger laufen sollten.⁸⁷

4.6 Fukushima und die deutsche Energiewende

Veranlasst durch die Nuklearkatastrophe von Fukushima in Japan im März 2011, nahm die Bundesregierung nur ein halbes Jahr nach der letzten Novellierung des Atomgesetzes eine totale Umkehrung in ihrer Atompolitik vor. Zuerst wurde das *Atom-Moratorium* von der Regierung beschlossen und alle Atomkraftwerke wurden einer Sicherheitsprüfung unterworfen. Außerdem wurden die sieben ältesten Kraftwerke sofort für zunächst drei Monate abgestellt.⁸⁸ Darauf folgte am 30. Juni eine Abstimmung im Bundestag über den Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur weiteren Änderung des Atomgesetzes zugunsten des Atomausstiegs, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Diese Gesetzesänderung hatte den Entzug der Betriebsgenehmigung für acht Kernkraftwerke und die Einschränkung der Restlaufzeiten der übrigen neun Kraftwerke zur Folge. Das letzte AKW soll 2022 abgeschaltet werden.⁸⁹ Am 8. Juli 2011 stimmte der Bundesrat der Gesetzesänderung zu, die am 1. August 2011 rechtskräftig wurde.⁹⁰ Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstrich, dass die Gesetzesänderung die sogenannte *Energiewende* beschleunigt. Diese Wende beinhaltet die Realisierung einer nachhaltigen Energieversorgung und das Ziel der Regierung war es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf mindestens 35 Prozent und bis 2050 auf 50 Prozent zu steigern. Außerdem soll der Stromverbrauch bis 2020 um zehn Prozent sinken.⁹¹

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32009392_kw43_de_atompolitik/index.html, [Aufgesucht am 14.03.12].

⁸⁷ Die älteren Kraftwerke sind vor 1980 im Betrieb gekommen.

⁸⁸ Vgl. Bundesregierung, *Statements von Bundeskanzlerin Merkel mit den Ministerpräsidenten Seehofer, Carstensen, Mappus, Bouffier, McAllister und den Bundesministern Brüderle und Röttgen nach dem Gespräch zur Kernenergie in Deutschland*, (15.03.11),

http://www.bundesregierung.de/nn_670562/Content/DE/AudioVideo/2011/Video/2011-03-15-Streaming-Laufzeiten-Atomkraftwerke/2011-03-15-streaming-laufzeiten-atomkraftwerke.html, [Aufgesucht am 14.03.12].

⁸⁹ Vgl. *Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes*, (22.06.11),

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/062/1706246.pdf> und Deutscher Bundestag, *Endgültiges Ergebnis der Namentlichen Abstimmung Nr. 1*, (30.06.2011),

http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/20110630_17_6070.pdf, [Aufgesucht am 14.03.12].

⁹⁰ Vgl. Bundesrat, *Atomkonsens im Bundesrat*, (08.07.11),

http://www.bundesrat.de/cln_179/nn_6898/DE/service/thema-aktuell/11/20110708-Rueckschau-885.html?_nnn=true, und Spiegel Online, *Energiewende, Wulff unterschreibt Atomausstieg-Gesetz*, (01.08.2011), <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,777808,00.html>, [Aufgesucht am 15.03.12].

⁹¹ Vgl. Spiegel Online, *Energiewende, Wulff unterschreibt Atomausstieg-Gesetz*, (01.08.11), <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,777808,00.html>, [Aufgesucht am 15.03.12].

5. Analyse: Atomkraft versus Klima

In den letzten Jahrzehnten ist die Problematik der globalen Erwärmung in den Umweltschutzfragen immer wichtiger geworden, nicht zuletzt in Deutschland. Die Deutschen haben den Klimawandel ernst genommen und eine Vorreiterrolle für den Klimaschutz in der Europäischen Union und der Welt angestrebt. Es gibt eine breite politische Zustimmung zu den Maßnahmen des Klimaschutzes und Deutschland hat ehrgeizige Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen, die über das 1997 unterschriebene Kyoto-Protokoll hinausgehen. 2007 wurde zum Beispiel das nationale *40%-Ziel* beschlossen, was besagt, die CO₂-Ausstöße bis 2020 um 40% gegenüber dem Niveau von 1990 (Referenzjahr) zu mindern.⁹²

Seitdem der Klimawandel auf die umweltpolitische Tagesordnung gekommen ist, hat sich der Schwerpunkt der Atomkraftdebatte verschoben. Die Stromindustrie in Deutschland ist selbst für etwa 40% der CO₂-Abgase verantwortlich, vor allem in der Erzeugung fossiler Energie. Da bei der atomaren Stromerzeugung keine CO₂-Emissionen ausgestoßen werden, ist ein wichtiger Punkt in der Debatte, ob das nun den Atomstrom wirklich auch umweltfreundlicher mache.

Dieser Klimadiskurs wird aber von den Vertretern der verschiedenen Positionen höchst unterschiedlich in die Argumentation miteinbezogen. Beim Durchlesen der Kommentare habe ich folgende klimabezogene Hauptargumentation unter den AKW-Befürwortern wahrgenommen: Um die Minderungsverpflichtungen des CO₂-Ausstoßes erfüllen zu können, müssen die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert werden, weil a) die erneuerbare Stromerzeugung noch nicht gut genug entwickelt ist, um die atomare Energieerzeugung ersetzen zu können, und b) es besser ist, wenn die benötigte „Energie-Brücke“ beim Umstieg auf erneuerbare Energien durch CO₂-freie nukleare Energie ersetzt wird, als durch klimafeindliche fossile Energie, wie Öl-, Gas- und Kohleenergie. Ein traditioneller Risikodiskurs, wird entweder nicht miteinbezogen oder als irrelevant angesehen, etwa wie: Die Umweltrisiken von Atomkraftwerken sind minimal, weil Deutschland die sichersten Atomkraftwerke der Welt hat.

Bei der Argumentation *gegen* die Atomkraft und eine Laufzeitverlängerung, die mit der Klimafrage verbunden ist, sind folgende Punkte wichtig: Es gibt keinen Widerspruch zwischen den anspruchsvollen Klimazielen und dem Atomausstieg, weil a) es möglich sei, die

⁹² Vgl. Christoph Erdmenger u.a.m, Umweltbundesamt, *Klimaschutz in Deutschland: 40%-Senkung der CO₂-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990*, (Dessau, 05.05.07), <http://www.umweltbundesamt.de/energie/archiv/40-prozent-senkung.pdf>, 2. [Aufgesucht am 01.05.12].

„Klimawende“ zu einer erneuerbaren und nachhaltigen Energieerzeugung rechtzeitig zu schaffen, wenn die Politiker und Stromindustrie alles daran setzten würden, und b) weitere Laufzeiten der Energiewende tatsächlich entgegenwirken und sie verzögern würden, weil die Stromwirtschaft so lange wie möglich an der lukrativen Atomkraft festhalten würde. Zweitens ist folgende Risikodarstellung sichtbar: Man ist nie vor einem Super-GAU sicher, und die Umweltschäden, die daraus entstehen könnten, könnten nie gerechtfertigt werden. Die Atomkraft sei außerdem unverantwortlich, weil man keine Lösung für die Endlagerung des Atommülls hat.

In den folgenden drei Textanalysen wird der Darstellung von Klimaschutz als Argument in der Atomkraftdebatte nachgegangen. Die Kommentare *Rendite statt Klimaschutz* (taz), *Abkehr vom großen Plan* (SZ) und *Klimakiller Gabriel* (Die Welt) stammen aus verschiedenen Debatten, behandeln aber alle die Kernkraftfrage mit Rücksicht auf die Herausforderungen der globalen Erwärmung.

5.1 taz – Das Klimaargument taugt nicht

5.1.1 Situativer und textueller Kontext

Der Kommentar *Rendite statt Klimaschutz*⁹³ wurde in der Papiaausgabe der *taz* am 07.03.2007 publiziert. Der Verfasser des Kommentars ist Journalist Stephan Kosch, der seit 2004 Redakteur der Zeitung ist.⁹⁴ Der Ausgangspunkt des Kommentars ist, dass der schwedische Stromkonzern *Vattenfall Europe AG* bekannt gegeben hat, das Kernkraftwerk Brunsbüttel länger laufen lassen zu wollen als im Konsensus vereinbart. Brunsbüttel gehört zu den ältesten Atomreaktoren in Deutschland und sollte nach dem Ausstiegsbeschluss 2009 vom Netz gehen. Die beantragte Laufzeitverlängerung wurde vom Vorstandsvorsitzenden des Konzerns, Klaus Raucher, mit folgendem Klimaargument begründet: „Die CO₂-freie Stromerzeugung aus Kernenergie versetzt uns in die Lage, unsere wichtigen Klimaschutzziele zu erreichen“.⁹⁵ Das AKW Brunsbüttel wurde 1976 in Betrieb genommen. Vor der Stilllegung

⁹³ Siehe Anhang 1.

⁹⁴ Vgl. Eulenspiegel Verlagsgruppe Rotbuch, http://www.rotbuch.de/autoren-3/autor/393-Stephan_Kosch.html, [Aufgesucht am 01.05.12].

⁹⁵ Die Rheinische Post, *Vattenfall will Atommeiler Brunsbüttel weiter betreiben*, (06.03.07), <http://www.rp-online.de/wirtschaft/unternehmen/vattenfall-will-atommeiler-brunsbuettel-weiter-betreiben-1.2335149>, [Aufgesucht am 01.05.12].

infolge einer Panne im Juni 2007, war es aufgrund seiner vielen Störfälle eines der umstrittensten Kraftwerke in Deutschland.⁹⁶

5.1.2 Textanalyse und Deutung

Wortwahl, Über- und Umlexikalisierung

Wichtige Inhaltsworte, die thematisch eng miteinander verbunden sind, machen Referenzketten aus, die Meinung und Zusammenhang im Text schaffen.⁹⁷ In *Rendite statt Klimaschutz* ist eine der wichtigsten Ketten auf Atomenergie bezogen: *Atomausstieg-Reaktor- Brunsbüttel- Ausstieg aus der Atomenergie-Atomkonsens-Atomkraftwerken- Atomenergie-Reaktoren-altersschwache neue Meiler-Neubauten-Atomkraftwerke- Brunsbüttel-Biblis- Kraftwerke-Atomkraftwerke-Biblis A-Neckarwestheim 1-Brunsbüttel-Reaktoren-alten Meiler*

Zwei andere wichtige Ketten werden in der Überschrift angesprochen, wobei sich die eine um Rendite dreht und die andere um Klima: *Rendite- 20 Milliarden Kilowattstunden-Einnahmen- Investitionen-Rendite- Streben danach und Klimaschutz- veränderten Bedingungen- das Argument- Klimawandel- Kohlendioxid- Weltklima- fatal- fossiler Energien- Klimaargument- klimapolitischen Mäntelchen*.

Zwischen diesen drei Themen, Kernenergie, Klima und ökonomischer Gewinn, bestehen gewisse Relationen, die man mit Rücksicht auf *Synonyme, Antonyme* und *Hyponyme* im Text untersuchen kann.⁹⁸ Vor allem wird Atomenergie mit ökonomischem Gewinn verbunden, während die Rücksicht auf das Klima dazu als Gegenpol dargestellt wird. Das wird schon in der Überschrift *Rendite statt Klimaschutz* deutlich: *Rendite* und *Klimaschutz* werden hier als Antonyme präsentiert. Ferner kann man sagen, dass *Atomkraft* das Hyponym zu *ökonomischem Gewinn* darstellt. Ein Hyponym ist eine Unterordnung, und im Text wird die Erzeugung von Kernenergie als Mittel beschrieben, um einen größeren Zweck, nämlich ökonomischen Gewinn, zu erreichen. Damit präsentiert der Verfasser indirekt sein Hauptargument: Die gewollte Laufzeitverlängerung hat nichts mit Klimaschutz zu tun, es geht um Profit.

⁹⁶ Vgl. Spiegel Online, *126 Pannen in deutschen Atommeilern*, (25.05.07)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,485017,00.html> und Vattenfall, (20.03.12), <http://www.vattenfall.de/de/kernkraft-kraftwerkwerk-brunsbuettel.htm>, [Aufgesucht am 01.05.12].

⁹⁷ Vgl. Vagle, 126.

⁹⁸ Ebd. 145.

Innerhalb der Referenzkette sollte man auch auf eventuelle *Überlexikalisierungen* achten. Eine Überlexikalisierung findet statt, wenn viele verschiedene Wörter für das gleiche Phänomen benutzt werden.⁹⁹ Laut Vagle deutet eine Überlexikalisierung darauf hin, dass der Schreiber bestimmte Seiten der Wirklichkeit hervorheben möchte.¹⁰⁰ In diesem ziemlich kurzen und kompakten Kommentar werden *Atomkraftwerk* oder Synonyme/Hyponyme dafür 15 Mal erwähnt. Diese Worte sind an sich hauptsächlich neutrale Bezeichnungen. Die einzigen beschreibenden Worte, die als negative Bewertung von Atomkraftwerken aufgefasst werden können, sind „umstrittener Reaktor“, „altersschwache Meiler“ und noch einmal „alte Meiler“. Der interessanteste Fund diese Überlexikalisierung betreffend ist, dass klimabezogene Wörter im Vergleich seltener vorkommen. Obwohl die Klimafrage den Hintergrund des Textes ausmacht und deshalb implizit wichtig ist, wird sie aber explizit nur fünfmal erwähnt. In der Überschrift und damit an wichtiger Stelle finden wir „Klimaschutz“ und darüber hinaus tauchen „Klimawandel“, „Klimaargument“, „Weltklima“ und „klimapolitisch“ im Text auf. Daraus lässt sich ersehen, dass dem Verfasser der Klimaschutz weniger wichtig ist als das Anliegen, die Atomkraftwerke zu beleuchten.

Die Wortwahl ist im Kommentar eher neutral. Es gibt nur wenige Wörter mit einer expressiven Funktion. Eine Ausnahme ist, wenn das Verhalten des Konzerns als das „unverblümte[s] Rütteln“ dargestellt wird. Hier wird der Konzern Vattenfall als ein Unternehmen dargestellt, das offensichtlich überhaupt keinen Respekt vor dem beschlossenen Atomausstieg hat. Um die Aussagen im Text besser in den Griff zu bekommen, müssen auch die Sprachhandlungen und Satzformen in die Analyse miteinbezogen werden.

Grammatische Stufe: Intertextualität, Satzformen, Sprachhandlungen

Fairclough betont, dass jeder Text Fragmente von anderen Texten in sich trägt, somit werden intertextuelle Relationen etabliert. Diese Fragmente können Standpunkte und Haltungen des Verfassers untermauern, indem er gewisse Fragmente miteinbezieht und andere auslässt, und ferner, indem er sich positiv oder negativ zu den Fragmenten verhält.¹⁰¹ In *Rendite statt Klimaschutz* wird Vattenfall-Chef Klaus Rauscher zu der Laufzeit des AKW Brunsbüttel mit folgenden Worten zitiert:

⁹⁹ Vgl. Vagle, 143.

¹⁰⁰ Ebd. 144.

¹⁰¹ Vgl. Norman Fairclough, *Analysing Discourse. Textual analysis for social research*, (Oxon: Routledge, 2003), 36-39.

Vereinbarungen wie der Atomkonsens müssten unter veränderten Bedingungen neu diskutiert werden, sagte der Chef der deutschen Vattenfall-Tochter, Klaus Rauscher. Das Argument, das er ebenso wie seine Kollegen von RWE und EnBW nutzt, heißt Klimawandel. Um den beherrschbar zu halten, muss Kohlendioxid eingespart werden. Weil das bei der Stromproduktion nicht anfallt, sollen diese weiterlaufen.

Der Verfasser präsentiert hier die Argumentation von Rauscher und hebt somit eine Seite der Diskussion über den Zusammenhang zwischen Klima und Atomkraft hervor. Wenn Ungleichheiten und Uneinigkeiten in einem Wortwechsel dargestellt werden, sollte man untersuchen wie diese Uneinigkeiten präsentiert werden. Fairclough spricht von „accentuation of difference, conflict, polemic, a struggle over meaning, norms, power” oder „an openness to, acceptance of, recognition of difference; an exploration of differences, as in ‘dialogue’ in the richest sense of the term“.¹⁰² Auf das Zitat des Konzernchefs folgt im Kommentar gleich eine Gegenaussage in Form einer Richtigstellung: „Richtig ist [...]“. Satzformen können Machtverhältnisse in der Sprachsituation beleuchten und mit der Aussageform gibt der Verfasser dem Leser Informationen.¹⁰³ Die interpersonelle Funktion eines Aussagesatzes ist, dass der Verfasser als Autorität erscheint, weil er Informationen bereitstellt.¹⁰⁴ Die Rollenverteilung unter den Teilnehmern in der Sprachsituation kommt auch in Sprachhandlungen zum Vorschein. Die Sprachhandlung in der obengenannten Gegenaussage ist eine sogenannte *Konstantive*, in der der Verfasser eine Behauptung aufstellt. Durch seine Richtigstellung stempelt er die Argumente von Vattenfall als falsch ab. Der Verfasser zeigt keinen Willen, sich den Meinungen des Konzerns gegenüber zu öffnen. Er stellt sich selbst als Repräsentant der Wahrheit dar und dazu gehört nicht die Argumentation des Stromkonzerns.

Im Ganzen wird der Kommentar von Aussagesätzen in Konstantivform dominiert. Der Verfasser informiert den Leser über dieses und jenes, Informationen, die als Wahrheit präsentiert werden. Einige Aussagen können wahrscheinlich von den allermeisten unproblematisch als Wahrheit akzeptiert werden, wie zum Beispiel: „Es wäre für das Weltklima fatal, wenn Länder wie China und Indien ihren steigenden Energiebedarf allein mit fossiler Energie decken würden.“ Der nächste Satz ist aber problematischer: „Doch Atomenergie ist nicht die Lösung“. Dieser Behauptung würden viele zustimmen, aber viele würden sie auch bestreiten. Dieses Beispiel illustriert wie subjektive Meinungen in Konstantive verpackt werden können und damit als Wahrheiten präsentiert werden.

¹⁰² Fairclough, (2003), 41-42.

¹⁰³ Vgl. Vagle, 173-174.

¹⁰⁴ Ebd. 169.

Nur in drei Aussagesätzen des Textes finden wir expressive Sprachhandlungen, in denen Gefühle ausgedrückt werden: „Es wäre für das Weltklima *fatal*, wenn [...]“, „Allein um diesen Anteil zu halten, müssten *hunderte altersschwache [sic.] neue Meiler* [...] ersetzt werden“ und „[...] müsste die Zahl in den *vierstelligen Bereich* gehen – mit *wachsender Wahrscheinlichkeit für Störfälle*.“ Durch die dramatische Wortwahl und die beschriebenen Szenarien versucht der Verfasser den Leser von den negativen Konsequenzen eines Atomkraftausbaus zu überzeugen. Im letzten Satz des Kommentars finden wir eine dritte Sprachhandlung, nämlich eine *Direktive*: „Sie sollten es aber nicht unter einem klimapolitischen Mäntelchen zu verbergen suchen.“ Mit einer direktiven Sprachhandlung versucht der Verfasser eine Handlung oder Veränderung zu bewirken.¹⁰⁵

Prozesskategorien, Verantwortung und Modalität

Ursachen- und Verantwortungsverhältnisse können entweder betont oder verhüllt werden, je nachdem wie man den referenziellen Inhalt in den drei *Prozesskategorien*, Handlungen, Ereignisse oder Zustände, präsentiert.¹⁰⁶ In dem Kommentar der *taz* ist zu bemerken, dass der Verfasser die ganze Zeit gegen die *Handlungen* des Konzerns argumentiert und sich bei seiner Argumentation auf die herrschenden *Zustände* stützt. Im Text wird beschrieben, wie Vattenfall, oder beziehungsweise die ganze Industrie, künftig handeln könnte. Es sind also Handlungen mit einem deutlichen *Agens*. Sätze mit *Agens* markieren Verantwortung für den Prozess, wie z.B.: „*Vattenfall* will seinen umstrittenen Reaktor in Brunsbüttel länger laufen lassen als geplant.“ Oder „*Sie* sollten es aber nicht unter einem klimapolitischen Mäntelchen zu verbergen suchen.“ Die Darstellung betont die Verantwortung der Stromkonzerne, ihr aktives Handeln, um eine Laufzeitverlängerung zu bewerkstelligen, wird hervorgehoben. Man könnte sich vorstellen, dass jemand den Sachverhalt anders beschreiben würde, wie zum Beispiel: *Eine Laufzeitverlängerung für das AKW-Brunsbüttel wurde beschlossen*. Hier ist das Geschehene als eine passiv-Handlung ohne *Agens* ausgedrückt, und der Effekt ist, dass nicht deutlich gemacht wird, wer die Verantwortung für diese Handlungen trägt. Im aktuellen Kommentar ist es für den Verfasser wichtig zu betonen, wer diese Handlungen ausführen will, wer sozusagen schuld daran ist. Interessant ist es aber im Satz: „Der Strom aus den alten Meilern bringt den Konzernen weiterhin Einnahmen [...]“. Hier ist „Einnahmen“ das *Medium*

¹⁰⁵ Vgl. Vagle, 174.

¹⁰⁶ Ebd. 168.

im Satz.¹⁰⁷ Der Agens ist aber nicht der Konzern, sondern der Strom selbst, also der Atomstrom. Hier erkennt man, wie der negativ bewertete Atomstrom und das negativ bewertete Profitstreben der Konzerne miteinander verknüpft werden.

Die Modalität eines Satzes folgt daraus, wie der Verfasser den referenziellen Inhalt der Äußerung darstellt und beurteilt.¹⁰⁸ Die Modalität wird hauptsächlich durch Befehlssätze, Modalverben, Adjektive und Adverbien ausgedrückt.¹⁰⁹ Im Artikel werden Modalverben benutzt, um die Konsequenzen der Klimaargumentation nachzuvollziehen. Der Verfasser argumentiert zum Beispiel, dass, um der Atomkraft eine wesentliche Rolle für die Stromerzeugung der Welt zukommen zu lassen, „hunderte altersschwache Meiler [...] ersetzt werden [müssten]“ und die Zahl der Neubauten „müsste“ in den vierstelligen Bereich gehen. Die Modalität wird auch durch Beschreibungen, wie die „*wachsende Wahrscheinlichkeit* für Störfälle“ ausgedrückt. Besonders interessant ist die Modalität im letzten Satz. Hier operiert der Verfasser mit einer kategorischen Modalität. Er fordert, dass die Unternehmern nicht ihr „Renditestreben“ unter „einem klimapolitischen Mäntelchen zu verbergen suchen *sollten*“. Hier kommt auch die Autorität des Verfassers zum Ausdruck, der „entscheidet“, welche Konsequenzen der Ausbau der Kernenergie haben würde und was die Konzerne nicht machen sollten, nämlich ihre Motive zu verstecken.

Textstufe:

Außer der referenziellen, der interpersonellen und der expressiven Sprachfunktion gibt es eine vierte, nämlich die *Textfunktion*. Durch diese können die referenziellen, interpersonellen und expressiven Sprachelemente zu einem Ganzen, einem Text, verknüpft werden.¹¹⁰ In der Analyse der Textfunktion werden die Verbindungsmechanismen im Text in Betracht gezogen; es geht hauptsächlich um Referenzketten und alle sprachlichen Elemente, die den Text in der Situation verankern.¹¹¹ Hierbei ist es wichtig, die *Hauptintention* des Textes zu bestimmen. Nicht nur einzelne Äußerungen können einer Sprachhandlung zugeordnet werden, sondern der ganze Text weist eine *Makrohandlung* auf, die uns erzählt, was der Verfasser mit dem Text zu erreichen versucht.¹¹² Um die Makrohandlung eines Textes zu bestimmen, ist es nützlich, die vier verschiedenen Texttypen zu berücksichtigen. Laut Linguist Hans Werner

¹⁰⁷ Vgl. Vagle, 166-167.

¹⁰⁸ Ebd. 177.

¹⁰⁹ Ebd. 179.

¹¹⁰ Ebd. 188.

¹¹¹ Ebd. 186-188.

¹¹² Ebd. 188.

Eroms lassen sich Texte danach klassifizieren, ob es Texte des Erzählens, des Beschreibens, des Argumentierens oder schließlich des Anweisens sind.¹¹³

Zeitungskommentare sind subjektive Darstellungen, Meinungen und Haltungen, der Kommentatoren, in denen sich die Kommentatoren meistens an die redaktionelle Linie der Zeitung halten. Im Kommentar in der *taz* dominieren, wie oben beschrieben, die konstantiven Sprachhandlungen. Das heißt nicht unbedingt, dass die Makrohandlung im Text konstantiv ist, dass es also die Hauptintention des Verfassers ist, einen Sachverhalt festzustellen. Betrachtet man den internen Textzusammenhang zeigt sich nämlich, dass der Kommentar vor allem argumentierend ist. *Rendite statt Klimaschutz* weist keine reine Form eines Texttypus auf, sondern, wie die meisten Texte, enthält der Kommentar Elemente mehrerer Typen. Er hat sowohl Merkmale eines beschreibenden als auch eines erzählenden Textes. Beim Beschreiben soll ein kohärentes Bild der Wirklichkeit dargestellt werden; das Tempus des Textes ist hauptsächlich das Präsens.¹¹⁴ Die Funktion des erzählenden Textes ist eine chronologische Handlungsabfolge wiederzugeben, außerdem ist der Text vor allem durch den Gebrauch des Tempus Präteritum gekennzeichnet.¹¹⁵ Das Erzählen und das Beschreiben repräsentieren beide deskriptive Muster, die der „Weltwiedergabe“ dienen.¹¹⁶ Im *taz*-Kommentar sind die erzählenden Textelemente hauptsächlich bei der Wiedergabe der Vattenfall-Aussagen im ersten Abschnitt zu erkennen. Diese erzählenden Sätze verfolgen den Zweck, den Ausgangspunkt des Artikels zu markieren: Vattenfall will Brunsbüttel länger laufen lassen.

Dass der Kommentar größtenteils eine argumentierende Textstrategie verfolgt, ist dennoch deutlich. Ein argumentierender Text ist, im Gegensatz zu einem Beschreibenden, nicht nachahmend und mimetisch, sondern direkt handlungsorientiert.¹¹⁷ Zwischen den Texttypen werden unterschiedliche Textbindungsformen unterschieden, besonders durch Satzverbindungen und die schon genannten Referenzverbindungen.¹¹⁸ Satzkopplungen können durch Konjunktionen, bestimmte Adverbiale oder ganze Sätze markiert werden,¹¹⁹ wie hier: „doch/ weil/ richtig/ ist doch/ trotz/ dass/ also/ aber“. Die meisten Verbindungen im Text sind aber implizit.¹²⁰ Im zweiten und dritten Abschnitt werden eigentlich zwei Argumente gegen die im ersten Abschnitt beschriebenen Intentionen Vattenfalls

¹¹³ Hans Werner Eroms, *Stil und Stilistik. Eine Einführung*, (Berlin: Erich Schmidt Verlag GmbH, 2008), 82-105.

¹¹⁴ Ebd. 88-89.

¹¹⁵ Ebd. 104, 84-85.

¹¹⁶ Ebd. 93.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Vgl. Vagle, 189.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Ebd. 191.

hervorgebracht. Hier ist die Kausalverbindung implizit, explizite Verbindungen wie *aber* und *weil* fehlen. Schematisch könnte man die Abfolge der Argumente des Textes so aufstellen: 1) Argument: *Weil* Brunsbüttel/Atomkraftwerke klimafreundlichen Strom produziert/produzieren, sollen sie weiterlaufen dürfen. 2a) Gegenargument: *Aber*: Atomenergie ist für das Klima keine Lösung, *weil* Atomstrom nur einen kleinen Anteil der Stromerzeugung ausmacht *und* deshalb gegebenenfalls eine große Anzahl neuer Meiler gebaut werden *müsste*. Das würde *aber* wiederum größere Störfallrisiken bedeuten. 2b) Gegenargument: Die Laufzeitverlängerung ist *auch* nicht nötig, *weil* es in Deutschland einen Überschuss an Strom gibt. 3) Resultat: Das bedeutet, dass die Stromkonzerne eine Laufzeitverlängerung anstreben, *weil* sie so durch Energieexport ins Ausland, großen ökonomischen Gewinn erlangen könnten.

Die argumentative Strategie ist dadurch gekennzeichnet, dass sie vergangene, gegenwärtige oder zukünftige Handlungen begründet.¹²¹ Was die Sprachhandlung in *Rendite statt Klimaschutz* anbelangt, kann festgestellt werden, dass die Hauptintention hier sowohl konstantiv als auch direktiv ist.¹²² Konstantiv, weil ein Sachverhalt dargestellt wird, nämlich erstens dass Atomkraft keine klimafreundliche Alternative ist und zweitens, dass angeblich die eigentliche Grundlage der gewünschten Laufzeitverlängerung ökonomischer Gewinn ist. Die direktive Intention des Textes besteht aus zwei Aufforderungen: 1. Die Laufzeiten Brunsbüttels und anderer Kernkraftwerke sollen nicht verlängert werden, und 2. die Stromkonzerne sollen das Klimaargument nicht ausnutzen, sondern ihre Profitintentionen ehrlich zugeben.

5.2 SZ - Schweden brüstet sich mit vorbildlichem Klimaschutz

5.2.1 Situativer und textueller Kontext

Der Kommentar mit dem Titel *Abkehr vom großen Plan*¹²³ ist am 06.02.2009 in der Papierausgabe der Süddeutschen Zeitung publiziert worden. Der Verfasser, Gunnar Herrmann, ist Auslandskorrespondent und berichtet aus Stockholm von den nordischen Ländern. Der Anlass des Artikels ist, dass die schwedische Koalitionsregierung am 5. Februar 2009 angekündigt hat, sie wolle den beschlossenen Atomausstieg rückgängig machen. Als erstes Land hat nämlich Schweden 1980 nach einer Volksabstimmung den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Nach diesem Beschluss sollte das letzte Kernkraftwerk 2010 vom

¹²¹ Vgl. Eroms 93.

¹²² Vgl. Vagle, 189.

¹²³ Siehe Anhang 2.

Netz gehen. Wie in Deutschland wurde im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts die Atomkraftdebatte wieder aktualisiert, u.a. wegen der Klimafrage und weil Katastrophen wie Harrisburg 1979 langsam in Vergessenheit gerieten.¹²⁴ Die Bekanntgabe des Beschlusses erfolgte auf einer Presskonferenz, auf der die Einigung der Regierungspartner über eine neue Klima- und Energiepolitik präsentiert wurde. Ein Teil dieser Politik war die Aufhebung des Verbots von neuen Atomkraftwerken.¹²⁵

5.2.2 Textanalyse und Deutung

Im Kommentar *Abkehr vom großen Plan* habe ich drei wichtige Referenzketten erkannt: Die eine fängt in der Überschrift mit der Adjektiv-Substantiv-Verbindung „großen Plan“ an, der dem ursprünglichen Atomausstieg entspricht. Diese Referenzkette besteht aus Wörtern und Komposita, die mit dem einst beschlossenen, aber nun gescheiterten Atomausstieg Schwedens verbunden sind: *großen Plan, Ausstiegsgesetze- Streit- Kernenergie- Schluss-stillgelegten Reaktoren von Barsebäck- Kernkraftwerk-einzige-Atomausstieg-Opfer- Beschlüsse von 1981- der letzte schwedische Meiler- 2010-Ziel- verwässert- aufgehoben-Umsetzung- Strompreisen- Investitionen der Industrie- Wähler- verärgert- Verbrauch- hoch- Angst-unpopuläre Folgen- Ausnahme Barsebäck- abgeschaltet-Atomkraftgegner- bittere-Niederlage- die Bewegung- Vorreiter-andere Richtung-Kernkraftkritiker- Scheitern des Ausstiegs-Voraussetzungen- Atomfreie Stromversorgung - Abschaffung der Kernkraft –umgesetzt- Entscheidung-nie.*

Eine zweite, große Kette befasst sich mit dem Thema „Laufzeitverlängerung“ und findet sich auch in der Überschrift mit dem Nomen „Abkehr“, das sich auf die Abkehr vom Atomausstieg bezieht: *Abkehr- Bau neuer Atomkraftwerke- Atomlobby- Sieg- Beschluss- Bau neuer Reaktoren- Entscheidung der Regierungskoalition- Stromkonzerne Europas- Einigung- Zeitpunkt-verlängerte-Politiker-bestehende Meiler- Nachrüstung der Kraftwerke-produziert- Schweden-Atomstrom- Europas Atomlobby- Kernenergie- Schwedens Regierung-Lobbyisten- Überzeugungsarbeit- die Entscheidung- Vorbild- EU-Länder – Reaktoren verzichten- neue Energiestrategie-symbolischer Bedeutung- schlechte Nachricht.*

¹²⁴ Vgl. Hannes Gamillsche, Frankfurter Rundschau, *Schweden steigt aus dem Ausstieg aus*, (06.02.09), <http://www.fr-online.de/wirtschaft/atomkraft-schweden-steigt-aus-dem-ausstieg-aus,1472780,3343400.html>, und Süddeutsche.de, *Schweden will neue Atomkraftwerke bauen*, (05.02.09), <http://www.sueddeutsche.de/politik/energiepolitik-schweden-will-neue-atomkraftwerke-bauen-1.492581> und Jenny Stiernstedt, *Dagens Nyheter*, (25.05.10), <http://www.dn.se/nyheter/valet-2010/lektion-1-forlorarna-segrade--svensk-karnkraft-genom-tiderna>, [Aufgesucht am 03.05.12].

¹²⁵ Vgl. Erika Svantesson, *Dagens Nyheter*, *Grönt ljus för ny kärnkraft*, (05.02.09), <http://www.dn.se/nyheter/politik/gront-ljus-for-ny-karnkraft>, [Aufgesucht am 03.05.12].

Die dritte wichtige Kette besteht aus klimabezogenen Wörtern: *Klimaschutz –EU-Ratspräsidentschaft- internationale Klima-Konferenz- EU-Ratspräsident Schweden-Gipfel-Vorreiter-Sachen Klimaschutz- Rotoren der Offshore-Windparks- Energiepolitik-radikales Umdenken notwendig- Naturressourcen-mächtigen Flüsse-riesige Wälder-windige Küsten-Möglichkeiten- Energie- alternative Wegen.*

Bei dieser Einteilung erkennt man wieder die Konfliktlinie zwischen der Pro-AKW-Seite und der Anti-AKW-Seite in der Klimadebatte. Der Ausgangspunkt ist die Verbindung zwischen Klimaschutz und Kernkraft, hier von der schwedischen Regierung vorgelegt.

Auf referenzieller Stufe sind einige zentrale Wörter überlexikalisiert. Die Variante des Wortes „Vorbild“ kommt viermal vor. Die Wörter referieren alle auf Schweden als Vorbild oder Vorreiter. Die drei ersten beschreiben das Selbstverständnis Schwedens als Vorreiter in Sachen Klimaschutz, das letzte weist dagegen auf die gängige Auffassung von Schweden als Vorreiter in Sachen Atomausstieg hin. Eine andere wichtige Wortwahl ist der wiederholte Gebrauch von „Lobby“. Das Wort kommt insgesamt viermal im Text vor, so als „Atomlobby“, „Europas Atomlobby“, „Lobbyisten“ und die eng verbundenen „Stromkonzerne Europas“. Diese zwei Überlexikalisierungen sind auch mit Rücksicht auf die expressive Funktion interessant. In der Überschrift schafft das Verb „*brüstet sich*“ einen negativen Eindruck des schwedischen „*vorbildlichen Klimaschutzes*“. Es ist zwar nicht klar, ob Schweden tatsächlich einen Grund hat, sich zu brüsten, das Verb an sich weist aber eine entsprechende negative Färbung auf. Sich mit etwas zu brüsten, wird normalerweise als eine negative Handlung aufgefasst und die Wahl dieses Verbes macht den vorbildlichen Klimaschutz unglaublich, fast schon lächerlich. Bereits beim Lesen der Überschrift ahnt man deshalb, dass der Verfasser diese Form von Klimaschutz nicht bejubeln wird.

„Lobby“ ist in diesem Zusammenhang auch nicht ganz neutral. Diese Form einer Interessensgruppe, die durch inoffizielle Kanäle Einfluss auf politische Beschlüsse ausübt, ist nicht notwendigerweise ein negativer Begriff. Zum Beispiel können Lobbyisten, die für idealistische Angelegenheiten und Organisationen plädieren, als wertvolle politische Akteure angesehen werden. Wenn es um Lobbyisten einer ökonomisch mächtigen Industrie geht, werden sie aber manchmal negativ bewertet. Mez kritisiert zum Beispiel die politische Machtposition der Stromwirtschaft und die „innige Verfilzung staatlicher Instanzen aller Ebenen mit der Energiewirtschaft“.¹²⁶ Dieses Bild entspricht der Darstellung der Lobbyisten im Kommentar *Abkehr vom großen Plan*, die hier in Verbindung mit den schwedischen

¹²⁶ Vgl. Mez, 30.

Behörden gebracht werden. Es gibt im Text eine Verknüpfung zwischen den *Agens* „Atomlobby“ und „schwedischen Regierung“, die zum Beispiel in dem folgenden Satz zum Vorschein kommt: „Und *Schwedens Regierung* wird den *Lobbyisten* bei ihrer *Überzeugungsarbeit* helfen.

Expressive Züge in der Wortwahl sind durch die folgenden so genannten *Plusworte* zu erkennen: „*gigantische* Naturressourcen“, „*mächtige* Flüsse“, „*riesige* Wälder.“ Diese Adjektive beziehen sich auf Schwedens Voraussetzungen für erneuerbare Energieerzeugung. Umgekehrt kommen im letzten Abschnitt einige Negativpunkte bei der Beschreibung der schwedischen Leistungen für den Atomausstieg vor: „Weil es *nie ernsthaft* versucht wurde“ und schließlich bei der negativen Bewertung der neue Energiestrategie: „Das ist eine *schlechte* Nachricht“ und „*dringend* notwendig“. In Hinblick auf die Wortwahl können bereits Teile der Wirklichkeitsperspektive festgestellt werden; der Verfasser schafft damit negative Konnotationen zu den wichtigen *Agens* in diesem Text und ihrem angeblichen Klimaschutz. Die erneuerbaren Energien und der Atomausstieg werden dagegen mit positiven Konnotationen versehen.

Grammatische Stufe: Teilnehmerrollen, Satzformen, Sprachhandlungen

In diesem Kommentar sind die Prozessformen überwiegend *Handlungen*, wie z.B.: „Schweden beschließt den Bau neuer Atomkraftwerke...“, oder „nun geht das Land in eine völlig andere Richtung.“ Die Handelnden, das heißt die *Agens*, sind hauptsächlich das Land Schweden, die Schweden selbst, die Atomlobby und die Politiker. Sätze mit *Agens* markieren Verantwortung für den Prozess, meistens für den Bau neuer Atomkraftwerke oder den „Ausstieg aus dem Ausstieg“. Es gibt auch Prozessformen, die Ereignisse oder Zustände ausdrücken, wie „Die stillgelegten Reaktoren von Barsebäck“ und „Das Kernkraftwerk ist [...] zum Opfer gefallen“. Dass der Verfasser hier diese Prozessformen gewählt hat, ist anzumerken, weil dadurch die Verantwortung für das Geschehene unklar wird. Die Verantwortung der *Agens* (Schweden, Lobby, Politiker) wird bei der Handlung des AKW-Baus betont, nicht aber bei der Stilllegung des AKW-Barsebäck, obwohl auch diese von der schwedischen Regierung beschlossen wurde. Das Ergebnis ist, eine verfälschte Darstellung von Ursache und Verantwortung den *Agens* gegenüber.

Wie in *Rendite statt Klimaschutz* dominieren die Aussagesätze; der Sender gibt Informationen an den Empfänger und besitzt deshalb Autorität. Lediglich am Ende des Kommentars taucht ein Fragesatz auf: „Warum wollten die Schweden dennoch nicht auf ihre

Reaktoren verzichten?“ Diese Frage ist aber eine rhetorische, weil der Verfasser keine Antwort braucht, da diese nämlich gleich danach kommt. Die Absicht der Frage ist wahrscheinlich, zum Nachdenken aufzufordern. Normalerweise gehen Fragesätze auf die direktiven Sprachhandlungen ein, bei rhetorischen Fragen ist die Funktion im Satz allerdings eine konstatierende.¹²⁷ Die Bedeutung wäre die gleiche, wenn der Satz auf folgende Weise ausgedrückt wäre: Die Schweden wollten nicht auf ihre Reaktoren verzichten, weil sie eigentlich nie versucht haben, sie auszuschalten.

Im Kommentar werden in den verschiedenen Abschnitten Sachverhalte als Wahrheiten präsentiert und analysiert. Die Gültigkeit der Behauptungen wird durch den Leser bewertet, jedoch sind sie innerhalb des Textes als Wahrheiten gegeben. Offenbar sind aber einige Behauptungen deutlich brisanter als andere. Dass Schweden sich mit vorbildlichem Klimaschutz brüstet, wäre zum Beispiel keine allgemeine Wahrheit, sondern eine persönliche Auffassung des Journalisten, welcher der Leser zustimmt oder eben nicht. Die meisten Aussagen im Kommentar entsprechen konstativen Sprachhandlungen, den letzten Satz aber würde ich als eine Direktive interpretieren, in welcher der Verfasser zum radikalen Umdenken auffordert. An wen sich die Direktive richtet, ist nicht klar, wahrscheinlich aber an den Leser, die Politiker, Schweden oder Europa, oder an alle zusammen. Zwischen den Zeilen gelesen ist dieses Umdenken als der Ausstieg aus der Atomkraft zu verstehen.

In *Abkehr vom großen Plan* ist die Modalität stark, die meisten Konstantive sind einfach kategorisch als Wahrheiten mit nicht-modalen Verbformen (Präsens, Präteritum, Perfekt) dargestellt, wie: „Die Entscheidung [...] ist historisch“; „Für die Stromkonzerne Europas kommt diese Einigung zu einem günstigen Zeitpunkt“. Ferner versucht der Verfasser manchmal die Gültigkeit seiner Konstantive durch Argumente wie Notwendigkeit oder Gewöhnung zu unterstützen. Die *expressive Modalität* ist eine subjektive Kategorie, durch die der Verfasser sich der Wahrheit oder Wahrscheinlichkeit des referenziellen Inhaltes verpflichtet, meistens ausgedrückt durch Modalverben, Adjektive und Adverbien.¹²⁸ Diese Ausdrücke können die Botschaft des Verfassers ein wenig herunterspielen, wie zum Beispiel: „Denn der Beschluss *dürfte* eine starke Signalwirkung entfalten [...]“. In dieser Aussage scheint der Verfasser weniger kategorisch zu sein, was den Leser stärker mit einbezieht und sympathisch wirken könnte. Am deutlichsten wird die expressive Modalität im letzten Satz, in

¹²⁷ Vgl. Vagle, 176.

¹²⁸ Ebd. 179, 184.

dem die Wahrheit seiner Aussage als Notwendigkeit ausgedrückt ist: „denn in der Energiepolitik wäre *eigentlich* [...] radikales Umdenken *dringend notwendig*.“

Die Intertextualität ist hier weniger explizit miteinbezogen, es kommen aber intersprachliche Fragmente im Untertitel und in einigen anderen Textteilen zum Ausdruck. Gunnar Herrmann berichtet von einer Presskonferenz und gibt durch ein Zitat und Fragmente der Argumentation seine Eindrücke davon wieder. Die Presskonferenz ist nicht mehr verfügbar, man bekommt jedoch den Eindruck, dass die Regierung besonders den Klimaschutz betont hat. Wie Herrmann diese klimabezogene Argumentation der Regierung bewertet, habe ich schon in der Analyse der Wortwahl dargestellt und mein Eindruck wird im letzten Abschnitt bestätigt: „Darum ist die ‚neue Energiestrategie‘ Stockholms vor allem von symbolischer Bedeutung. Eine große Veränderung bringt sie nicht. Das ist eine schlechte Nachricht, denn in der Energiepolitik wäre eigentlich, auch in Schweden, radikales Umdenken dringend notwendig.“ Anders gesagt: Diese sogenannte neue Energiepolitik der Regierung muss geändert werden.

Textstufe: Makrohandlung

Wie *Rendite statt Klimaschutz ist Abkehr vom großen Plan* auch ein Mischtext, der aus verschiedenen Vertextungsstrategien besteht. Die meisten Sätze sind auch hier Konstantive, aber Gunnar Herrmann will mit dem Text mehr als nur neutral von der schwedischen Atompolitik und ihrer Entwicklung berichten. Zwar ist der Text überwiegend von beschreibenden und erzählenden Abschnitten geprägt, unterschwellig wird aber auch eine argumentative Strategie verfolgt. Die Überschrift, Unterüberschrift und der erste Abschnitt sind erzählende Textteile. Hier wird das Thema und sein Hintergrund präsentiert: Der Beschluss, in Schweden neue Atomkraftwerke zu bauen. Diese Textteile sind überwiegend im Präteritum formuliert und geben eine chronologische Handlungsabfolge wieder. Am Ende des Abschnitts wird der Ton eher argumentativ, indem der Verfasser erstens für seine Voraussagen über die kommende Klimakonferenz und zweitens für seine Analyse über die Absichten Schwedens, Dänemarks und der Atomlobby, das Klimaargument auszunutzen, argumentiert. Dies ist an expliziten Satzkopplungen, wie den kausalen, temporalen und kopulativen Konjunktionen *denn*, *und*, *sowohl*, *als auch*, *wenn*, *dann*, *aber*, erkennbar.

Es gibt zusätzlich eine subtilere Argumentation mit einer anderen Botschaft. Nachdem Dänemarks und Schwedens Intentionen, sich als Vorreiter für Klimaschutz zu präsentieren, dargestellt sind, greift plötzlich ein beschreibender und erzählender Textteil die Stilllegung

des AKWs Barsebäck auf. Die Aufstellung folgender zwei Sätze nebeneinander indiziert nämlich einen Zusammenhang: „Sowohl Gastgeber Dänemark als auch EU-Ratspräsident Schweden werden den Gipfel nutzen, um sich als Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu präsentieren.“ / „Wenn die Konferenzteilnehmer [...] über den Öresund Richtung Schweden blicken, werden sie jenseits der Rotoren der Offshore-Windparks die stillgelegten Reaktoren von Barsebäck erkennen können.“

Diese Aufstellung interpretiere ich als eine diskrete Darstellung des Zusammenhangs zwischen der Klimavorreiterrolle und der Stilllegung des AKWs. Barsebäck wurde abgeschaltet und die Offshore Windparks, die klimafreundliche Energie symbolisieren, wurden gebaut. Klimaschutz wird hier an den Atomausstieg und die erneuerbaren Energien geknüpft. Diese Aufstellung wird dann Teil einer argumentativen Strategie gegen die vorgeschlagene Verbindung zwischen Klimaschutz und Atomkraft.

Im nächsten Abschnitt und darüber hinaus auch im restlichen Text verfolgt Herrmann eine argumentative Strategie. Mit der ersten Aussage „Europas Atomlobby wird nun behaupten können, Schweden habe letztlich eingesehen, dass es ohne Kernenergie eben nicht geht“ wurde eine Behauptung im Namen der Atomlobby aufgestellt. Mit dem Satz „Tatsächlich waren ja die Voraussetzungen für atomfreie Stromversorgung in Schweden deutlich besser als in vielen anderen Gegenden Europas[...]“ wird eine Gegenargumentation eingeleitet. Die Botschaft ist wie folgt: Es würde doch ohne Atomkraft gehen, Schweden hat die Voraussetzungen dafür. Dieses Argument knüpft an das persönliche Urteil Hermanns an: Die Schweden hätten den Ausstieg durchführen können, die Voraussetzungen dafür waren gut, aber sie haben es trotzdem nicht gemacht. Weiter argumentiert er dafür, dass die Behauptung in der Überschrift falsch ist. Man kehrt nicht „vom großen Plan“, gemeint ist natürlich der Atomausstieg, ab, weil dieser in Wirklichkeit gar nicht in Gang gesetzt wurde. Die Überschrift und der Schluss schaffen hier einen Rahmen für den ganzen Text, einen vollendeten Kreis sozusagen. Diese Verbindung wird erst gegen Ende des Lesens klar und ändert sowohl die Bedeutung der Überschrift als auch die Bedeutung des ganzen Kommentars. Die versprochene „neue Energiestrategie“ der Regierung gibt es nicht, es gibt lediglich eine alte. Herrmanns Fazit ist, dass ein radikales Umdenken in der Energiepolitik dringend notwendig ist, und zwar überall, auch in Schweden. Was dieses Umdenken tatsächlich ausmacht, wird nicht buchstäblich erläutert, aber es beinhaltet auf keinen Fall Atomstrom. Ich nehme an, dass der Verfasser auf eine Entwicklung, ähnlich der proklamierten *Energiewende* in Deutschland, verweist.

Die Hauptintention ist hier schwer zu bestimmen, der Text ist sowohl konstativ als auch argumentativ und direktiv. Verschiedene Sachverhalte werden präsentiert: Er berichtet von der Atompolitik Schwedens und ihren jetzigen Änderungen. Die analytischen, bewertenden und begründenden Textelemente dominieren gleichermaßen. Er argumentiert für seine Erklärung, für das Scheitern des Atomausstiegs. Die direktive Botschaft ist eher diskret durch Herrmanns gefärbte Darstellung und seinen bewertenden Ton festzustellen: Durch Wortwahl, Wortverbindungen und Verknüpfungen von Textteilen, verrät seine Agenda, dass er gegen den Beschluss ist, neue AKWs zu bauen. Er argumentiert gegen die unterstellte Verbindung zwischen *Atomstrom* und *Klimaschutz* und kommt zum Schluss indirekt zu einer deutlichen Aufforderung an Schweden und andere, mit der Atomstromerzeugung aufzuhören und sich stattdessen der „echten“ klimafreundlichen Energieproduktion zu widmen.

5.3 Die Welt: Persönliche Energiebilanz und emissionsfreie Kernkraft

5.3.1 Situativer und textueller Kontext

Der Kommentar *Klimakiller Gabriel*¹²⁹ erschien am 04.09.2007 in der Internetzeitung *Welt Online*. Derselbe Kommentar wurde am selben Tag auch in der Papierausgabe *Die Welt* publiziert. Journalist Ulli (Ulrich) Kulke schreibt seit 2001 für *Die Welt*. Zu erwähnen ist, dass Kulke von 1979 bis Anfang der neunziger Jahre für die *taz* gearbeitet hat.¹³⁰ Der unmittelbare Hintergrund des Kommentars ist ein Artikel aus der *Süddeutschen Zeitung*, in dem der damalige SPD-Bundesumweltminister Sigmar Gabriel interviewt wurde.¹³¹ Zu dem Zeitpunkt sollten, dem Atomgesetz von 2001 zufolge, die sieben ältesten Atomkraftwerke bis 2009 abgeschaltet werden. Gabriel erklärt in dem Interview, dass er eine frühere Abschaltung fordert. So könnten Reststrommengen aus den älteren Kraftwerken neueren und sichereren AKWs zugeführt werden. Die Atomindustrie wollte das Gegenteil, also Strommengen aus neueren den älteren Kraftwerken zuführen. Somit würden die älteren nicht 2009 abgeschaltet werden, weil sie dann immer noch Reststrommengen besitzen würden. Auf diese Weise hätte eine neue konservative Regierung nach der Wahl 2009 noch die Möglichkeit, das Atomgesetz zu ändern und den Atomausstieg rückgängig zu machen. Zu dem Kontext gehört auch, dass

¹²⁹ Siehe Anhang 3.

¹³⁰ Vgl. Wikipedia, „Ulli Kulke“, http://de.wikipedia.org/wiki/Ulli_Kulke, [Aufgesucht am 10.05.12].

¹³¹ Vgl. Michael Baumüller, SZ, *Kernkraft in Deutschland*, (31.08.07), <http://www.sueddeutsche.de/politik/kernkraft-in-deutschland-gabriel-will-alte-atomkraftwerke-abschalten-1.224265>, [Aufgesucht am 10.05.12].

Sigmar Gabriel 2007 für seine vielen Solo-Flüge mit dem Regierungsjet kritisiert wurde. Wegen seiner Klimasünden als Umweltminister wurde ihm Heuchelei vorgeworfen.¹³²

5.3.2 Textanalyse und Deutung

Wortwahl: Um-lexikalisierungen und Ironie

In *Klimakiller Gabriel* gibt es vor allem die auf den damaligen SPD-Bundesumweltminister Sigmar Gabriel bezogene Referenzkette: *Klimakiller-Gabriel-Umweltminister- Ressortleiter-Bundesumweltminister-Rotgrüne Koalition- SPD-Gabriel-persönliche Profilierung-Sorge um das Klima- Al Gore- Umweltguru- katastrophalen persönlichen Energiebilanz-Klimakiller*. Offensichtlich ist die auffälligste Bezeichnung für den Bundesumweltminister „Klimakiller“. Diese *Um-Lexikalisierung*¹³³ führt zu einer sehr negativen Konnotation seines Namens und seines Titels. Der Vergleich mit Al Gore trägt ferner dazu bei, diese Konnotation zu bestätigen. Gabriel ist wie Gore ein „Klimakiller“, und so werden auch die anderen kritikwürdigen Eigenschaften auf den Umweltminister übertragen, insbesondere die „der katastrophalen persönlichen Energiebilanz“.

Neben dieser Hauptkette erscheinen zwei andere, wovon sich eine klar um den Atomausstieg dreht: *Abschaltung ausgedienter Atomkraftwerke-Gerechtigkeit - Atomausstiegsgesetz- die Frage der Atomausstieg-vollendete Tatsache- ihr weltanschaulich so gewichtiges Projekt- einer der spektakulärsten Erfolge- in Gefahr-Ausstiegsgesetz-kassieren-eines neuen Glaubens*.

Diese Kette ist am stärksten von Um-Lexikalisierungen geprägt, mit folgenden Konnotationen für den Ausstieg: „ihr weltanschaulich so gewichtiges Projekt“, „einer der spektakulärsten Erfolge“ und „eines neuen Glaubens“. Wenn man diese Konnotationen isoliert betrachtet, könnten sie als positiv bewertet erscheinen, in Bezug auf den Kontext sind die Bedeutungen in Wirklichkeit aber umgekehrt gemeint. Mit den zunächst positiv zu bewertenden Wörtern, wie „spektakulär“, Erfolg“, „Gerechtigkeit“, ironisiert und verspottet Kulke stattdessen den Atomausstieg. Mit „ihr weltanschaulich so gewichtiges Projekt“ kommt die interpersonelle Funktion durch das persönliche Pronomen zum Ausdruck. „Ihr“ schafft in diesem Fall eine Distanz zur rot-grünen Koalition. „Ihr“ steht im Gegensatz zu „unser“ und impliziert, dass sowohl der Leser als auch der Verfasser selbst außerhalb „ihrer“ Gesellschaft

¹³² Vgl. Stern.de, *Opposition kritisiert Vielflieger*, (02.09.07), <http://www.stern.de/politik/deutschland/gabriel-und-von-der-leyn-opposition-kritisiert-vielflieger-596688.html>, [Aufgesucht am 10.05.12].

¹³³ Vgl. Vagle, 143.

stehen. Somit wird auch ein Solidaritätsverhältnis zwischen Leser und Autor angenommen.¹³⁴ Ferner wird das Projekt durch das „ihr“ delegitimiert, weil der Ausstieg so angeblich nur in „ihrer“ Weltanschauung von Bedeutung ist.

Die dritte Kette besteht aus klimabezogenen Wörtern und überschneidet sich mit der ersten Kette in einigen Begriffen: *Klimakiller- Dienstjet -hochgesteckten Ziele bei der Verringerung des CO₂-Ausstosses- emissionsfreie Kernkraft- Sorge um das Klimakatastrophen persönlichen Energiebilanz- Zug um Zug- Alternative der Bahnfahrt- Klimakiller*. Hier wird Kernkraft mit Klima verbunden, besonders mit der „emissionsfreien Kernkraft“.

Diese drei Referenzketten benennen die Hauptpunkte des Textes und sind eng miteinander verbunden. Die zweite und dritte Kette bilden im Text Gegensätze, was durch folgende Antonyme verdeutlicht wird: Atomausstieg und Klimaschutz. Zudem sind beide an die erste Kette gebunden, es dreht sich um den Bundesumweltminister im Verhältnis zu einerseits dem Klimaschutz und andererseits dem Atomausstieg. Wie der Verfasser zu diesen Themen steht, ist schon an der gefärbten Wortwahl erkennbar, trotzdem spielen auch der grammatische Aufbau des Kommentars und die argumentativen Techniken in der Darstellung eine Rolle.

Grammatische Stufe: Intertextualität, Konstantive und Modalität

Jeder Text trägt Elemente von anderen Texten, es gibt immer eine Intertextualität. In wie fern diese nachvollziehbar ist, variiert.¹³⁵ In *Klimakiller Gabriel* werden auf jeden Fall intertextuelle Beziehungen in den ersten zwei Abschnitten geschaffen. Ulli Kulke präsentiert hier die Intentionen und Meinungen Sigmar Gabriels über die Abschaltung der ältesten Kernkraftwerke, die aus dem genannten Artikel der *Süddeutschen Zeitung* vom 31. August stammen. Diese Elemente werden miteinbezogen, sodass Kulke seine konträren Gesichtspunkte vorstellen kann. Der Fokus ist also, die Meinungsunterschiede zu betonen. Nach Fairclough kann man sehen, auf welche Weise der Verfasser die Uneinigkeiten über das Thema hervorhebt. Lehnt er die andere Seite völlig ab, oder ist er offen, kompromissbereit und an einem Dialog interessiert?¹³⁶ In einer solchen Darstellung bezieht der Verfasser einige Elemente mit ein, während er andere auslässt. In diesem Kommentar sieht man, dass Kulke keines der Argumente Gabriels *für* die Abschaltung der älteren AKWs miteinbezieht. In

¹³⁴ Vgl. Vagle, 153, 160.

¹³⁵ Vgl. Fairclough, (2003), 36.

¹³⁶ Ebd. 41-42.

seinen Zitaten im SZ-Artikel *Kernkraft in Deutschland* ist die Strahlungsgefahr der älteren Kraftwerke ein Hauptargument, welches in *Klimakiller Gabriel* überhaupt nicht auftaucht. Das deutet darauf hin, dass der Kommentator kein Interesse daran hat, mit seinen Meinungsgegnern in Dialog zu treten.

Der Text ist vor allem von der Satzform der Aussage geprägt, die eine konstantive Sprachhandlung aufweisen. Der Verfasser stellt sich als Autorität dar und seine Intention ist es, seine Version des Sachverhaltes als Wahrheit darzustellen. Manchmal werden die Konstantive in *Klimakiller Gabriel* kategorisch durch nicht-modale Verbformen dargestellt, wie zum Beispiel: „Im Dienste für die Gerechtigkeit lässt er sich deshalb schon mal öfters mit dem Dienstjet abholen“ oder „[...]einer der spektakulärsten Erfolge [...] ist in Gefahr.“ In vielen anderen Beispielen versucht Kulke die Gültigkeit seiner Konstantive durch Stilmittel der Notwendig- oder Wahrscheinlichkeit auszudrücken: „...*könnte* ein schwarzgelbes Bündnis das Ausstiegsgesetz nämlich schnell kassieren“, „Es *dürfte* sich dabei auf eine Mehrheit in der Bevölkerung stützen, die *völlig* zu Recht daran zweifelt...“. Das Modalverb „können“ weist keine starke Modalität auf, sondern drückt eine bedingte Möglichkeit aus. „Dürfen“ weist einen stärkeren Grad von Notwendigkeit auf und „völlig“ fungiert als ein Verstärker dieser Notwendigkeit.

Der größte Teil des dargestellten Sachverhaltes kann wahrscheinlich vom Leser als „Wahrheit“ angenommen werden. Die meisten Behauptungen sind an sich nicht kontrovers, wie zum Beispiel die Aussage, dass der Atomausstieg mit einer schwarz-gelben Regierung gefährdet ist. Das war zu dieser Zeit ein bekannter Standpunkt der CDU/CSU/FDP. Stattdessen könnte der Leser mit der Darstellung des Sachverhaltes nicht einverstanden sein, vor allem aufgrund der gefärbten Sprache und dem Benutzen von Ironie, die dazu beitragen, den Atomausstieg zu delegitimieren und damit auch die von Gabriel vorgeschlagene vorzeitige Abschaltung der ältesten Atomkraftwerke. Wie in den anderen zwei Kommentaren, wird aber eine bekannte Kontroverse präsentiert, nämlich die Behauptung, dass die Ziele der Emissionsverringerung ohne Atomkraft nicht erreichbar sind. Der würden viele zustimmen, aber viele auch dagegen protestieren.

Textstufe: Argumentation und Gültigkeit

Klimakiller Gabriel ist ein ausgeprägt argumentativer Text, in dem der Verfasser versucht den Leser von seinen Auffassungen zu überzeugen. Alle Abschnitte sind in diesem Kommentar argumentativ aufgebaut. Das Erzählen sowie das Beschreiben als Vertextungsstrategie hat die

„Weltwiedergabe“ zum Zweck,¹³⁷ in diesem Fall ist das der bereits beschriebene Kontext für den Artikel, nämlich Sigmar Gabriels Flüge und seine Bemühungen um die Abschaltung der älteren Atomkraftwerke. Im Welt-Kommentar sind die erzählenden und beschreibenden Textelemente aber gleich in Argumente verpackt, wie zum Beispiel im Aufmacher: „Der Umweltminister meint es ernst. *Zumindest* was seine Bemühungen um die Abschaltung ausgedienter Atomkraftwerke betrifft. Im Dienste für die Gerechtigkeit lässt er sich *deshalb* schon mal öfter mit dem Dienstjet abholen. Mehr als jeder andere Ressortleiter.“

Die argumentierende Strategie wird sowohl mit expliziten als auch mit impliziten Satzverbindungen durchgeführt: Der Umweltminister meint „etwas“ ernst, also sein Mandat als Umweltminister. Mit der Satzverbindung „zumindest“ wird klar, dass sein Umweltschutz sich aber vielleicht darauf beschränkt, Atomkraftwerke abzuschalten. „Deshalb“ erklärt uns weiter, dass Gabriel sich mit einem Dienstjet abholen lässt, um die Abschaltung der AKWs zu bewirken. Diese Verbindung zwischen seiner Bemühungen für die AKW-Abschaltung und dem Dienstjet stehen in direkter Verbindung mit der Überschrift *Klimakiller Gabriel*. Kulke scheint hier für den folgenden Zusammenhang zu argumentieren: Sigmar Gabriel ist Umweltminister, schadet allerdings selbst dem Klima durch seine Jetflüge. Er fliegt von Amts wegen, also in diesem Fall der Abschaltung der älteren AKWs wegen. Ein nicht explizites Ergebnis kommt somit zum Vorschein: Ein Umweltminister, der persönlich nicht klimafreundlich lebt, ist heuchlerisch. Das Ergebnis der Analyse ist etwa die folgende Direktive: Gabriel sollte nicht vor dem Hintergrund des Atomausstiegs den Jet benutzen. Dies impliziert zum einen, dass er seine Jetflüge tatsächlich dafür benutzt, und zum andern, dass der Klimaschutz und die Atomkraft gegensätzliche Größen sind, wobei Klimaschutz als Umweltthema die Atomkraft übertrumpft. Schließlich ist ein anderes Ergebnis seiner Argumentation zwischen den Zeilen zu verstehen, nämlich, dass der Atomausstieg dem Klima grundsätzlich schadet, mit oder ohne Gabriels persönliche Klimasünden.

Kulke versucht ferner den Atomausstieg als ein Prestigeprojekt darzustellen, was an dem Satzteil „[...]einer der spektakulärsten Erfolge ihres ‚Marsches durch die Institutionen‘“ erkennbar ist. Für die Koalition war der Atomausstieg vor allem ein symbolischer Erfolg. Der Begriff „Marsch durch die Institutionen“ gehört zu der Parole der 68er und macht in diesem Kontext das rot-grüne Projekt lächerlich. Der Ausstieg wird weiterhin dadurch delegitimiert, dass die Bevölkerung angeblich aufgrund des Klimaschutzes einer Laufzeitverlängerung

¹³⁷ Vgl. Eroms, 93.

zustimmen würde. Dieses Klimaargument geht ferner auf das zitierte Argument Reinhard Bütikofer von dem „rücksichtslosem Gewinnstreben“ zurück. Hier widerspricht Kulke einer üblichen Anklage der Atomkraftgegner, weil es in erster Linie um „die emissionsfreie Kernkraft“ und nicht um ökonomischen Gewinn geht.

Wenn man die Argumente und Schlussfolgerungen im Welt-Kommentar näher betrachtet, kommt eine fragwürdige Argumentationskette zum Vorschein. In der Argumentationsanalyse, einer anderen Form der Textanalyse, wird u.a. die Gültigkeit der vorgebrachten Argumente in Bezug auf die vorgelegte Prämisse der Argumente untersucht.¹³⁸ Das Hauptargument des Textes lautet etwa: Bundesumweltminister Sigmar Gabriel trägt negativ zu dem Klimaschutz bei. Die Gründe für dieses Argument betreffen zwei Sachverhalte, und zwar 1) Seine Jetflüge und 2) „sein“ Atomausstieg: 1) Er ist mit klimaschädlichen Jetflügen öfter geflogen, somit ist „ausgerechnet der Bundesumweltminister“ selbst ein „Klimakiller“; 2) Er will den Atomausstieg beschleunigen und die ältesten AKWs vor 2009 abschalten. Der Atomausstieg ist nicht legitim, weil er nur a) ein Prestigeprojekt und b) das Resultat der „Schaffung eines neuen Glaubens“ (an den nur rot-grün glaubt) ist und c) weil die Atomkraft emissionsfrei und klimafreundlich ist.

Diese Anhaltspunkte und Begründungen sind zum Teil gültige Argumente, zum Teil aber auch nicht. Dass Gabriels persönliche Energiebilanz sich negativ auf das Klima auswirkt, hat eine gültige Prämisse: Alle Ausstöße tragen negativ dazu bei. Dass der Umweltminister negativ zum Klimaschutz beiträgt, weil er sich um den Atomausstieg bemüht ist auch ein gültiges Argument, insofern die Prämisse ist, dass die Atomkraft „emissionsfrei“ ist. Die Prämissen der anderen zwei Argumente treffen weniger zu, was durch eine weitere schematische Argumentationskette offensichtlich wird: Der Umweltminister trägt negativ zum Klimaschutz bei, weil der Atomausstieg für ihn erstens nur ein Prestigeprojekt ist, und zweitens nur einen „Glauben“ repräsentiert. Die Wirkung dieser Begründungen ist, dass der Atomausstieg und der Bundesumweltminister beide unglaubwürdig gemacht werden. Dieser „Glaube“ wird nicht genau erklärt, aber wahrscheinlich meint er den „Glauben“, Atomkraft sei gefährlich. Kulke versucht damit, die Sorgen um die Strahlungs- oder Unfallrisiken indirekt abzulehnen. Diese Argumentation ist fragwürdig, weil es die Risiken tatsächlich gibt.

Es scheint die Absicht des Verfassers zu sein, den Umweltminister Sigmar Gabriel und seine Politik als unglaubwürdig darzustellen. Dass direktive Sprachhandlungen im Text

¹³⁸ Vgl. Margareth, *Argumentasjonsanalyse i Tilnærming til tekst: modeller for språklig tekstanalyse*, Hrsg. Jan Svennevig, Margareth Sandvik und Wenche Vagle, (Oslo: Landslaget for norskundervisning Cappelen akademisk forlag, 1995) 301, 310-311, 315.

nicht explizit ausgedrückt werden heißt aber nicht, dass es sie überhaupt nicht gibt. In Kulkes Argumentation über die Atomkraftfrage in Bezug auf Klima und Gabriels Verhalten dazu, ist eine Aufforderung spürbar: Ein Bundesumweltminister sollte dem Klima sowohl in der Politik als auch in seinem Privatleben die höchste Priorität einräumen. Es folgt sogar ein Befehl: Schalte nicht die ältesten Atomkraftwerke ab, lass die emissionsfreien Kernkraftwerke weiter laufen.

5.4 Auswertung der Ergebnisse, diskursive Funde

In Hinblick auf die Textanalysen ist klar geworden, dass der Klimadiskurs in der Atomdebatte deutlich präsent ist. Die drei Kommentare berücksichtigend, wird er allerdings höchst unterschiedlich dargestellt. Die Verfasser haben verschiedene Ansichten und Ziele und drücken sich deshalb unterschiedlich aus. Der taz- und der SZ-Kommentar vertreten eine andere Meinung zur Atomkraft als der Welt-Kommentar. Wenig überraschend, drückt *Rendite statt Klimaschutz* den stärksten Widerstand gegen die aktuellen Laufzeitverlängerungen der AKWs aus, während *Klimakiller Gabriel* sich ausdrücklich negativ zum Atomausstieg äußert. In der Analyse von diskursiven Praxen wird untersucht, wie die Verfasser verschiedene Diskurse in ihre Texte miteinbeziehen.¹³⁹ Es werden hier gegensätzliche Meinungen zur Atomkraftfrage ausgedrückt und auch sind unterschiedliche Diskurse in den Kommentaren integriert. Nicht zuletzt sind die Repräsentationen in gemeinsamen Diskursen umstritten.

5.4.1 Der Klimadiskurs und der vergessene Risikodiskurs

Die Wortwahl eines Diskurses ist nicht stabil und hängt von Sprachbenutzer und Kontext ab.¹⁴⁰ Der Klimadiskurs ist in allen Kommentaren deutlich vorhanden, wird aber unterschiedlich dargestellt in Bezug auf, zum Beispiel, den Wortschatz. Verschiedene Repräsentationen innerhalb des Klimadiskurses kämpfen also um die kulturelle Hegemonie in der Debatte um Atomkraft. In allen drei Kommentaren ist der Klimadiskurs ein selbstverständlicher Aspekt der Wirklichkeit und die übergeordnete, geschlossene Repräsentation besteht aus der Anerkennung der globalen Erwärmung und der Sorge um sie. In *Rendite statt Klimaschutz* wird die Sorge um das Weltklima ausgedrückt, die in Verbindung mit steigendem Energiebedarf und fossiler Energieerzeugung gesetzt wird. Es

¹³⁹ Vgl. Jørgensen & Phillips, 81.

¹⁴⁰ Vgl. Norman Fairclough, *Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language*. 2.Ausg., (Harlow: Pearson Education Limited, 2010), 40.

besteht in allen drei Zeitungen eine positive Haltung gegenüber dieser Verbindung, wie aus diesem Satz des Welt-Kommentars hervorgeht: „Es [die Laufzeitverlängerung] dürfte sich dabei auf eine Mehrheit in der Bevölkerung stützen, die völlig zu Recht daran zweifelt, dass die hochgesteckten Ziele bei der Verringerung des CO₂-Ausstoßes ohne die emissionsfreie Kernkraft erreichbar wären.“ Hier wird die Herausforderung einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes nicht direkt an die Erzeugung fossiler Energie adressiert, weil dieser Zusammenhang vorausgesetzt ist.

Aus diesem Zitat ergibt sich auch eine positive Verbindung mit der Atomkraft, eine Repräsentation von Kernkraft als klimafreundlich, die hingegen in den anderen zwei Kommentaren bestritten wird. In der *taz* wird die Repräsentation auch aufgegriffen, aber ihre Gültigkeit wird verneint. Eine andere Repräsentation ist im Kommentar der SZ, *Abkehr vom großen Plan*, vorhanden, in der der Klimaschutz stattdessen an den Atomausstieg gebunden ist. In Schweden gäbe es für atomfreien Strom gute Möglichkeiten: „gigantische Naturressourcen, wie mächtige Flüsse, riesige Wälder, windige Küsten und Archipele“. Die Lösung der Klimaprobleme sind ein „energiepolitisches Umdenken“, ein voller Einsatz an erneuerbaren Energien und die Abschaffung der Atomkraft. Es ist interessant, dass der Repräsentation der klimafreundlichen Atomenergie im Kommentar *Rendite statt Klimaschutz* nichts entgegengesetzt wird. Zwar wird das Bild der klimafreundlichen Kernkraft bestritten, aber genaue Gegenrepräsentationen sind nicht zu finden, wie zum Beispiel eine Repräsentation über die Atomkraft als klimaschädlich, weil sie als eine Art Bremsklotz fungiert. Der Verfasser betont vor allem, dass die Unternehmen eigentlich keinen Klimaschutz im Sinn haben, bringt aber nicht zum Ausdruck, dass der Atomstrom an sich nicht klimafreundlich ist.

Der Kommentator der *taz* nimmt stattdessen Repräsentationen eines Risikodiskurses auf, die weder im SZ- noch im Welt-Kommentar zu finden sind. Der Klimadiskurs ist ein Teil eines größeren Umweltdiskurses, der auch andere Probleme neben Klimaschutz umfasst. Zu diesem Umweltdiskurs gibt es einen Unterdiskurs, der „Risikodiskurs“ benannt werden kann. Einige Themen aus dem Umweltdiskurs haben in der öffentlichen Debatte an Boden verloren. In den 80er Jahren waren zum Beispiel das Waldsterben und der saure Regen im Fokus, Themen, die heute fast verschwunden sind. Atomkraft ist seit den 70er Jahren ein großes Umweltthema, aber in der vorliegenden Kommentarauswahl werden die Risikoaspekte der Atomkraft allein durch die *taz* vertreten. Repräsentationen eines traditionellen Risikodiskurses innerhalb des Umweltdiskurses kommen hier vor, insbesondere durch die Behauptung, dass

die Wahrscheinlichkeit für Störfälle durch eine wachsende Anzahl neuer Atomkraftwerke größer wird. Diese Aussage ist eine typische Repräsentation, in der die große Gefahr für die Umwelt und die Bevölkerung dargestellt wird. In *Klimakiller Gabriel* werden Teile eines Interviews mit dem Bundesumweltminister wiedergegeben, aber ausgerechnet seine Argumente zur Strahlungsgefahr in den älteren Kraftwerken, werden nicht miteinbezogen. In diesem Kommentar wird der Risikodiskurs also ausgelassen und die Repräsentation des klimafreundlichen Atomkraftwerks übertrumpft die Repräsentation der potentiellen Strahlungsgefahr bei Störfällen.

5.4.2 Andere Diskurse: Der Ökonomiediskurs

In *Rendite statt Klimaschutz* steht der Repräsentation eines klimafreundlichen Atomstroms ein ökonomischer Diskurs entgegen. In dieser Darstellung wollen die Stromkonzerne Atomkraftwerke weiter betreiben, weil sie davon ökonomisch profitieren, nicht weil sie das Klima schützen wollen. Der Verfasser wirft den Unternehmen auch große Exportinteressen vor und lässt seine Missbilligung darüber erkennen.

Dieser Ökonomiediskurs taucht auch in *Abkehr vom großen Plan* auf. Die Verzögerung des schwedischen Atomausstiegs wird ökonomisch begründet. Hier wird eine andere Position in dem Diskurs berücksichtigt, nämlich, dass ein eventueller Atomausstieg die Strompreise in die Höhe treiben würde, was die Wähler, also die Bevölkerung, ärgern würde. Diese Darstellung ist weniger aggressiv der Ökonomie gegenüber, die großen Kapitalisten werden als gar nicht so schlecht präsentiert. Merkmale der unternehmerkritischen Darstellung gibt es trotzdem durch den diskreten Vorwurf, dass die Industrie nicht genügend in den Atomausstieg bzw. in erneuerbare Energien investiert hat. Ferner betont Gunnar Herrmann die Rolle der Atomlobby und die Unternehmern, die, zusammen mit „Schweden“ und den Politikern, aus ökonomischen Gründen nicht wirklich auf eine neue Energiepolitik eingegangen sind. Letztendlich ist der Ökonomiediskurs auch im Kommentar der Welt zu erkennen und wird in folgendes Zitat miteinbezogen: „aus rücksichtslosem Gewinnstreben“. Dies ist ein gutes Beispiel für einen diskursiven Kampf um die Hegemonie. Hier bestreitet Kulke die Präsentation der Stromindustrie als kapitalistische, egoistische „Haie“. Es ist deutlich, dass der Verfasser die Behauptungen und Gesichtspunkte der Ausstieg Anhänger falsch findet. Die Auffassungen der Wirklichkeit in Bezug auf die Rolle der Atomkraftwerke bei der Verhinderung der globalen Erwärmung sind höchst gegensätzlich.

6. Analyse: Kernkraftdebatte nach Fukushima

Die nukleare Katastrophe von Fukushima in Japan wurde von einem kräftigen Erdbeben und dem darauf folgenden Tsunami am 11. März 2011 verursacht. Die Katastrophe, das sind mehrere Unfälle und Störfälle in den Reaktoren des Kernkraftwerkes *Fukushima Daiichi*. Auf der INES-Skala wird der Schweregrad des Unfalles auf der höchsten Stufe, INES 7, eingeordnet, die einen katastrophalen Unfall bezeichnet.¹⁴¹ Am 14. März, drei Tage nach dem Unfall beschloss die Merkel-Regierung das *Atom-Moratorium*. Nur ein halbes Jahr nach der Laufzeitverlängerung begann so die vollständige Kehrtwendung der Regierung in Sachen Atomkraft.

In den Jahren vor dem Unfall wurde von einer „nuklearen Renaissance“ im Westen gesprochen, in der beispielsweise Atomausstiegsgesetze in Deutschland und Schweden rückgängig gemacht wurden. Erklärungen dafür sind u.a. der zeitliche Abstand zur Atomkatastrophe von Tschernobyl und der Umstand, dass die Klimafrage zum Brennpunkt der Umweltdebatte geworden war. Die „Three Eleven“-Katastrophe in Japan sorgte für einen Kurswechsel; vor allem in Deutschland, aber auch in anderen Ländern stieg die Skepsis der Bevölkerung. Die Reaktionen auf diesen Unfall sind insbesondere deshalb so stark, weil man ihn von einem hochtechnologischen, demokratischen Land wie Japan nicht erwartet hatte.¹⁴² Vor der Fukushima-Katastrophe bestand die Stromerzeugung Japans zu 30% aus Atomstrom, nach dem Unfall wurden 53 von 54 Reaktoren vom Netz genommen. Die künftige Energieversorgung des Landes ist seitdem ungewiss und so wurde vor kurzem entschieden, zwei Reaktoren wieder im Gang zu setzen, obwohl große Teile der Bevölkerung jetzt der Atomkraft kritisch gegenüberstehen.¹⁴³

Die folgenden Kommentare stammen alle aus dem ersten Monat nach dem Unfall.

¹⁴¹ Vgl. International Nuclear and Radiological Event Scale (INES), *International Atomic Energy Agency* (IAEA), <http://www.iaea.org/Publications/Factsheets/English/ines.pdf>. [Aufgesucht am 10.06.12].

¹⁴² Vgl. The Economist, *The Dream That Failed. Special Report Nuclear Energy*, 3-6, (10-16.03.12).

¹⁴³ Vgl. Süddeutsche Zeitung, *Japan fährt zwei Reaktoren wieder hoch*, (16.06.12), <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/atomkraft-japan-faehrt-zwei-reaktoren-wieder-hoch-1.1384698> und Aftenposten, *Japan klare for å starte atomreaktorer igjen*, (10.04.12) <http://www.aftenposten.no/okonomi/utland/Japan-klare-for-a-starte-atomreaktorer-igjen-6801514.html#.T-ci38V9Oul>, [Aufgesucht am 17.06.12].

6.1 taz – Atomkraft noch lange nicht am Ende

6.1.1 Situativer und textueller Kontext

*Ratlos vor der Kernfrage*¹⁴⁴ wurde am 12.04.2012, einen Monat nach dem Unfall von Fukushima in der *taz* publiziert. Kommentator ist Bernhard Pötter, damals Leiter des Ressorts Wirtschaft und Umwelt der *taz*. Im Kommentar wird neben der Atomkraftfrage auch ein anderes Streitthema angesprochen, nämlich die so genannten Risikotechnologien. Diese umfassen u.a. Atomkraft, Gentechnik und Nanotechnik.

6.1.2 Textanalyse und Deutung

Der Kommentar *Ratlos vor der Kernfrage* kann aus meiner Sicht in drei Hauptreferenzketten eingeteilt werden, die den Hauptthemen des Textes entsprechen. Eine dreht sich um Fukushima als Wendepunkt: *Nicht am Ende- verändern- verändert- „Ende des Atomzeitalters“- angebrochen- „Three Eleven“, Zäsur- Seitenwende- Zäsur- Fukushima- Wende- Fukushima- Einschnitt- Fukushima*. Neben dieser Kette bestehen zwei andere. Die eine dreht sich um die Möglichkeiten, die eine Zäsur in Deutschland mit sich bringt, und zwar den Atomausstieg und darüber hinaus eine Energiewende und Innovation: *Traum- rotgrünen Ausstieg- Deutschland- aus der Atomenergie aussteigen- Atomausstieg- Atomausstieg- Energiewende- Innovation- Neuem Denken- Umwelttechniken- Neue markte- Exportindustrie- Vorsprung vor Atomländern- Zukunftsträchtiger Wirtschaftsfelder*. Die letzte und größte Referenzkette dreht sich um Risikofaktoren: *Ratlos- Kernfrage-Risikotechnologien- Seebeben- Harrisburg- Tschernobyl- Risiken regionaler Atomunfälle-Risiken der „friedlichen Nutzung“ der Atomkraft- Bombe- Spielarten des Wahnsinns -Desaster- Fukushima- Brenn(!)punkte- fatal-havarierte AKW- kritisch- re-kritisch- unkontrollierte partielle Kernspaltung- gefährlich- Strahlungswerte- unbewohnbar- Radioaktivität- Katastrophe in Japan- Three Eleven- [ect.ect.]*

Die Risiken sind vor allem auf Atomkraft bezogen, es geht aber auch um andere sogenannte Risikotechnologien und sogar um Terror. Der Vergleich zwischen Fukushima und den 9/11- Terrorangriffen in New York ist interessant, weil die Verbindung zwischen einer Atomkatastrophe und Terror nicht neu ist. „Three Eleven“ wird mit 9/11 verglichen, weil sie eine ähnliche Ikonographie durch TV-Bilder aufweist. Außerdem haben Atomkraftkritiker bereits lange Zeit Atomkraftwerke als ungeschützte Terrorziele problematisiert. Eine andere

¹⁴⁴ Siehe Anhang 4.

Gefahr, die angesprochen wird, ist die Gefahr, die eine Atombombe repräsentiert. Insgesamt macht der Text stark auf die Risiken aufmerksam: Terror, Atomkrieg, Naturkatastrophen und das zerstörende Potenzial der Atomkraftwerke. Diese „Risikokette“ beinhaltet auch den Begriff „German Angst“, den der Kommentator Pötter als eine Erklärung für die deutsche Reaktion angibt. Durch den ganzen Text hindurch werden Risiko- und Gefahrenaspekte betont, deshalb fungiert „German Angst“ fast wie ein Metakommentar.

Ansonsten ist die Wortwahl weitgehend neutral. In anderen Zusammenhängen würden Wörter wie „Desaster“ und „Katastrophe“ sehr dramatisch klingen, aber hier wirken die Ausdrücke angemessen. Expressive Züge in der Wortwahl sind nur bei einigen negativ bewertenden, auf Atomkraft bezogene Wörtern zu beobachten, so bei „[r]atlos“, „Spielarten des Wahnsinns“, „fatal“, „gefährlich“ und ferner die Beschreibung der Industrie als „zähneknirschend“. Eine negative Bewertung der Industrie wird damit zum Teil bereits vorweggenommen. Darüber hinaus gibt es eine Umlexikalisierung der Regierungspolitik als „Zickzackkurs“, ferner zwei Metaphern, „politische Erdbeben“ und „Tsunami“, die dem deutschen Atomausstieg und seinen Folgen entsprechen. Schließlich weist das Wort „Kernfrage“ eine Zweideutigkeit auf. Die eigentliche Bedeutung ist „die Hauptfrage“ oder „die grundlegende Frage“. In Verbindung mit dem Thema Atomkraft fungiert das Wort aber auch als Anspielung auf Kernkraft und seine Bedeutung könnte dann die „Kernkraftfrage“ sein.

Auf der interpersonellen Stufe ist zu bemerken, dass der Verfasser mehrmals im Text von einem „wir“ schreibt, siehe: „Denn wenn *wir* Norbert Röttgen und Angela Merkel abnehmen sollen [...]“. Der Gebrauch des Personalpronomens „wir“ impliziert eine Gemeinschaft von Autor und Leser und zieht so den Leser auf Seite des Verfassers.¹⁴⁵ Der Abstand zu den „anderen“, sprich Merkel und ihrer Regierung, wird gleichzeitig unterstrichen.

Grammatische Stufe: Satzformen, Sprachhandlungen, Modalität

Ratlos vor der Kernfrage weist keine Neigung zu einer bestimmten Prozessform auf, sondern die Sachverhalte werden sowohl als Handlungen als auch als Ereignisse und Zustände dargestellt. Dennoch gibt es verhältnismäßig wenige Handlungsbeschreibungen, was darauf hindeutet, dass auch die Verantwortung für die Ereignisse wenig betont wird. Diese Annahme wird in Hinblick auf die Teilnehmerrollen bestätigt, weil das Agens häufig nicht Menschen

¹⁴⁵ Vgl. Vagle, 151.

oder politische Akteure sind, sondern hauptsächlich neutrale Größen, wie ein Datum, einzelne Länder oder die Katastrophe selbst. Beispiele sind die folgenden Zustandsbeschreibungen: „*China und Indien* haben größere Sorgen mit der Stromversorgung von hunderten von Millionen Menschen als wegen des Risikos regionaler Atomunfälle“, und „*Frankreich* hat weder den politischen Willen noch die technischen und finanziellen Ressourcen zum Ausstieg“. Hier werden einige landesspezifische Voraussetzungen, die den Atomausstieg verhindern, angegeben. Der Verfasser betont nicht die Verantwortung oder Ursache, sondern erklärt, warum die Atomfrage tatsächlich schwierig ist. Darüber hinaus ist der Text von Passivsätzen geprägt, die ihrerseits auch die Wirkung haben, Verantwortungsverhältnisse herunterzuspielen, wie zum Beispiel: „Mit Fukushima sei das Thema erledigt“ oder „[...] das Thema [ist] auf die hinteren Plätze der Berichterstattung gerutscht [...]“. Hier wird die mangelhafte Medienberichterstattung angesprochen, aber die Verantwortung dafür wird nicht den Medien selbst, sondern den Umständen und auch den Medienverbrauchern, „uns“, zugeschrieben: „Während *unser* Interesse abflaut [...]“. Und ferner „die Aufregung wandelt sich zur [unserer] Haltung „Fuckyoushima“. Der Verfasser warnt davor, die Katastrophe in den Medien zu vernachlässigen, zeigt aber gleichzeitig Verständnis für die Gründe.

Dennoch werden im Text einige Handlungen mit Agens (A) aufgestellt. So im folgenden Satz, in dem die Verantwortung der deutschen konservativen Politiker für die Verzögerung des Atomausstieges deutlich zum Ausdruck kommt: „*Die Konservativen* (A) hören damit auf, die Atomkraft anzubieten, [...] und versuchen, einen neuen gesellschaftlichen Konsensus in Energiefragen herzustellen – den es ja bereits gab und den *diese Regierung* (A) ohne Not gekündigt hat.“

Anders verhält es sich interessanterweise bei der Repräsentation der Industrie: „Wieder einmal wird *sie* [die Industrie] (Medium) sich unter dem *Druck der Ereignisse* (A) zu Innovation und neuem Denken prügeln lassen, wie es so oft bei der Einführung neuer Umwelttechniken der Fall war.“ Dieser Satz drückt nämlich eine Passivhandlung aus, in dem die Industrie das Medium ist, also die Person, um die es geht. Das Agens ist tatsächlich der „Druck der Ereignisse“. Passivsätze können manchmal Verantwortung verbergen bzw. ausblenden, hier ist der Effekt aber umgekehrt, da „Innovation und neue[s] Denken“ positive Leistungen sind. Die Darstellung der Industrie wird somit ausgesprochen negativ, denn diese sei angeblich nur innovativ und denke neu, wenn sie dazu gezwungen werde.

Die Konstantive eines Textes drückt die Wahrheit aus. Das heißt natürlich nicht, dass sie die objektive Wahrheit ist, innerhalb des Textes ist sie aber unbestreitbar. Die Behauptung,

dass Frankreich „fast vollständig auf Atomenergie“ umgestellt hat, ist eine unbestreitbare Tatsache, denn etwa 80 Prozent der französischen Energieproduktion stammen aus Atomkraft.¹⁴⁶ Dass sich die Unternehmen „[w]ieder einmal [...] unter dem Druck der Ereignisse zu Innovation und neuem Denken prügeln lassen“ ist aber eine Darstellung der Industrie, die viele bestreiten würden. Wie der Leser die Konstantive auffasst hängt davon ab, welche Vorurteile und Meinungen er besitzt, aber auch, wie ihm die Wahrheiten präsentiert werden. Zum Beispiel spielt es eine Rolle, auf welches Wissen sich der Verfasser beruft. In einem Zeitungsartikel, insbesondere den Nachrichten, werden Sachverhalte oft als Wiedergabe einer transparenten Wirklichkeit präsentiert. Auf diese Weise werden der schwierige Prozess des Informationssammelns und der journalistischen Auswahl ausgeblendet. Um subjektiven Beurteilungen und Auffassungen einen objektiven Schein zu geben, kann der Verfasser sich kategorisch der Wahrheit seiner Aussagen verpflichten. Die Modalität, die durch kategorische Aussagen ausgedrückt wird, verstärkt die Autorität des Verfassers.¹⁴⁷ In *Ratlos vor der Kernfrage* gibt Bernhard Pötter wenig Anlass zum Zweifel; seine Äußerungen vermitteln sicheres Wissen, wie hier: „In der Tat [...]“, „Doch für kühle Rechner stellt Fukushima *keineswegs* einen Ausreißer dar [...]“.

Textstufe: Makrohandlung

Auf der Suche nach der Hauptintention des Textes, können der Titel, die Einleitung und der Schluss viel verraten, und in diesem Fall weisen sie alle eine konstantive Sprachhandlung auf. Im Titel stellt Pötter fest, dass jemand „ratlos vor der Kernfrage steht“. Wer ratlos ist, ist nicht genau klar, vielleicht die Welt. Im Aufmacher erklärt der Kommentator nämlich, dass die Atomkraft weltweit „noch lange nicht am Ende – trotz Fukushima“ ist. Doch in Deutschland „wird sich der Umgang mit Risikotechnologien“ verändern. Diese zwei Aussagen werden am Schluss wieder aufgenommen und erweitert. In Deutschland bedeutet „Fukushima“ nicht nur das Ende der deutschen Atomkraft, sondern eben auch das Überdenken aller Formen von Risikotechnologien. „Fukushima“ als Symbol für Risiko wird zur „Kernfrage“ werden, stellt Pötter fest. „Kernfrage“ weist auf sowohl auf die Atomkraftfrage als auch auf die Risikofrage hin.

Dieser Kommentar verfolgt vor allem die Strategie eines argumentierenden Textes. Wie gezeigt, stellt der Verfasser zwei Behauptungen am Anfang auf, im übrigen Text wird

¹⁴⁶ Vgl. Store norske leksikon, „Frankrike - Næringsliv“, (16.04.12), <http://snl.no/Frankrike/n%C3%A6ringsliv>. [Aufgesucht am 06.06.12].

¹⁴⁷ Vgl. Vagle, 185-186.

dann für diese Gesichtspunkte argumentiert. Neben den Referenzketten, die Meinung im Text erzeugen, gibt es andere Textverbindungen durch den gesamten Text hindurch, die semantische Relationen zwischen den Sätzen markieren. Diese Verbindungen sind Konjunktionen und Adverbien. Die expliziten Satzverbindungen in *Ratlos vor der Kernfrage* markieren vor allem Ursachen (durch die Kausalverbindungen *denn, der Grund dafür, weil*), Einräumungen (durch Kausalverbindungen, wie u.a. *trotz, zwar, sicher, selbst, trotzdem*), Gegensätze (durch z.B. adversative Konjunktionen *aber, während, doch, sonst aber, nicht nur, sondern*) und Additive (durch zum Beispiel kopulative Konjunktionen *sogar, weder-noch, nicht zuletzt*). Diese Satzverbindungen, die für einen argumentierenden Text charakteristisch sind, dominieren den Kommentar.¹⁴⁸ Schematisch können die Argumentationsketten auf folgende Weise dargestellt werden:

1. „Fukushima“ bedeutet nicht das Ende der Atomkraft in der Welt, weil
 - a) Länder wie China und Indien das Risiko akzeptieren, weil ihnen die Stromversorgung der großen Bevölkerungen wichtiger ist;
 - b) es an politischem Willen, technischen und finanziellen Ressourcen fehlt, wie z.B. in Frankreich;
 - c) weil es zwischen Atomkraft und Atomwaffen einen engen Zusammenhang gibt und ein Ausstieg nur in den Ländern realistisch ist, in denen es keine Atomwaffen gibt;
 - d) das Interesse an der Katastrophe vergänglich ist.

2. „Fukushima“ bedeutet doch eine Zäsur, weil
 - a) die durch TV-Bilder geschaffene „Ikonographie der Katastrophe“ vielleicht, wie bei 9/11, künftig daran erinnert, und sie außerdem verdeutlicht hat, dass eine Atomkatastrophe auch in einem Hightechland eintreten kann;
 - b) Deutschland jetzt wahrscheinlich aus der Atomenergie schnell aussteigt, was einen neuen energiepolitischen Konsensus bedeutet;
 - c) die Industrie zur Umstellung gezwungen wird, was wiederum „morgen“ zum Vorstoß „zukunfts-trächtiger Wirtschaftsfelder“ führen wird;
 - d) die Sicherheits- und Risikodebatten in Deutschland nach „Fukushima“ geändert werden müssen: Wenn eine Risikotechnologie nicht mehr in Frage kommt (Atomkraft), weil sie „das Potential in sich trägt, bei einem Unfall massiven Schaden anzurichten“, müsste/sollte die gleiche Grundlage auch für andere Risikotechnologien gelten.

¹⁴⁸ Vgl. Vagle, 189-190.

Mit dieser Aufstellung kann zu der Frage der übergeordneten Sprachhandlung des Textes zurückgekehrt werden. Als argumentativer Text hat *Ratlos vor der Kernfrage* den Zweck, vergangene, gegenwärtige oder zukünftige Handlungen zu begründen.¹⁴⁹ Der Kommentator konstatiert die gegenwärtigen und künftigen Folgen nach der Fukushima-Katastrophe sowohl in Deutschland als auch in der Welt. Zum Schluss, im letzten Argument, taucht eine Direktive auf: Jetzt soll auch das Zerstörungspotential anderer Risikotechnologien in Betracht gezogen werden, obwohl es die Regierung vielleicht „ratlos“ machen wird! Die Makrohandlung von *Ratlos vor der Kernfrage* ist hauptsächlich konstativ und teilweise direktiv.

6.2 SZ – Der Glaube an Atomkraft entgegen besserem Wissen

6.2.1 Situativer und textueller Kontext

*Atomarer Glaubenskrieg*¹⁵⁰ erschien eine Woche nach dem Kernkraftunfall in Fukushima, am Samstag, 19. März, auf der Meinungsseite der *Süddeutschen Zeitung* (SZ). Der Kommentar ist von Chefredakteur Kurt Kister verfasst, der seit 1982 Journalist bei der SZ ist. Im Text wird an ein 25-jähriges Medienereignis erinnert, nämlich daran, dass der damalige bayerische Umweltminister Alfred Dick nach der Katastrophe in Tschernobyl, einen Löffel radioaktives Molkepulver aß, um dessen Ungefährlichkeit zu beweisen. Dieses Pulver stammte aus der Molkerei *Meggle* in Wasserburg am Inn, die später einen großen Güterzug mieten musste, um die 5000 Tonnen verstrahltes Pulver sicher aufzubewahren.¹⁵¹

6.2.2 Textanalyse und Deutung

Wortwahl: Negative Konnotationen zum Glauben an Atomkraft

In *Atomarer Glaubenskrieg* wird die wichtigste Referenzkette bereits in der Überschrift introduziert. Sie behandelt die abstrakten Themen „Glaube“ und „Identität“: *Glaubenskrieg- Verehrung des technologisch Machbaren- großen, prägenden Fragen- Christliche Identität- Identität der Grünen- Identitätsstiftenden Merkmale- hochsymbolische Bedeutung- Weltanschauung- Selbstverständnis- Bekenntnis- Quasireligiösen Charakter- ich glaube- ich glaube nicht- Glaubenskrieg- Werten- Lebensstil*. Durch die Überschrift kommt auch eine weitere wichtige Kette zur Geltung, über Atomkraft: *Atomarer- Atomdebatte- Harrisburg*

¹⁴⁹ Vgl. Eroms 93.

¹⁵⁰ Siehe Anhang 5.

¹⁵¹ Vgl. Kathrin Hartmann, *URLAUBSLAND BAYERN. Strahlende Vergangenheit*, Frankfurter Rundschau, (11.07.11), <http://www.fr-online.de/panorama/urlaubsland-bayern-strahlende-vergangenheit.1472782.8654742.html>, [Aufgesucht am 07.06.12].

1979- Wackersdorf- Tschernobyl 1986- Atomausstieg- Gorleben -Castoren- Fukushima- Atom- Laufzeitverlängerung- Endlager- Nuklear-Dissens- friedliche Nutzung der Kernenergie, Kernkraftwerke, Atomtod- nukleare Waffen- militärische Nutzung der Kernkraft- Nuklearenergie- Kernkraftwerke- Nutzung der Kernkraft.

Der Hauptpunkt des Verfassers ist, dass die Atomkraftdebatte hauptsächlich ein sogenannter Glaubenskrieg sei. Der Streit befindet sich auf einer abstrakten Ebene; die Befürwortung bzw. die Ablehnung der Atomkraft ist unter der Oberfläche eine Identitätsfrage.

Die wichtigsten Teilnehmer im Text sind die zwei Seiten des Konfliktes, Befürworter und Gegner der Atomkraft. Rückblickend werden die frühen Befürworter, die fast die ganze deutsche Bevölkerung umfassten, mit Begriffen wie „Pubertät der Republik“, „Verehrung des technologisch Machbaren“, „romantisch“, „vernünftig“ assoziiert. Die Gegner waren „die Minderheit“, die mit Protesten gegen die „militärische Nutzung, Neutronenbomben, Nachrüstung“ antworteten. Die hier dargestellten deutschen Haltungen in der Nachkriegszeit sind historisch gut belegt, in Hinblick auf das Wirtschaftswunder und dem unkritischen Vertrauen in die Technologie. Dennoch werden mit diesem Bild bereits negative Konnotationen zu den AKW-Anhängern geschaffen. Ihr Ursprung ist eine pubertäre und damit unkritische und naive Phase, in der die neue Religion das „technologisch Machbare“ war. Ausgangspunkt der Atomkraftgegner waren dagegen legitime, kritische Argumente gegen Atomwaffen. Diese Darstellung ist ihrerseits historisch zutreffend. Die Wirkung im Text ist aber, dass Atomkraftanhänger von Anfang an oft „religiös“ motiviert waren. Die Gegner hatten dagegen eine aufklärerische Einstellung.

Grammatische Stufe: Sprachhandlungen und Modalität

Auf der grammatischen Stufe im Kommentar *Atomarer Glaubenskrieg* ist festzustellen, dass die interpersonellen Funktionen in Bezug auf Sprachhandlungen und Modalitätsaspekte, hauptsächlich von Aussagen, die konstantive Sprachhandlungen aufweisen, dominiert werden. Diese Konstantive werden meistens kategorisch dargestellt durch nicht-modale Verbformen und zusätzlich durch einige Adverbien und Sätze, wodurch der Verfasser sich zur Wahrheit seiner Aussagen verpflichtet. Beispiele sind „[...] dennoch ist es so“, „[d]azu passt *hervorragend*“, etc. Trotzdem werden auch seine Konstantive manchmal durch Modalverben und Einräumungen aufgeweicht, wie bei „es mag sein“, „zwar“ und „ein wenig“. Dass Kister die Botschaft ein bisschen mildert, kann sympathisch auf den Leser wirken. Eventuell hat es

jedoch auch mit dem Thema zu tun, denn er präsentiert meistens nicht konkrete Sachverhalte, sondern eine abstrakte Idee über die Rolle der Atomfrage im deutschen Bewusstsein.

Textstufe und Textdeutung:

In *Atomarer Glaubenskrieg* verfolgt der Verfasser eine argumentative Vertextungsstrategie. Die ersten Teile sind auch von beschreibenden und erzählenden Strategien geprägt, weil hier die Geschichte der Debatte nachgezeichnet wird, vor allem versucht er aber den Leser von seiner These über den „quasireligiösen“ Charakter der Atomkraftdebatte zu überzeugen. Das geht u.a. aus den vielen sowohl impliziten als auch expliziten Textverbindungen hervor. Beispiele sind die vielen „zwar-aber“-Verbindungen, dass-Sätze und andere argumentative Konjunktionen. Kurt Kister versucht durch die Argumentation zu beweisen, dass die Atomfrage vor allem eine Identitätsfrage ist. Im letzten Satz erkennt man aber eine Aufforderung, die sich an den Leser richtet: „Und dennoch kann man froh sein, zwischen all den Hysterikern, Dandys und Söderfans in einem Land zu leben, in dem die Menschen so besorgt sind, dass sie zum Beispiel Kernkraftwerke als jenes Problem wahrnehmen, das sie sind – anders als bisher in Japan und Frankreich.“ Plötzlich geht es nicht mehr darum, für den „atomaren Glaubenskrieg“ zu argumentieren, stattdessen kommt eine direktive Sprachhandlung, verkleidet als Aussage, zum Vorschein: „Sei froh, dass wir in Deutschland die Atomkraftwerke als Problem wahrnehmen!“ Dass das von der Katastrophe betroffene Japan zudem als Gegensatz genannt wird, trägt dazu bei, die Botschaft noch zu verstärken.

Dass die Wortwahl eine gewisse Antipathie gegenüber den Atomkraftbefürwortern aufweist, wird auch auf Textebene durch sprachliche Verbindungen bestätigt. Auf den ersten Blick scheint der Text objektiv zu sein. Kurt Kister präsentiert die zwei Seiten der Debatte, vom Anfang der atomaren Ära bis hin zur neuen Debatte nach „Fukushima“. Dabei gibt er vor, den Atomkraftstreit als eine Grundfrage der deutschen Identität darzustellen, ohne selbst Teil der einen oder anderen Glaubensrichtung zu sein. Seine Neutralität wird dadurch signalisiert, dass er die Rolle des außenstehenden Beobachters einnimmt. Beispielsweise macht er sich sowohl über die hysterischen Anti-AKWler in Deutschland, die hunderttausende Kilometer entfernt von Fukushima Jodtabletten und Geigerzähler kaufen, lustig, als auch über die Verneiner der Strahlungsgefahr während des Super-GAU von Tschernobyl. Im Grunde genommen sei der Streit nämlich ein Glaube, entweder an die Atomkraft oder an dessen Abschaffung.

Allerdings ist die Darstellung des Atomstreits als ein Kampf zwischen den Weltanschauungen problematisch. Der Verfasser stellt nämlich die AKW-Befürworter als Gläubige entgegen einem eigentlich besserem Wissen dar, während er bei den Gegnern auch die Anti-AKW-Argumente, die zu ihrem Glauben gehören, miteinbezieht. Zum Beispiel präsentiert der Verfasser den anfänglichen einstimmigen Enthusiasmus für die Atomkraft als ein Resultat einer pubertären und implizit naiven „Verehrung des technologisch Machbaren“. Diese frühe positive Einstellung zur Atomkraft wird als eine Art Glaube, als religiöser Charakter, präsentiert. Die Darstellung der „Atomeuphorie“ ist an sich nicht problematisch, aber Kister präsentiert danach kaum andere Pro-AKW-Argumente.

Zwar wird die anfängliche symbolische Bedeutung der Kernkraft erwähnt, die Kernkraft gleichbedeutend mit „Fortschritt, Wachstum, Energiesicherheit“ setzte, aber worin die „durchdachte Politik“ der Pro-Parteien heute besteht, erklärt er nicht. Der Verfasser geht zum Beispiel überhaupt nicht auf klimabezogene Argumente ein, die tatsächlich eine wichtige Rolle in der Debatte gespielt haben. Das veranschaulicht der folgende Textauszug: „Jenseits der unbestreitbaren Tatsache, dass Kernkraftwerke eben nun mal die gefährlichste Art der Energiegewinnung darstellen, gewannen Befürwortung von oder Gegnerschaft zur Atomkraft eine hochsymbolische Bedeutung bei der Definition des politischen Standortes, ja der Weltanschauung.“ Hier wird die symbolische Bedeutung sowohl der „Befürwortung von“ als auch der „Gegnerschaft zur Atomkraft“ konstatiert. Die Befürwortung, so stellt der Autor klar, geschieht aber entgegen besserem Wissen. Die Gefahr ist unbestreitbar, während eventuell andere Erwägungen in der Atompolitik außer Acht gelassen werden. Daraus ergibt sich, dass die Atom-Anhänger nur Beweggründe der Identität oder des Glaubens haben, die Anti-Seite hält sich dagegen an Fakten.

Diese Erkenntnis beeinflusst wiederum die Botschaft der Aufforderung im letzten Abschnitt: „Und dennoch kann man froh sein, zwischen all den Hysterikern, Dandys und Söderfans in einem Land zu leben, in dem die Menschen so besorgt sind, dass sie zum Beispiel Kernkraftwerke als jenes Problem wahrnehmen, das sie sind - anders als bisher in Japan und Frankreich.“ Der Satz könnte auf folgende Weise interpretiert werden: Hierzulande hat die Atomkraftfrage fast religiösen Charakter erhalten. Mit Merkels Kehrtwende in der Frage, ist die Identität der Gegner durchgeschüttelt worden und vielleicht bekommt die „richtige Konfession“ nun mehr Anhänger.

6.3 Die Welt – Politik versus Gefühl

6.3.1 Situativer und textueller Kontext

Politik darf Anti-Atom-Hysterie nicht blind folgen wurde am 3. April 2011 in *Die Welt* veröffentlicht. Die Kommentatorin ist Andrea Seibel, welche seit 1998 für die Welt schreibt und seit 2004 stellvertretende Chefredakteurin der Welt-Gruppe ist. Interessanterweise ist Seibel auch eine alte *taz*-Journalistin, sie war 13 Jahre lang Redakteurin der *taz* (1982-1995).¹⁵² Der Kommentar erschien ungefähr drei Wochen nach dem Super-GAU von Fukushima.

Im Kommentar werden zwei Namen und Begriffe miteinbezogen, nämlich Heiner Geißler und *Stuttgart 21* sowie Klaus Töpfer und die *Ethik-Kommission*. *Stuttgart 21* bezeichnet das massiv umstrittene Bauprojekt des Eisenbahnknotens Stuttgart. Geißler, ehemaliger Bundesminister der CDU, trat 2010 als Vermittler zwischen Fachleuten, Projektbefürwortern und -gegnern auf und leitete mehrere öffentliche Gespräche zwischen diesen. Am Ende wurde er zum „Schlichter“ während der Durchführung des Projektes. Der ehemalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer wurde seinerseits Vorsitzender der am 22. März 2011 eingesetzten *Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung* der Bundesregierung. Das Mandat der Kommission bestand darin einerseits „die deutschen Kernkraftwerke neu auf ihre Sicherheit zu überprüfen“ und andererseits „zu prüfen, wie Deutschland schnellstmöglich und sicher ins Zeitalter der erneuerbaren Energien gelangen“ könnte.¹⁵³

6.3.2 Textanalyse und Deutung

Wortwahl: Rationalität und Gefühle

Im Kommentar *Politik darf Anti-Atom-Hysterie nicht blind folgen*¹⁵⁴ werden zwei Begriffe als Antonyme aufgestellt: Die *Politik* und das *Gefühl*. Der Text wird von dieser gegensätzlichen Beziehung dominiert, die sich in zwei Referenzketten durch den ganzen Kommentar zieht:

¹⁵² Vgl. M100, *Version 2011- 2012*, <http://www.m100potsdam.de/Beirat/seibel.php> und Andrea Seibel, Welt Online, *Gärtnern ist eine Kunst – und ein politischer Akt*, (23.06.12), <http://www.welt.de/debatte/kolumnen/article107203032/Gaertnern-ist-eine-Kunst-und-ein-politischer-Akt.html>, [Aufgesucht am 08.06.12].

¹⁵³ Vgl. Bundesregierung, *Reaktorsicherheit und Ethik: Zwei Kommissionen begleiten ins Zeitalter der erneuerbaren Energien*, (29.03.11), <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/03/2011-03-29-ethikkommission.html> und Mitschrift Pressekonferenz, (22.03.11), <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-22-statements-kernenergie-in-deutschland.html>, [Aufgesucht am 08.06.12].

¹⁵⁴ Siehe Anhang 6.

Politik- Politik- führen- vernünftig- aufgeklärt- rational- Parteien- Einheitspartei- Contra-Demokratie- Pluralität der Meinungen- Politik- führen- Politik- kühlen Kopf- Demokratie- Pluralität- Komplexität- abwägen- Alternative- die Politik- Verantwortung- klügere abwägende Worte- Konsequenzen- vernünftig- aufgeklärt und rational- entscheiden- Herkulesaufgabe- Politik. Der Gegensatz kommt durch die folgende Kette zum Ausdruck: Anti-Atom-Hysterie- Befindlichkeiten der Bevölkerung- „mitfühlen“- das Gefühl der Gegnerschaft zur Atom-Stimmung- „mitfühlen“- Temperatur- leicht erhitzt- bürgerschaftliches Gefühl- Gefühl- Angst- viel, viel Gefühl- Fluchten

Die Politik wird hier mit Eigenschaften wie Rationalität, Vernunft und Verantwortung in Verbindung gebracht, die gleichzeitig positive Konnotationen zur Politik schaffen. Die Synonymreihe „vernünftig, aufgeklärt und rational“, die im Aufmacher präsentiert wird, taucht ein weiteres Mal am Schluss auf. Die strategisch wichtigen Platzierungen im Text, zusammen mit dem Effekt der Wiederholung, verstärken die Botschaft, ähnlich einem Mantra. Worauf die Politik/Rationalität-Kette sich bezieht, wird im Text nicht direkt angesprochen. Man versteht zwar, dass eine vernünftige Politik Laufzeitverlängerungen und eine Weiterführung der Atomkraft bedeutet, eine ausgesprochene Befürwortung der Atomkraft gibt es aber nicht. Die rationale Politik wird stattdessen mit „wichtigen Fragen“ wie „Wohlstand“, „Energieversorgung“, „Energiesicherheit“, „Rechnung“ und „wirklicher Preis“ verbunden. Diese Worte stellen typische Argumente für die Atomkraft dar, sodass der Leser den impliziten Zusammenhang versteht, nämlich, dass der Atomausstieg negative Folgen für diesen haben könnte.

Darüber hinaus kommt der positive Zusammenhang zwischen Atomkraft und rationaler Politik durch die andere Kette zum Vorschein. Das „Gefühl“ in der öffentlichen Debatte ist nämlich ein negatives, was deutlich an der Wortwahl erkennbar ist. Das neutrale Wort „Gefühl“ wird mit „Anti-Atom-Hysterie“ und „Angst“ gleichgestellt, die offensichtlich negativ konnotiert sind. Diese Gefühle gehören der Bevölkerung, die nach der Fukushima-Katastrophe einen schnellen Atomausstieg Deutschlands forderte. Daraus ergibt sich einerseits eine positive Verbindung zwischen rationaler Politik, Energieversorgung und -sicherheit und Atomkraft und andererseits eine negative Verbindung zwischen Atomausstieg-Gefühlen- Hysterie- Bevölkerung.

Grammatische Stufe: Teilnehmer, Sprachhandlung

Die vorherrschende Satzform in *Politik darf Anti-Atom-Hysterie nicht blind folgen* ist der Aussagesatz. Sowohl im Titel, Aufmacher und in mehreren Modalverbsätzen liegt die kommunikative Funktion dennoch in der Nähe eines Direktivs, also einer Aufforderung oder eines Gebots. Die Ausrufezeichen fehlen, aber die Botschaft drückt trotzdem Aufforderungen aus, beispielsweise: „Politik muss einen kühlen Kopf bewahren [!]“ Der Schöpfer der Gebote bzw. Aufforderungen im Kommentar, also Kommentatorin Andrea Seibel, scheint die absolute Autorität in der Kommunikationssituation zu besitzen. Der Empfänger muss oder soll sich danach richten.

In den Direktiven dieses Textes wird eine starke interpersonelle Modalität durch das Modalverb „müssen“ ausgedrückt, das sich zwischen „Pflicht“, „Zwang“, „Forderung“ und „Gebot“ bewegt.¹⁵⁵ Neunmal taucht das Wort „müssen“ auf, was darauf hindeutet, dass die Verfasserin bereits eine starke Autorität besitzt oder versucht einzunehmen. In den übrigen konstantiven Aussagesätzen ist ebenfalls eine starke expressive Modalität erkennbar. Die Verfasserin stellt Sachverhalte kategorisch fest. Wer aber sind die Empfänger dieser Direktive? Der Kommentar ist wohl nicht nur an kühle Politiker gerichtet, sondern auch an Teile der angeblich gefühlsorientierten Zivilbevölkerung. Statt gegenüber den Lesern autoritär zu wirken, schaffen die Direktive, gerichtet an die Politik/Politiker, ein Solidaritätsverhältnis zwischen Leser und Verfasserin. Die Verfasserin erläutert dem Leser, wie die Politiker sich von Gefühlen steuern lassen, und argumentiert dafür, dass Politik rational und aufgeklärt sein soll. Wenn der Leser davon überzeugt worden ist, stehen Leser und Verfasserin zusammen den Politikern gegenüber, und zwar mit der Direktive: „Politik darf Anti-Atom-Hysterie nicht blind folgen!“

Textstufe: Ein argumentativer Text

Das Genre „Kommentar“ ist von der Natur aus argumentativ, so auch *Politik darf Anti-Atom-Hysterie nicht blind folgen*. Die Sätze und Textteile werden durch verschiedene explizite, adversative und alternative Verbindungen zusammengeführt, wie „aber“, „sondern“, „oder“, daneben gibt es implizite Kausalverbindungen. Der Text lässt sich durch die folgenden drei Argumentationsketten interpretieren:

1. Die Politiker [die Regierungspolitiker] haben in der Atomfrage den Kurs geändert,

¹⁵⁵ Vgl. Vagle, 177.

aber sie waren „vor Kurzem ganz andere Meinung“ und haben nur „aus Angst vor der Abstrafung des Wählers“ ihre Einstellung zur Atomkraft gewechselt.

2. Politik darf aber nicht von Gefühlen in der Bevölkerung gesteuert werden, die Politiker müssen vernünftig, aufgeklärt und rational entscheiden, weil a) die Demokratie das klare Contra und eine Pluralität der Meinungen braucht, b) die Zivilgesellschaft sich „allzu leicht erhitzt“ und c) sie [die Politik] wichtige Fragen für unseren Wohlstand in ihrer Komplexität begreifen und gleichzeitig die Alternativen abwägen muss. (Eine Behauptung, die impliziert, dass die Bevölkerung diese Komplexität nicht begreift.)

3. Deutschland soll aus der Atomenergie nicht aussteigen, weil a) die Stimmung in der Bevölkerung von einer Anti-Atom-Hysterie geprägt ist, b) die Energieversorgung und Energiesicherheit in Betracht gezogen werden müssen, c) ein Ausstieg teuer wird. („Sie muss abwägen, was die Alternativen sind, was jeder Schritt kostet, was „Für“ oder „Wider“ wirklich bedeuten“ etc.) Andrea Seibel spricht sich nicht ganz deutlich für eine Fortführung der Atomkraft aus, aber das Argument gegen den Atomausstieg ergibt sich automatisch durch ihre Argumente, die vor einem Ausstieg warnen. Seibel benutzt hier traditionelle Pro-Atomkraft-Argumente gegen den Ausstieg, Argumente der Energieversorgung und -sicherheit, wirtschaftliche Argumente und „Angst“-Vorwürfe der Anti-AKW-Bewegung gegenüber. Der Klimaaspekt, der vor „Fukushima“ in der Debatte über eine Laufzeitverlängerung so wichtig gewesen ist, ist interessanterweise hier gar nicht aufgeführt.

6.4 Auswertung der Ergebnisse und diskursive Funde

In den Jahren nach dem Atomkonsensus bis zum Beschluss der Laufzeitverlängerung spielte in der Atomkraftdebatte der Klimadiskurs eine wichtige Rolle, während der Risikodiskurs hingegen vernachlässigt wurde. Dies hängt einerseits mit dem großen Fokus auf die „globale Erwärmung“ zusammen und andererseits damit, dass die umweltschädlichen Aspekte der Atomkraft nach vielen Jahren ohne einen ernsthaften AKW-Unfall, vielleicht weniger relevant erschienen. Der zeitliche Abstand zu Tschernobyl war groß und außerdem könnten die Sicherheitsverhältnisse in der Sowjetunion nicht ohne weiteres mit den deutschen verglichen werden: Die deutschen Atomkraftwerke gehören zu den sichersten der Welt, die Wahrscheinlichkeit für eine nukleare Katastrophe ist gering. Die Anti-AKW-Bewegung hat diese Einstellung natürlich nicht geteilt. Das Risiko für eine Katastrophe kann nie ausgeschlossen werden. Dieser Preis ist zu hoch und darüber hinaus: Was wird aus dem radioaktiven Müll?

Gleichwohl war der Widerstand gegen Atomkraft in der Bevölkerung nicht groß genug, um die Laufzeitverlängerung zu verhindern. CDU und FDP versprachen eine Laufzeitverlängerung, und als sie die Regierungsmacht erhielten, wurde der Atomausstieg wie versprochen rückgängig gemacht. Die energiepolitischen Bedingungen haben damals den *Ausstieg aus dem Ausstieg* ermöglicht, weil die Klimafrage, die ökonomischen Interessen und die Energiesicherheit und -versorgung größeres Gewicht als die Risikoaspekte in der Atomkraftfrage hatten. Lutz Mez behauptet, dass die energiepolitischen Rahmenbedingungen in der Zukunft durch, zum Beispiel, neue Umweltkatastrophen verändert werden können. Die politische Entwicklung wird hauptsächlich durch Schlüsselteilnehmer, wie den Staat, die Parteien und in diesem Fall, die Energieversorgungsunternehmen (EVU), gesteuert, wird aber zusätzlich durch einen anderen *Problemdruck* beeinflusst. Zu einem solchen Problemdruck wurde die Fukushima-Katastrophe.

Kurz nach dem Super-GAU von Fukushima hat Deutschland nämlich eine politische Kehrtwendung in der Atomfrage vollzogen. Nur ein halbes Jahr nach der Laufzeitverlängerung wurden die ältesten AKWs sofort abgestellt und im Sommer 2011 ist ein neuer Atomkonsens über den Atomausstieg beschlossen worden. Man könnte sich wundern: Die deutschen AKWs sind keinen Erdbeben oder Tsunamis ausgesetzt und gehören außerdem den sichersten Kernkraftwerken der Welt. Warum steigt gerade Deutschland aus der Kernkraft aus? Weil sie sich realistisch und vernünftig gegenüber einer Risikotechnologie verhalten, oder weil sie aus irrationaler Angst und einem naiven Glauben an das Potenzial erneuerbarer Energien heraus handeln? Ob die Angst gut begründet ist oder nicht, ist hier aber nicht die Frage. Festzustellen ist auf jeden Fall, dass sowohl ein Risikodiskurs als auch ein Angstdiskurs in der Atomkraftdebatte eine Rolle spielen.

6.4.1 Der Diskurs des Risikos

Wie bereits dargestellt, werden in die Debatte verschiedene Diskurse miteinbezogen und innerhalb des einzelnen Diskurses variieren die Repräsentationen. Die Haltungen zur Atomkraft, die in den Kommentaren zum Vorschein kommen, beeinflussen natürlich die Repräsentationen und Diskurse. In den nach Fukushima geschriebenen Artikeln ist die Tendenz deutlich, den Klimadiskurs durch einen Risikodiskurs zu ersetzen, was auch aus den von mir untersuchten Artikeln deutlich hervorgeht. Der Umweltdiskurs ist ein großer Diskurs, der sich in Unterdiskurse aufspaltet. Einen Unterdiskurs repräsentiert der Klimadiskurs. Ein anderer Unterdiskurs ist der Risikodiskurs. Dieser Diskurs dreht sich um die Risiken, die

Atomkraft der Natur und den Menschen gegenüberstellt. In den Kommentaren kommen unterschiedliche Positionen dieses Diskurses zum Ausdruck. Es gibt die Positionen des Umweltbewusstseins, die die Risiken für die gefährliche radioaktive Strahlung bei einem AKW-Unfall betonen, dann gibt es die Gegenpositionen, in denen die Sicherheitsaspekte betont werden.

In *Ratlos vor der Kernfrage* ist die Hauptreferenzkette auf ‚Risiko‘ bezogen, der Fokus der Kette liegt auf der Atomkraft als Risikotechnologie. Sätze wie „hierzulande wird sich der Umgang mit Risikotechnologien verändern“ bestätigen diese Repräsentation, wie auch u.a. „Spielarten des Wahnsinns“. Das Katastrophenrisiko wird gleichermaßen durch eine statistische Repräsentation dargestellt. Eine Kernkraftkatastrophe ist nicht etwas ungewöhnliches, statistisch gesehen tauchen sie sogar regelmäßig auf. Der Text an sich entspricht der Aussage „Atomkraft als Risiko“. Kernkraft repräsentiert Unfälle, die sich zu Katastrophen entwickeln und massive Strahlungsschäden an Menschen und ihrer Umgebungen verursachen können. Diese Repräsentation ist Prämisse und Ausgangspunkt des Textes sowie eine unbestreitbar gesicherte Darstellung. Eine Repräsentation der Sicherheit in AKWs oder Unwahrscheinlichkeit einer Katastrophe gibt es nicht. Eine Katastrophe in Japan bestätigt somit die Vorstellung einer potenziellen Katastrophe in Deutschland. Der Risikodiskurs im *taz*-Kommentar bezieht auch andere Aspekte als nur die Atomkraft mit ein. Andere Umweltthemen oder eng verwandte Themen werden als Risikotechnologien dargestellt, wie Kohlenkraftwerke und die Speicherung von CO₂ im Boden.

Im SZ-Kommentar ist auch der Risikodiskurs vorhanden, am deutlichsten durch die folgenden Zitate dargestellt: „Jenseits der unbestreitbare Tatsache, dass Kernkraftwerke eben nun mal die gefährlichste Art der Energiegewinnung darstellen [...]“ und „Ja, es gibt genug Gewissheiten, die gegen die Nutzung der Kernkraft sprechen, zum Beispiel, dass sich Unfälle zu Katastrophen auswachsen können und dass es keine Endlager, aber nahezu endlos strahlenden Müll gibt.“

Die Repräsentationen des Risikodiskurses sind in den zwei Kommentaren ziemlich eindeutig oder *geschlossen*. Die Durchschlagskraft der Repräsentation in *Atomarer Glaubenskrieg* wird durch einige andere Diskurse allerdings ein wenig abgeschwächt. Obwohl „Atomkraft als Risiko“ eine dominierende Repräsentation in *Atomarer Glaubenskrieg* ist, kommen auch andere Repräsentationen und Diskurse, wie der auf Religiosität und Identität bezogene Diskurs und nicht zuletzt der Angstdiskurs, zu Wort. Der Risikodiskurs wird allerdings im *Welt*-Artikel nicht explizit angeführt.

6.4.2. Der Diskurs der Angst

Dass die deutsche Mentalität von Angst geprägt ist, ist ein bekannter Stereotyp. In seinem Buch *Was ist deutsch? Wie die Deutschen wurden, was sie sind*¹⁵⁶ stellt sich der Kulturwissenschaftler und Schriftsteller Hans-Dieter Gelfert hinter dieses Bild der kollektiven Ängstlichkeit in Deutschland. Er meint, dass die Deutschen „bei den geringsten Anzeichen einer Krise immer gleich das Gespenst der Katastrophe an die Wand“ malen, obwohl sie tatsächlich in einer der sichersten und stabilsten Gesellschaft der Welt leben: „Die durchgängige Ängstlichkeit, mit der sie sich um die Zukunft, die Rente, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Umwelt und den deutschen Wald sorgen, ist so deutlich höher als bei den westlichen Nachbarn, dass man nach den Ursachen fragen muss.“¹⁵⁷ Nach seiner These lässt sich diese Ängstlichkeit durch „ein typisches Angstmuster“, das sich seit Beginn der Neuzeit durch die deutsche Geschichte zieht, erklären. Die Angst kann ferner als ein tiefsitzendes Grundgefühl der Deutschen erklärt werden, die, zusammen mit der ewigen Sehnsucht, das deutsche „Charakterbild“ bestimmt.¹⁵⁸

Der oben beschriebene Angstdiskurs taucht auch in der Atomdebatte nach Fukushima auf, sogar in allen drei Kommentaren. Die Repräsentation, die vor allem im Kommentar der *Welt* dominiert, ist, dass der Widerstand gegen die Atomkraft vor allem durch Angst bedingt ist. Laut dieser Repräsentation ist die Gegnerschaft zur Atomkraft nicht aus einer vernünftigen Einsicht über das mit Kernkraft verbundene Risiko hervorgegangen, sondern aus der „Anti-Atom-Hysterie“. Der Risikodiskurs ist fast abwesend und wird gleichzeitig durch den Angstdiskurs zurückgewiesen. Am deutlichsten kommt der Angstdiskurs in der Überschrift des *Welt*-Kommentars *Politik darf Anti-Atom-Hysterie nicht blind folgen* zur Geltung. Der restliche Text ist aber von einer Position geprägt, in der die Anti-Atom-Politik als Gefühlspolitik dargestellt wird, was in Verbindung zu der „Hysterie“ auch auf den Angstdiskurs bezogen ist.

Den Angstdiskurs finden wir auch in den anderen zwei Kommentaren. In *Ratlos vor der Kernfrage* wird „German Angst“ als Teil einer Erklärung für den deutschen Ausstieg miteinbezogen. In *Atomarer Glaubenskrieg* taucht der Diskurs mehrmals auf. Der Kommentator gibt eine typische Angst-Repräsentation wieder, dass es „ebenso bezeichnend wie sonderbar [sei], dass man sich in Deutschland über einen Störfall am anderen Ende der

¹⁵⁶ Vgl. Hans-Dieter Gelfert, *Was ist deutsch? Wie die Deutschen wurden, was sie sind*, (München: Verlag C.H. Beck oHG, 2005), S. 184-185.

¹⁵⁷ Ebd. 185.

¹⁵⁸ Ebd. 184.

Welt so aufrege [...]“. Weiter erzählt er von „Menschen, die nun wegen Fukushima in Freiburg Jodtabletten oder in Hannover Geigerzähler kaufen“, was wieder eine Darstellung der ängstlichen Deutschen ist. Die Repräsentationen des Angstdiskurses sind zwar auch in den Zeitungen, die eine Position gegen Atomkraft eingenommen haben, vorhanden, aber ihrer Bedeutung wird eine wenig dominierende Rolle eingeräumt. Die Angstrepräsentation in den Kommentaren der *taz* und *SZ* unterscheidet sich nämlich von der Repräsentation in der *Welt*. Zwar ist die Darstellung der ängstlichen Deutschen, die sich stärker als andere über nukleare Katastrophen aufregen, eine geschlossene Repräsentation in der Debatte – im Unterscheid zu der Darstellung im Kommentar der *Welt*, heißt diese Anerkennung in den zwei anderen Kommentaren aber nicht, dass es tatsächlich keinen Grund für diese Angst gibt. Bei ihnen wird nämlich auch ein Risikodiskurs vertreten, der einen Gegensatz zu diesem Angstdiskurs darstellt.

6.4.3 Andere Diskurse

In *Politik darf Anti-Atom-Hysterie nicht blind folgen* wird der Risikodiskurs überhaupt nicht erwähnt. Dennoch bekommt man beim Lesen das Gefühl, dass hinter Sätzen wie „Natürlich muss die Politik auch die Befindlichkeiten der Bevölkerung achten und ‚mitfühlen‘“ auch ein Erkennen der Ernsthaftigkeit der Sache, die die Katastrophe bedeutet, spürbar ist. Es ist als ob die Kommentatorin den Satz „Ja, die Katastrophe hat uns gezeigt, dass ein Risiko in der Kernkraft besteht“ vor dem Satz „Politik muss einen kühlen Kopf bewahren“ ausgelassen hat. Trotz Gefahr, müssen wir an der Kernkraft festhalten, wird zwischen den Zeilen damit gesagt. Es gibt nämlich andere Anliegen, die, laut Seibel, höhere Priorität hätten. Im Kommentar kommen einige andere Diskurse zum Ausdruck, namentlich der ökonomische Diskurs und der Diskurs der Energiesicherheit/Energieversorgung. Der Atomausstieg wird zu teuer, ist die eine Darstellung, und eine weitere ist, dass Energieversorgung und Energiesicherheit bei einem Ausstieg gefährdet wären.

In Bezug auf die Position *Pro Atomkraft* ist der Klimadiskurs im Kommentar der *Welt* nur an der ironischen Wendung „Zur Sonne!“ erkennbar. Die übliche Repräsentation über klimafreundliche Kernkraft gibt es nicht. In *Ratlos vor der Kernfrage* taucht die Darstellung des Atomausstiegs als Voraussetzung für den Einstieg in die Energiewende auf. Hier wird die Verbindung zwischen Atomausstieg und Klima betont, während Klima absolut nicht an Atomkraft gebunden ist.

7. Schlussfolgerung der Studie

Das Ziel dieser Masterarbeit war es, die deutsche Atomkraftdebatte vor und nach der nuklearen Katastrophe von Fukushima anhand einer Diskursanalyse zu untersuchen.

Die mediale Aufmerksamkeit wurde im Jahr 2011, natürlich durch die Katastrophe bedingt, auf die AKWs gerichtet. In Bezug auf die Diskurstheorie kann man aber auch sagen, dass die Medien dazu beitrugen, die Katastrophe erst wirklich zu schaffen. Die Verschmelzung der Reaktoren und die radioaktiven Strahlungen sind erst einmal ein naturwissenschaftlicher Prozess und fanden „außerhalb“ der Medien statt. Die sprachliche Aufarbeitung aber, durch unter anderem die Zeitungskommentare, schaffte die sprachlichen Umstände, in denen die Katastrophe aufgefasst wurde und greifbar gemacht werden konnte. So prägten letztendlich die Medien selbst die Katastrophe als ‚Phänomen‘. Die deutsche Debatte um die nukleare Katastrophe von Fukushima ist etwas anders als die in Frankreich oder Japan. Der Kontext, bereits von einer 30-jährigen Atomdebatte geprägt, ist nämlich ein anderer, ebenso die verwendete Sprache sowie die Diskurse. Die Sprache in der deutschen Atomkraftdebatte nach Fukushima ist sowohl von älteren Diskursen als auch von neueren geprägt.

Durch die Textanalysen sind mehrere Repräsentationen über die Atomkraft deutlich gemacht worden. Innerhalb eines Klimadiskurses wird die Atomkraft von einigen positiv dargestellt als eine umweltfreundliche Energiequelle. Es heißt aus dieser Position, dass Atomstrom im Vergleich zu fossiler Energie in Bezug auf die globale Erwärmung eine bessere Alternativ ist. Diese Auffassung ist umstritten und dem steht beispielsweise das Bild eines Wirtschaftsdiskurses gegenüber, der Atomkraft negativ und als ein Produkt „rücksichtslose[n] Gewinnstreben[s]“ dargestellt. Dennoch scheint die erstgenannte Repräsentation in den Jahren vor Fukushima eine starke Stellung gewonnen zu haben, weil die gegensätzliche Repräsentation der umweltschädlichen Atomkraft kaum erkennbar ist. In Bezug auf die Atomkraftgeschichte scheint die letztgenannte in ihrer Position geschwächt worden zu sein, u.a. aufgrund des Problemdrucks *Klimaschutz*. Die umweltschädlichen CO₂ – Emissionen sind zu einem wichtigeren Thema als die gefährlichen Strahlungsemissionen der Atomkraftreaktoren geworden.

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima verliert die Darstellung der klimafreundlichen/umweltfreundlichen Atomkraft an Gewicht, indem die Repräsentation der gefährlichen, unkontrollierbaren Atomkraft innerhalb eines Risikodiskurses zur dominierenden wird. Diese negative Repräsentation der Atomkraft ist in der 30-jährigen

deutschen Atomdebatte von den Atomkraftgegnern vertreten worden. Ihr wichtigstes und schlagkräftigstes Argument gegen die Atomkraft ist das Gefahrenpotenzial der Atomenergie. Darunter fallen das Unfallrisiko wegen technischer und menschlicher Fehler, die große, nukleare Katastrophen zur Folge haben können, radioaktive Ausstöße im Normalbetrieb und Strahlungsrisiken in Verbindung mit der Zwischen- und Endlagerung des Atomabfalls.¹⁵⁹ Unmittelbar nach der Katastrophe, ist diese Repräsentation die dominante. Die konkurrierende Repräsentation ist nicht mehr die klimafreundliche Atomkraft, sondern die Darstellung der Gegnerschaft zur Atomkraft als ein Produkt der deutschen Angst.

Der Zweck dieser Aufzeigung ist nicht, die Repräsentationen der Atomkraft als das „wirkliche“ oder „wahre“ Bild von Atomkraft darzustellen, sondern zu veranschaulichen, wie diese sprachlichen Repräsentationen verschiedene Auffassungen der Wirklichkeit reflektieren, konstituieren und verbreiten. Wenn die unterschiedlichen Repräsentationen um Hegemonie in der Debatte kämpfen, sind Interessen und Vorzüge des Sprachbenutzers im Spiel. In der Konstruktion von Atomkraft als eine klimafreundliche, umweltfreundliche Energiequelle, kommt eine Seite der Wirklichkeit zum Vorschein. Gleichzeitig lässt sie andere Aspekte der Atomkraft aus, wie zum Beispiel ökonomische Motive, oder das Gefahrenpotenzial. Bei dem politischen Beschluss über Laufzeitverlängerungen im Jahr 2010 hat der Klimadiskurs eine große Rolle in der Debatte gespielt, während der Risikodiskurs wichtig war, als ein neuer Ausstiegsbeschluss nach „Fukushima“ debattiert wurde.

Diese Analyse konzentrierte sich auf eine begrenzte Auswahl von Kommentaren und kann deshalb keine generelle Hypothese über die Repräsentation der Atomkraft prüfen. Die hier präsentierten Funde können allein für die untersuchten sechs Artikel gelten. Dennoch können sie auf Tendenzen hindeuten, aus denen Hypothesen generiert werden können. Diese können dann den Ausgangspunkt für eine andere Forschungsarbeit bilden.¹⁶⁰ Meine Hypothesen und abschließenden Worte wären die folgenden: 1. Die hoch-umstrittene Atomkraft wird in der deutschen Öffentlichkeit unterschiedlich durch gegensätzliche Repräsentationen dargestellt, die um die Hegemonie in der Debatte kämpfen. In den Jahren vor der Katastrophe von Fukushima war die Debatte stark auf einen Klimadiskurs fokussiert, in dem Atomkraft als klimafreundlich dargestellt wurde. 2. Der neue Klimadiskurs musste aber aufgrund der nuklearen Katastrophe von Fukushima im März 2011 einem älteren

¹⁵⁹ Rucht, 258.

¹⁶⁰ Vgl. Asbjørn Johannessen, Per Arne Tufte og Line Christoffersen, *Introduksjon til samfunnsvitenskapelig metode*, (Oslo: Abstrakt forlag, 4.utg., 2011), 99.

weichen: Dem Risikodiskurs. Er repräsentiert einen älteren *Problemdruck* über die Gefahren der Kernkraftgewinnung. 3. Wenn der Problemdruck sich künftig ändert, zum Beispiel durch einen erneuten Fokus auf die globale Erwärmung oder die Energieversorgung, können sich die heutigen dominierenden Diskurse und Repräsentationen über Atomkraft verschieben, was wiederum die Atompolitik beeinflussen könnte.

8. Literatur

- Binn, Haike: *Der bedingte Einfluss der Antiatomkraftbewegung auf den geplanten Atomusstieg Deutschlands, (Studienarbeit)*. Norderstedt: GRIN Verlag, 2010.
- Breit, Gotthard (Hrsg.): *Neue Wege in der Umweltpolitik*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 1998.
- Dussel, Konrad: *Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert*. Münster: LIT-Verlag, 2004.
- The Economist: *The Dream That Failed: Special Report Nuclear Energy*, (10-16.03.12). 3-16.
- Eroms, Hans Werner: *Stil und Stilistik. Eine Einführung*. Berlin: Erich Schmidt Verlag GmbH, 2008.
- Fairclough, Norman: *Analysing Discourse. Textual analysis for social research*. Oxon: Routledge, 2003.
- Fairclough, Norman: *Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language*. 2. Ausg. Harlow: Pearson Education Limited, 2010.
- Fairclough, Norman: *Language and Power*. London: Longman, 1989.
- Hågvar, Yngve Benestad: *Å forstå avisa. Innføring i praktisk presseanalyse*. Bergen: Fagbokforlaget Vigmostad & Bjørke AS & Landslaget for Norskundervisning, 2007.
- Johannessen, Asbjørn, Per Arne Tufte, og Line Christoffersen: *Introduksjon til samfunnsvitenskapelig metode*. Oslo. Abstrakt forlag. 4. Ausg. 2011.
- Jørgensen, Marianne Winther und Louise Phillips: *Diskursanalyse som teori og metode*. Roskilde: Roskilde Universitetsforlag, 1999.
- Landwehr, Achim: *Historische Diskursanalyse*. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, 2. Ausg. 2009.
- Mez, Lutz: *Die Verflechtung von Umwelt- und Energiepolitik in Deutschland* in Gotthard Breit (Hrsg.). *Neue Wege in der Umweltpolitik*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 1998.
- Neumann, Iver B: *Mening, materialitet og makt. En innføring i diskursanalyse*. Bergen: Fagbokforlaget Vigmostad og Bjørke AS, 2001.

Rucht, Dieter: *Anti-Atomkraftbewegung*. In Roth, Roland und Dieter Rucht (Hg.). *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt/Main: Campus Verlag GbH, 2008.

Titscher, Stefan , Ruth Wodak, Michael Meyer, Eva Vetter, red: *Methoden der Textanalyse*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998.

Webseiten

Aftenposten: *Japan klare for å starte atomreaktorer igjen*, (10.04.12).
<http://www.aftenposten.no/okonomi/utland/Japan-klare-for-a-starte-atomreaktorer-igjen-6801514.html#.T-ci38V9OuI>. [Aufgesucht am 17.06.12].

Alexander, Robin, Welt Online: *Atomkraft war früher ein Teil linker Utopien*, 11.07.08.
<http://www.welt.de/politik/article2203802/Atomkraft-war-frueher-ein-Teil-linker-Utopien.html>. [Aufgesucht am 12.03.12].

Bauchmüller, Michael: *Kernkraft in Deutschland*, Süddeutsche.de, (31.08.07),
<http://www.sueddeutsche.de/politik/kernkraft-in-deutschland-gabriel-will-alte-atomkraftwerke-abschalten-1.224265>. [Aufgesucht am 10.05.12].

Brocchi, Davide, Cultura 21: *Die Presse in Deutschland*, (06.12.08),
<http://magazin.cultura21.de/kultur/wissen/die-presse-in-deutschland.html>.
[Aufgesucht am 03.05.12].

Bundesgesetzblatt 2002 Teil I Nr.26. Ausgegeben zu Bonn am 24.04.02.
<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/gesetz-beendigung-kernenergienutzung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>
[Aufgesucht am 13.03.12].

Bundesrat: *Atomkonsens im Bundesrat*, (08.07.11).
http://www.bundesrat.de/cln_179/nn_6898/DE/service/thema-aktuell/11/20110708-Rueckschau-885.html?_nnn=true . [Aufgesucht am 15.03.12].

Bundesregierung: *Mitschrift Pressekonferenz*, (22.03.11),
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-22-statements-kernenergie-in-deutschland.htm>. [Aufgesucht am 08.06.12].

Bundesregierung: *Reaktorsicherheit und Ethik: Zwei Kommissionen begleiten ins Zeitalter der erneuerbaren Energien*, (29.03.11).
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/03/2011-03-29-ethikkommission.html>. [Aufgesucht am 08.06.12].

Bundesregierung: *Statements von Bundeskanzlerin Merkel mit den Ministerpräsidenten Seehofer, Carstensen, Mappus, Bouffier, McAllister und den Bundesministern Brüderle und Röttgen nach dem Gespräch zur Kernenergie in Deutschland*, (15.03.11)
http://www.bundesregierung.de/nn_670562/Content/DE/AudioVideo/2011/Video/2011-03-15-Streaming-Laufzeiten-Atomkraftwerke/2011-03-15-streaming-laufzeiten-atomkraftwerke.html. [Aufgesucht am 14.03.12].

Bundesumweltministerium: *Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen*, (14.06.00).
<http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/atomkonsens.pdf>.
[Aufgesucht am 13.03.12].

Deutscher Bundestag: *Endgültiges Ergebnis der Namentlichen Abstimmung Nr. 1*, (30. juni 11).
http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/20110630_17_6070.pdf.
[Aufgesucht am 14.03.12].

Deutscher Bundestag: *Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes*, (22.06.11) <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/062/1706246.pdf>.
[Aufgesucht am 15.03.12].

Deutscher Bundestag: *Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zugestimmt*, (2010).
http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32009392_kw43_de_atompolitik/index.html. [Aufgesucht am 14.03.12].

Energielexikon, http://www.hoth-online.de/lexikon.php?cs_go=3&cs_id=58.
[Aufgesucht am 13.03.12].

Erdmenger, Christoph u.a.m, Umweltbundesamt, *Klimaschutz in Deutschland: 40%-Senkung der CO₂-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990*. Dessau, 05.05.07.
<http://www.umweltbundesamt.de/energie/archiv/40-prozent-senkung.pdf>.
[Aufgesucht am 01.05.12].

Eulenspiegel Verlagsgruppe Rotbuch: Stephan Kosch.
http://www.rotbuch.de/autoren-3/autor/393-Stephan_Kosch.html.
[Aufgesucht am 01.05.12].

- Gamillsche Hannes, Frankfurter Rundschau: *Schweden steigt aus der Ausstieg aus*, (06.02.09). <http://www.fr-online.de/wirtschaft/atomkraft-schweden-steigt-aus-dem-ausstieg-aus,1472780,3343400.html>. [Aufgesucht am 03.05.12].
- Handelsblatt, (25.11.01), <http://www.handelsblatt.com/archiv/claudia-roth-getroffen-und-veraergert-gruene-distanzieren-sich-von-der-taz/2119498.html>. [Aufgesucht am 03.05.12].
- Hartmann, Kathrin: *URLAUBSLAND BAYERN, Strahlende Vergangenheit*, Frankfurter Rundschau, (11.07.11), <http://www.fr-online.de/panorama/urlaubsland-bayern-strahlende-vergangenheit,1472782,8654742.html>. [Aufgesucht am 07.06.12].
- Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW), (2012) <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&detail=true>. [Aufgesucht am 03.05.12].
- International Nuclear and Radiological Event Scale (INES): *International Atomic Energy Agency (IAEA)*. <http://www.iaea.org/Publications/Factsheets/English/ines.pdf>. [Aufgesucht am 10.06.12].
- M100, Version 2011- 2012. <http://www.m100potsdam.de/Beirat/seibel.php>. [Aufgesucht am 08.06.12].
- Marx, Christoph, Stern.de: *25 Jahre links und anders*, (17. April 04). <http://www.stern.de/panorama/taz-geburtstag-25-jahre-links-und-anders-522769.html>. [Aufgesucht am 03.05.12].
- OECD-Studie: *The Evolution of News and the Internet*, (11.06.10). <http://www.oecd.org/dataoecd/30/24/45559596.pdf>. [Aufgesucht am 10.07.12].
- Die Rheinische Post: *Vattenfall will Atommeiler Brunsbüttel weiter betreiben*, (06.03.07). <http://www.rp-online.de/wirtschaft/unternehmen/vattenfall-will-atommeiler-brunsbuettel-weiter-betreiben-1.2335149>. [Aufgesucht am 01.05.12].
- Seibel, Andrea, Welt Online: *Gärtnern ist eine Kunst – und ein politischer Akt*, (23.06.12), <http://www.welt.de/debatte/kolumnen/article107203032/Gaertnern-ist-eine-Kunst-und-ein-politischer-Akt.html>. [Aufgesucht am 08.06.12].
- Spiegel Online: *126 Pannen in deutschen Atommeilern*, (25.05.07). <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,485017,00.html>. [Aufgesucht am 01.05.12].

- Spiegel Online: *Energiewende, Wulff unterschreibt Atomausstieg-Gesetz*, (01.08.11).
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/energiewende-wulff-unterschreibt-atomausstieg-gesetz-a-777808.html>. [Aufgesucht am 15.03.12].
- Stern.de: *Opposition kritisiert Vielflieger*, (02.09.07).
<http://www.stern.de/politik/deutschland/gabriel-und-von-der-leyen-opposition-kritisiert-vielflieger-596688.html>. [Aufgesucht am 10.05.12].
- Stiernstedt, Jenny, Dagens Nyheter, *Lektion 1. Förlorarna segrade – svensk kärnkraft genom tiderna*, (25.05.10).<http://www.dn.se/nyheter/valet-2010/lektion-1-forlorarna-segrade--svensk-karnkraft-genom-tiderna>. [Aufgesucht am 03.05.12].
- Store norske leksikon, *“Frankrike - Næringsliv“*, (16.04.12).
<http://snl.no/Frankrike/n%C3%A6ringsliv>. [Aufgesucht am 06.06.12].
- Süddeutsche Zeitung Archiv. <http://www.sz-archiv.de/sueddeutsche-zeitung-archiv/onlinearchive/sz-aboarchiv-ubersicht>. [Aufgesucht am 03.05.12]
- Süddeutsche Zeitung: *Japan fährt zwei Reaktoren wieder hoch*, (16.06.12).
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/atomkraft-japan-faehrt-zwei-reaktoren-wieder-hoch-1.1384698>. [Aufgesucht am 17.06.12].
- Süddeutsche.de, *Schweden will neue Atomkraftwerke bauen*, (05.02.09)
<http://www.sueddeutsche.de/politik/energiepolitik-schweden-will-neue-atomkraftwerke-bauen-1.492581>. [Aufgesucht am 03.05.12].
- Svantesson, Erika, Dagens Nyheter, *Regeringen ger grönt ljus för ny kärnkraft*, (05.02.09). <http://www.dn.se/nyheter/politik/gront-ljus-for-ny-karnkraft>. [Aufgesucht am 03.05.12].
- die tageszeitung: Das Archiv. <http://taz.de/1/archiv/archiv-start/>. [Aufgesucht am 03.05.12].
- Vattenfall: *Das Kernkraftwerk Brunsbüttel*, (20.03.12).
<http://www.vattenfall.de/de/kernkraft-kraftwerkwerk-brunsbuettel.htm>. [Aufgesucht am 01.05.12].
- Welt Online, <http://www.welt.de/>. [Aufgesucht am 03.05.12].
- Wikipedia.de, „Ulli Kulke“,
http://de.wikipedia.org/wiki/Ulli_Kulke. [Aufgesucht am 10.05.12]

Anhänge

1. taz: *Rendite statt Klimaschutz*, 07.03.2007. S. 73.
2. SZ: *Abkehr vom großen Plan*, 06.02.2009. S. 74.
3. Die Welt: *Klimakiller Gabriel*, 04.09.2007. S.77.
4. taz: *Ratlos vor der Kernfrage*, 12.04.2011. S.78.
5. SZ: *Atomarer Glaubenskrieg*, 19./20.03.2011. S.80.
6. Die Welt: *Politik darf Anti-Atom-Hysterie nicht blind folgen*, 03.04.2011. S.84.

STROMKONZERN VATTENFALL WILL DEN AUSSTIEG AUS DEM ATOM AUSSTIEG

Rendite statt Klimaschutz

Vattenfall will seinen umstrittenen Reaktor in Brunsbüttel länger laufen lassen als geplant. Doch es geht um mehr. Der Konzern rüttelt unverblümt am beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie. Vereinbarungen wie der Atomkonsens müssten unter veränderten Bedingungen neu diskutiert werden, sagte der Chef der deutschen Vattenfall-Tochter, Klaus Rauscher. Das Argument, das er ebenso wie seine Kollegen von RWE und EnBW nutzt, heißt Klimawandel. Um den beherrschbar zu halten, muss Kohlendioxid eingespart werden. Weil das bei der Stromproduktion in Atomkraftwerken nicht anfalle, sollen diese weiterlaufen.

Richtig ist: Es wäre für das Weltklima fatal, wenn Länder wie China und Indien ihren steigenden Energiebedarf allein mit fossiler Energie decken würden. Doch Atomenergie ist dabei nicht die Lösung. Die gut 400 Reaktoren weltweit erzeugen nur 3 Prozent der global verbrauchten Energie. Allein um diesen Anteil zu halten, müssten hunderte altersschwache neue Meiler in den kommenden Jahrzehnten ersetzt werden. Um eine wichtigere Rolle zu spielen, müsste die Zahl der Neubauten in den vierstelligen Bereich gehen – mit wachsender Wahrscheinlichkeit für Störfälle.

Das Klimaargument taugt für die deutschen Atomkraftwerke überdies nicht. Der Strom aus Brunsbüttel oder Biblis geht schließlich nicht nach China. Und in Deutschland herrscht kein Mangel an Strom. 2006 haben die hiesigen Kraftwerke trotz kräftigen Wirtschaftswachstums so viel davon erzeugt, dass 20 Milliarden Kilowattstunden ins Ausland exportiert werden konnten. Das entspricht der Strommenge, die in den Atomkraftwerken Biblis A, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel zusammen gewonnen wurde. Dass die Betreiber nun diese drei Reaktoren weiterlaufen lassen wollen, hat nur einen Grund: Der Strom aus den alten Meilern bringt den Konzernen weiterhin Einnahmen, die Investitionen sind weitestgehend abgeschrieben. Es geht also um Rendite. Das Streben danach ist Unternehmen nicht vorzuwerfen. Sie sollten es aber nicht unter einem klimapolitischen Mäntelchen zu verbergen suchen. STEPHAN KOSCH

* Elektronische Version aufgesucht, weil die Papierausgabe nach dem Einscannen unlesbar wurde.

Süddeutsche.de

Energiepolitik in Schweden Abkehr vom großen Plan

05.02.2009, 21:03

Ein Kommentar von Gunnar Herrmann

Sieg der Atomlobby auf ganzer Linie: Schweden beschließt den Bau neuer Atomkraftwerke und brüstet sich mit vorbildlichem Klimaschutz.

Die Atomlobby hat am Donnerstag in Stockholm einen Sieg auf der ganzen Linie errungen. Mit dem Beschluss der schwedischen Regierung, den Bau neuer Reaktoren zu gestatten, kippt eines der ältesten Ausstiegsgesetze des Kontinents.

Die Entscheidung der Regierungskoalition ist auch in anderer Hinsicht historisch: Fast 30 Jahre lang hatte der Streit um die Kernenergie das bürgerliche Lager Schwedens gespalten; damit ist nun Schluss. Für die Stromkonzerne Europas kommt diese Einigung zu einem günstigen Zeitpunkt. Denn der Beschluss dürfte eine starke Signalwirkung entfalten: Schweden übernimmt Mitte des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft. Und ein Schwerpunkt während der sechsmonatigen Amtszeit wird die internationale Klima-Konferenz sein, die im Dezember in Kopenhagen stattfindet.

Sowohl Gastgeber Dänemark als auch EU-Ratspräsident Schweden werden den Gipfel nutzen, um sich als Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu präsentieren. Wenn die Konferenzteilnehmer aus aller Welt dann in der dänischen Hauptstadt bei schönem Wetter über den Öresund Richtung Schweden blicken, werden sie jenseits der Rotoren der Offshore-Windparks die stillgelegten Reaktoren von Barsebäck erkennen können.

Das Kernkraftwerk nahe Malmö ist das einzige, das je dem schwedischen Atomausstieg zum Opfer gefallen ist. Den Beschlüssen von 1981 zufolge hätte der letzte schwedische Meiler 2010, also schon im kommenden Jahr, vom Netz gehen sollen. Aber dieses Ziel ist vor langer Zeit verwässert und dann aufgegeben worden. Eine strikte Umsetzung hätte unweigerlich den Strompreis in die Höhe getrieben. Und das hätte nicht nur Investitionen von der Industrie gefordert, sondern auch die Wähler verärgert.

Im kalten Schweden heizen viele Haushalte mit Strom, der Verbrauch ist darum oft sehr hoch. Aus Angst vor diesen unpopulären Folgen verlängerten die Politiker in Stockholm also immer wieder die Laufzeiten der bestehenden Meiler. Mit einer Ausnahme: Barsebäck wurde 2005 tatsächlich abgeschaltet. Gleichzeitig gestattete man allerdings die Nachrüstung der Kraftwerke an anderen Standorten. Insgesamt produziert Schweden heute nicht weniger, sondern mehr Atomstrom als in den achtziger Jahren.

Europas Atomlobby wird nun behaupten können, Schweden habe letztlich eingesehen, dass es ohne Kernenergie eben nicht geht. Und Schwedens Regierung wird den Lobbyisten bei ihrer Überzeugungsarbeit helfen. Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt sagte am Donnerstag ausdrücklich, er wünsche, dass die Entscheidung seiner Regierung ein Vorbild auch für andere EU-Länder werde.

Für die Atomkraftgegner, vor allem auch in Deutschland, ist das eine bittere Niederlage. Jahrelang hat die Bewegung die Schweden als Vorreiter gepriesen - nun geht das Land in eine völlig andere Richtung. Die Kernkraftkritiker werden alle Mühe haben, das Scheitern des Ausstiegs zu erklären.

Tatsächlich waren ja die Voraussetzungen für atomfreie Stromversorgung in Schweden deutlich besser als in vielen anderen Gegenden Europas: Das Land ist nur dünn besiedelt, die wenigen Einwohner verfügen über gigantische Naturressourcen. Mächtige Flüsse, riesige Wälder, windige Küsten und Archipele böten eigentlich eine Menge Möglichkeiten, um Energie auf alternativen Wegen zu erzeugen.

Warum also wollten die Schweden dennoch nicht auf ihre Reaktoren verzichten? Weil es nie ernsthaft versucht wurde. Von der Abschaffung der Kernkraft ist immer nur - wenn auch ziemlich laut - geredet worden. Wirklich umgesetzt wurde die Entscheidung nie. Darum ist die "neue Energiestrategie" Stockholms vor allem von symbolischer Bedeutung. Eine große Veränderung der Politik bringt sie nicht. Das ist eine schlechte Nachricht, denn in der Energiepolitik wäre eigentlich - auch in Schweden - radikales Umdenken dringend notwendig.

URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/energiepolitik-in-schweden-abkehr-vom-grossen-plan-1.482161>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Diesen Artikel finden Sie online unter
<http://www.welt.de/102364778>
Meinung 04.09.07

Kommentar

Klimakiller Gabriel

Der Umweltminister meint es ernst. Zumindest was seine Bemühungen um die Abschaltung ausgedienter Atomkraftwerke betrifft. Im Dienste für die Gerechtigkeit lässt er sich deshalb schon mal öfters mit dem Dienstjet abholen. Mehr als jeder andere Ressortleiter. Von Ulli Kulke

Wenn Bundesumweltminister Sigmar Gabriel laut darüber nachdenkt, die ältesten Kernkraftwerke im Land noch früher als im Atomausstiegsgesetz geplant abzuschalten, bleibt dies unmittelbar ohne Konsequenzen. Kein AKW-Betreiber muss sich danach richten. Sein Bruder im Geiste, der Chef der Grünen Reinhard Bütikofer, überlegt deshalb schon mal, welchen Druck Gabriel auf die Unternehmen ausüben könnte, wenn die sich "aus rücksichtslosem Gewinnstreben" der Idee verweigerten.

Die wenn auch nicht mehr amtierende, so doch auf breitem Feld nach wie vor ideell präsen- te Rotgrüne Koalition macht Dampf in der Frage des Atomausstiegs, um möglichst noch in dieser Legislaturperiode vollendete Tatsachen zu schaffen. Das ist nicht verwunderlich, denn ihr weltanschaulich so gewichtiges Projekt aus gemeinsamen Regierungstagen, einer der spektakulärsten Erfolge ihres "Marsches durch die Institutionen", ist in Gefahr. Wenn nach der nächsten Bundestagswahl auch noch die SPD aus der Verantwortung abgewählt wird, könnte ein schwarzgelbes Bündnis das Ausstiegsgesetz nämlich schnell kassieren. Es dürfte sich dabei auf eine Mehrheit in der Bevölkerung stützen, die völlig zu Recht daran zweifelt, dass die hochgesteckten Ziele bei der Verringerung des CO₂-Ausstoßes ohne die emissionsfreie Kernkraft erreichbar wären.

Und so lässt die Haltung in der Atomfrage schon die Frage berechtigt erscheinen, wie ernsthaft Gabriel jenseits der persönlichen Profilierung und der Schaffung eines neuen Glaubens wirklich von der Sorge um das Klima getrieben ist. Umso mehr, als sein praktisches Verhalten hier zu Zweifeln Anlass gibt. Ausgerechnet der Bundesumweltminister lässt sich am häufigsten aller Ressortchefs ganz allein im Dienstjet chauffieren, lässt sich damit auch mal von zu Hause in Hannover abholen, verweigert Zug um Zug die gebotene Alternative der Bahnfahrt.

Immerhin kommt Sigmar Gabriel damit seinem großen Vorbild, Al Gore, ein kleines Stück näher. Auch der frühere US-Vizepräsident und heutige Umweltguru zählt aufgrund seiner katastrophalen persönlichen Energiebilanz daheim und unterwegs zu den größten "Klimakillern" der Vereinigten Staaten. © Axel Springer AG 2012. Alle Rechte vorbehalten

Ratlos vor der Kernfrage

ATOM Weltweit ist die Atomkraft noch lange nicht am Ende – trotz Fukushima. Doch hierzulande wird sich der Umgang mit Risikotechnologien verändern

Der 11. März 2011 hat die Welt verändert. Denn das starke Seebeben vor der Küste Japans hat den Inselstaat um 2,40 Meter versetzt und die Erdachse verschoben. Aber sonst? „Das Ende des Atomzeitalters“ sei angebrochen, ist jetzt überall zu lesen. Doch diesen Traum haben die Atomkraftgegner schon häufig geträumt: nach Harrisburg, nach Tschernobyl, am Ende des Kalten Krieges oder beim rot-grünen Ausstieg aus der Atomenergie.

Sicher, Deutschland wird jetzt aus der Atomenergie aussteigen, und zwar schneller und gründlicher als gedacht. Der Grund dafür ist nicht nur *German Angst*, sondern auch eine intelligente Kombination aus Vorsorge für die Zukunft und dem Willen, neue Märkte für unsere Exportindustrie zu erobern. Aber in anderen Teilen der Welt ticken die Geigerzähler ganz anders: China und Indien haben größere Sorgen mit der Stromversorgung von hunderten von Millionen Menschen als wegen des Risikos regionaler Atomunfälle. Selbst in Japan beginnt die Bevölkerung erst ganz langsam, sich über die Risiken der „friedlichen Nutzung“ der Atomkraft zu wundern.

Militärisches Machtinstrument

Sogar unser Nachbarland Frankreich, das nach der Ölkrise 1973 seine Stromversorgung fast vollständig auf Atomenergie umstellte, hat weder den politischen Willen noch die technischen und finanziellen Ressourcen zum Ausstieg. Das liegt nicht zuletzt an der militärischen Dimension der Atomkraft. Denn das AKW ist von der Bombe nicht zu trennen: Historisch, technisch und politisch sind diese beiden Spielarten des Wahnsinns eng verbunden. Der Friedensnobelpreisträger Barack Obama verschweigt das, wenn er von einer Welt ohne Atomwaffen träumt. Nur ein Land wie Deutschland, das keinen Anspruch darauf erhebt, militärische Hegemonialmacht zu sein, kann sich bislang den Atomausstieg leisten.

Auch die mediale Aufbereitung des Desasters gibt wenig Anlass zur Hoffnung, mit Fukushima sei das Thema Atom erledigt. Nach all den Brenn(!)-punkten der ersten Tage ist das Thema auf die hinteren Plätze der Berichterstattung gerutscht, kurz vor den Wetterbericht. Das ist so verständlich wie fatal. Denn nichts langweilt mehr als die immer gleiche Meldung, die „Lage am havarierten AKW bleibt weiter kritisch“. Selbst dass sie „re-kritisch“ wird, also eine unkontrollierte partielle Kernspaltung wieder einsetzt, geht da schnell unter. Was hysterisch war, wird historisch, die Aufregung wandelt sich zur Haltung „Fuckyoushima“. Das ist gefährlich. Während unser Interesse abflaut, steigen die Strahlungswerte an; die Umgebung des Meilers wird wohl für längere Zeit unbewohnbar sein. Aber Radioaktivität tritt eben nicht als dicker orangefarbener Qualm oder als infernalischer Lärm auf. „Das Eigentliche“, sagt schon Saint-Exupérys Kleiner Prinz, „ist unsichtbar.“

Bildermacht von „Three Eleven“

Trotzdem sprechen manche mit Blick auf die Katastrophe in Japan von „Three Eleven“ – in Anspielung auf das Datum 11. März und die Terrorangriffe in New York und Washington. Der Unfall stehe für eine Zäsur, eine Zeitenwende. In der Tat: Ähnlich den grauenhaften Bildern von den Flugzeugen, die in die Twin Towers rasen, gibt es von Fukushima TV-Bilder, die die Katastrophe anschaulich machen. Dass sie eine vergleichsweise harmlose Wasserstoffexplosion zeigen, bei der ein paar Metallstreben und Betonbrocken durch die Gegend fliegen, ist nicht relevant. Denn nun gibt es eine Ikonografie der Katastrophe, und wir können dem Desaster im TV zusehen. Die Bilder zeigen auch die Hilflosigkeit eines Hightechlandes angesichts des Ernstfalls, der nie eintreten sollte.

Doch für kühle Rechner stellt Fukushima keineswegs einen Ausreißer dar, sondern bestätigt nur die Statistik. Denn rechnet man die 10.000 Jahre, in denen ein solcher Super-GAU stattfinden sollte, nicht als Zeitraum, sondern bezieht sie auf die Laufzeiten aller weltweit aktiven AKWs, dann kommt man bei über 400 Meilern und den 25 hJahren seit Tschernobyl ziemlich genau auf den März 2011.

Eine Zäsur bedeutet Fukushima für die Frage, wie viel „Restrisiko“ in Deutschland akzeptabel ist. Nimmt man die Erklärungen der Bundesregierung auch nur halbwegs ernst – was bei ihrem energiepolitischen Zickzackkurs nicht ganz einfach ist – steht einem schnellen Atomausstieg nichts im Weg. Dieses politische Erdbeben wird den ein oder anderen Tsunami nach sich ziehen: Die Konservativen hören damit auf, die Atomkraft anzubeten, wenden ihr Dogma von der inneren Sicherheit auch auf Reaktorblöcke an und versuchen, einen neuen gesellschaftlichen Konsens in Energiefragen herzustellen – den es ja bereits gab und den diese Regierung ohne Not gekündigt hat.

Zähneknirschen der Industrie

Eine Wende ist Fukushima auch für die deutsche Industrie. Wieder einmal wird sie sich unter dem Druck der Ereignisse zu Innovation und neuem Denken prügeln lassen, wie es so oft bei der Einführung neuen Umwelttechniken der Fall war. Die Unternehmen werden die neuen Effizienzstandards erst bekämpfen und dann zähneknirschend akzeptieren. Am nächsten Tag werden sie neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln, die ihnen auf dem Weltmarkt einen gewaltigen Vorsprung vor Atomländern wie Frankreich oder den USA sichern. Dank für diese Hilfe bei der Erschließung zukunftssträchtiger Wirtschaftsfelder haben aber weder Politik noch Umweltbewegung zu erwarten.

Den größten Einschnitt wird Fukushima aber für die Debatte über die Sicherheit von „Risikotechnologien“ bedeuten. Denn wenn wir Norbert Röttgen und Angela Merkel abnehmen sollen, dass eine Technik unakzeptabel ist, weil sie das Potenzial in sich trägt, bei einem Unfall massiven Schaden anzurichten – wie sieht dann die Risikobewertung für die Gentechnik aus? Wie für die Nanotechnik, für weite Teile der Chemieproduktion oder für Kohlekraftwerke und die Speicherung von CO₂ im Boden? Die Regierung wird mit dem Atomausstieg und der Energiewende genug zu tun haben und nicht auch noch diese heißen Eisen anpacken. Aber bei der nächsten Debatte über das Vorsorgeprinzip und die Risiken, die wir für unseren Wohlstand angeblich eingehen müssen, wird „Fukushima“ zur Kernfrage werden. BERNHARD PÖTTER

* Elektronische Version aufgesucht, weil die Papierausgabe nach dem Einscannen unlesbar wurde.

Süddeutsche.de

Die Bundesrepublik und die Kernenergie Atomarer Glaubenskrieg

19.03.2011, 16:20

Ein Kommentar von Kurt Kister

Kein anderes Thema bringt seit langem so viele Menschen in Deutschland auf die Straße wie die Atomkraft. Der Nuklear-Dissens ist viel mehr als ein politisches Streitthema, er gehört zu den identitätsstiftenden Themen der Bundesrepublik.

Nein, neu ist nichts an dieser neuen Atomdebatte in Deutschland. Die Argumente sind seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts immer wieder ausgetauscht worden, auch wenn die Anlässe verschieden waren: Harrisburg 1979, Wackersdorf in den Achtzigern, Tschernobyl 1986, der rot-grüne Atomausstieg und natürlich der Dauerstreit über Gorleben und die Castoren.

Das oberpfälzische Wackersdorf war Mitte der 80er Jahre der Schauplatz zahlreicher Demonstrationen gegen die dort einst geplante Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstäbe. Aber Wackersdorf steht für mehr: Es ist eines der identitätsstiftenden Symbole der Anti-AKW Bewegung.

Der Schrecken von Fukushima belebt diese deutsche Debatte erneut. Das ist nicht verwunderlich, und wer jetzt behauptet, es sei doch ebenso bezeichnend wie sonderbar, dass man sich in Deutschland über einen Störfall am anderen Ende der Welt so aufrege, der blendet entweder mehr als drei Jahrzehnte deutscher Politik aus, oder er weiß es halt nicht besser.

Jenseits der Tagespolitik haben im Laufe der Jahrzehnte drei Grundfragen die Politik- und Kulturgeschichte der Bundesrepublik geprägt. Da war einmal die Debatte über die deutsche Schuld, die in einer 68er-Bewegung kulminierte, der es auch um Vietnam und den Sozialismus ging, zentral aber um die Auseinandersetzung mit einer Elterngeneration, die in der Nazi-Zeit geduldet, geschwiegen oder aktiv mitgemacht hatte.

Zwar ist 1968 auch schon wieder lange her, aber trotzdem findet sich das Paradigma von 68 - Deutschland darf nie wieder in die Nähe dessen geraten, was es in der Nazi-Zeit war - in vielen aktuellen Debatten wieder. Das reicht von Einsätzen der Bundeswehr im Ausland über die Furcht vor dem Überwachungsstaat bis zur Präimplantationsdiagnostik.

Hegel ging aufs Altenteil

Die zweite der großen deutschen Fragen war die nach der Einheit in Freiheit. Großen Teilen der westdeutschen Linken war diese Frage nicht opportun; Appeasement gab man als Realismus aus, nicht nur in der SPD, sondern durchaus auch immer wieder in der CDU. Zwar befreiten sich die Ostdeutschen von der Diktatur der sozialistischen Spießer selbst, aber auch 20 Jahre nach der Vereinigung haben wir nicht nur 16 Bundesländer, sondern immer noch zwei Landesteile.

Es mag verwegen erscheinen, wenn man den Umgang mit dem Atom als die dritte dieser großen, prägenden Fragen in Deutschland bezeichnet. Und dennoch ist es so. In der Pubertät der Republik hatte die Verehrung des technologisch Machbaren den alten deutschen Reflex der Vergötterung des Staates ersetzt. Hegel ging aufs Altenteil, Siemens übernahm. Die eher romantisch Veranlagten jubelten über die Raumfahrt; jene aber, die sich selbst für die Vernünftigen hielten, setzten auf die vermeintlich friedliche Nutzung der Kernenergie. Die Kernkraft einte auch die Parteien, Union, SPD und FDP waren dafür. (Im anderen Deutschland verhielt sich die SED übrigens nicht anders.)

Zwar gab es schon in den sechziger Jahren eine Minderheit, die gegen Kernkraftwerke opponierte. Viele ihrer Angehörigen kamen aus der frühen Bewegung gegen den Atomtod, die sich in erster Linie gegen nukleare Waffen richtete. In den siebziger Jahren wurde aus der zunächst kleinen Minderheit eine große Minderheit. Der Protest gegen die militärische Nutzung der Kernkraft - Stichworte: Neutronenbombe, Nachrüstung - floss in dieser Bewegung mit der Ablehnung der Nuklearenergie zusammen. Kein anderes Thema bringt seit langem und stetig so viele Menschen in Deutschland auf die Straße wie die Atomkraft.

Daraus entstand einerseits die Partei der Grünen, die sich heute den dritten Platz im Spektrum der deutschen Parteien gesichert hat und mancherorts schon Platz zwei einnimmt. Die Grünen sind zwar längst keine linke Protestpartei mehr, aber so wie das Christliche die Identität der CDU bestimmt, bestimmt die Atomgegnerschaft die Identität der Grünen.

Zwar haben die Grünen auf ihrem Weg von der Fundamentalopposition zur allseits bereiten Regierungspartei manches über Bord geworfen, allem voran den Pazifismus. Aber anders als alle anderen waren sie von Anfang an gegen Atomkraft und werden das auch bleiben. Die SPD dagegen brauchte lange, bevor sie sich von der Pro-Nuklear-Partei zur Ausstiegspartei entwickelte.

Andererseits gehörte die Befürwortung der Atomkraft auch zu den identitätsstiftenden Merkmalen jenes politischen Lagers, dem Union und FDP zuzurechnen sind. Das AKW stand hier für Fortschritt, Wachstum, Energiesicherheit. Jenseits der unbestreitbaren Tatsache, dass Kernkraftwerke eben nun mal die gefährlichste Art der Energiegewinnung darstellen, gewannen Befürwortung von oder Gegnerschaft zur Atomkraft eine hochsymbolische Bedeutung bei der Definition des politischen Standortes, ja der Weltanschauung.

Weil das so ist, bedeutet Angela Merkels abrupte Kehrtwendung in der Atompolitik in erster Linie einen Schlag für das Selbstverständnis des konservativen Lagers. Jene vielen, die ohnehin nicht mehr wissen, an welchen Werten sich die CDU noch unverbrüchlich orientiert, bekommen nun auch noch von nahezu allerhöchster Stelle attestiert, dass die Laufzeitverlängerung keine Folge ernsthafter, sehr durchdachter Politik war, sondern

lediglich die Erfüllung eines Wahlversprechens unter Schönwetterbedingungen. Es mag sein, dass die Ostdeutsche Merkel aufgrund ihrer Biographie nicht erkannt, jedenfalls nicht gefühlt hat, dass das Bekenntnis für oder gegen Kernkraft in der Bundesrepublik quasi-religiösen Charakter hat.

Geigerzähler und Jodtabletten

Ja, es gibt genug Gewissheiten, die gegen die Nutzung der Kernkraft zur Energiegewinnung sprechen, zum Beispiel dass sich Unfälle zu Katastrophen auswachsen können und dass es keine Endlager, aber nahezu endlos strahlenden Müll gibt. Aber trotzdem beginnen sehr viele Sätze im Streit über das Atom mit "ich glaube..." oder "ich glaube nicht...". Der Nuklear-Dissens ist viel mehr als nur ein politisches Streitthema. Es handelt sich um einen nun mehr als dreißigjährigen Glaubenskrieg.

Dazu passt hervorragend, dass "Atomkraft, nein danke" für eine Minderheit auch zum Lebensstil geworden ist. Zu ihnen zählen nicht nur jene entschiedenen Wackersdorf- und Bonner-Hofgarten-Veteranen, die bei jedem Anschein von gegen ihr Anliegen gerichteter Ironie wütende Briefe und Mails schreiben. Auch die Menschen, die nun wegen Fukushima in Freiburg Jodtabletten oder in Hannover Geigerzähler kaufen, erinnern ein wenig, wenn auch exakt aus der umgekehrten Richtung, an den bizarren bayerischen Umweltminister, der nach Tschernobyl Molkepulver aß, um dessen Ungefährlichkeit zu demonstrieren.

Und wir wären nicht in Deutschland, im atomaren Glaubenskrieg, wenn sich nicht die Schlauberger fänden, die ihrerseits in erster Linie kritisieren, wie hysterisch doch "die" Deutschen seien. Mag ja sein, dass das Erregungspotential hierzulande höher ist als anderswo. Und dennoch kann man froh sein, zwischen all den Hysterikern, Dandys und Söder-Fans in einem Land zu leben, in dem die Menschen so besorgt sind, dass sie zum Beispiel Kernkraftwerke als jenes Problem wahrnehmen, das sie sind - anders als bisher in Japan oder in Frankreich.

URL:<http://www.sueddeutsche.de/politik/die-bundesrepublik-und-die-kernenergie-atomarer-glaubenskrieg-1.1074287>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Diesen Artikel finden Sie online unter
<http://www.welt.de/104188827>
Meinung 03.04.11

Kernkraft-Debatte

Politik darf Anti-Atom-Hysterie nicht blind folgen

Natürlich muss die Politik auf die Befindlichkeiten der Bevölkerung achten und "mitfühlen". Aber sie muss auch führen – vernünftig, aufgeklärt und rational. Von Andrea Seibel



© dapd/DAPD

Deutschland kennt keine Parteien mehr, sondern nur noch eines: das Gefühl der Gegnerschaft zum Atom. Oder andersherum: In Deutschland herrscht derzeit eine Einheitspartei – die Anti-Atom-Partei. Alle, die Grünen sowieso, die Roten, die Schwarzen und sogar die Gelben, nicht zu vergessen die ganz Roten, wollen den schnellen Atomausstieg. Noch schneller als unter Rot-Grün.

Es ist, als hätte eine geheimnisvolle Hand an den Stellwerken der Parteien geschraubt und nun marschierten sie alle in die gleiche Richtung: Ausstieg sofort, nichts wie weg hier, nichts wie raus. Zur Sonne! Was wollt ihr denn, sagen wohl Merkel, Lindner, Seehofer, die noch vor Kurzem ganz anderer Meinung waren, wir sind keine Umfaller, sind nicht zynisch, nein: Wir sind eben lernfähig und einsichtig.

Fukushima hat uns erschüttert, hat uns die Augen geöffnet. Nichts ist mehr, wie es war. Wir machen, was die Mehrheit des Volkes will, und das ist doch auch gut so. Wir steigen schnell aus der Atomenergie aus. Das wollt ihr doch! Wo aber ist das klare Contra, das eine Demokratie braucht, die von der Pluralität der Meinungen lebt?

Natürlich muss die Politik auf Stimmungen in der Bevölkerung achten, muss "mitfühlen" und nicht bevormunden oder übertrumpfen. Aber sie muss auch führen. Sie hat das letzte Wort. Sie hat eine andere Temperatur als die Zivilgesellschaft, die sich allzu leicht erhitzt, was auch ihr Recht ist. Bürgerschaftliches Gefühl trifft auf bürgerschaftliche Verantwortung.

Politik muss einen kühlen Kopf bewahren. Ihr obliegt in der Demokratie nicht die Aufgabe, Verstärker zu sein, sondern sie muss eine für unseren Wohlstand so wichtige Frage wie die Energieversorgung und Energiesicherheit in ihrer Komplexität begreifen. Sie muss abwägen, was die Alternativen sind, was jeder Schritt kostet, was "Für" oder "Wider" wirklich bedeuten.

Die Politik aber erlag dem Gefühl, aus Angst vor der Abstrafung des Wählers, die allemal kam. Man hätte klügere, abwägendere Worte finden können.

Unweigerlich denkt man an Heiner Geißlers gelungene Schlichterfunktion bei Stuttgart 21. Wer wäre ein solcher Mittler in der Ausstiegsfrage? Denkt man an Klaus Töpfer und die Ethik-Kommission, die nun ihre Arbeit aufnimmt, kommen leise Zweifel. Nur ein Vertreter der Industrie und viel, viel Gefühl sitzen da an einem Tisch.

Energieexperten wären nötig, die die Rechnung aufmachen könnten, was der wirkliche Preis eines sofortigen Atomausstieges ist und ob Deutschland, Industrie wie Bevölkerung, die Konsequenzen zu tragen bereit ist. Vernünftig, aufgeklärt und rational zu entscheiden ist eine Herkulesaufgabe für die Politik in dieser Zeit. Man muss ihr diese Haltung immer wieder abverlangen, sonst sucht sie nur noch Fluchten.

© Axel Springer AG 2012. Alle Rechte vorbehalten